

175

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz**II A 1-85.50/1/813/66 geheim****2. Juni 1966¹**

Betr.: Vierer-Konsultation der bevorstehenden Passierscheingespräche²;
 hier: Überlegung des Berliner Senats betreffend Ausdehnung der West-Berliner Verwandtenbesuche auf die Zone³

I. Am 23.5.1966⁴ waren die Verbündeten auf Weisung des Herrn Staatssekretärs⁵ und aufgrund des Besprechungsergebnisses der Staatssekretärssitzung vom 20.5.1966⁶ um Stellungnahme zu nachstehenden zwei Fragen gebeten worden:

1) Der Berliner Senat erwäge zu Beginn der bevorstehenden Passierscheingespräche eine Erklärung abzugeben, daß den West-Berlinern der Besuch ihrer Verwandten auch in der Zone gestattet werden sollte.

2) Unabhängig hiervon schlugen wir vor, daß die drei Botschafter⁷ gegenüber Sowjetbotschafter Abrassimow zum Ausdruck bringen sollten, er möge sich dafür einsetzen, daß Verwandtenbesuche von West-Berlinern in der Zone im Interesse der innerdeutschen Verkehrserleichterungen zustande kämen. Uns liege daran, daß der alliierte Schritt als erster Schritt – d. h. vor einem eventuellen Tätigwerden des Berliner Senats – erfolge. Das weitere Vorgehen des Senats wäre im Licht der sowjetischen Reaktion zu erörtern.

II. Die Angelegenheit wurde in der Sitzung der Bonner Vierergruppe am 1.6.66 weiter behandelt.

1) Die Verbündeten gaben folgende Stellungnahme ab:

a) zu Ziffer I 1):

Sie erhoben gegen eine Erklärung des Senats keine grundsätzlichen Einwendungen. Sie betonten ausdrücklich, daß es sich in erster Linie um eine von uns zu treffende Entscheidung handele. Sie baten freilich um Unterrichtung über

¹ Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken und von Legationsrat Wentker konzipiert.

² Zur 4. Passierschein-Vereinbarung vom 7. März 1966, die am 30. Juni 1966 auslief, vgl. Dok. 53.

³ Vgl. dazu Dok. 127.

⁴ Zur Sitzung der Bonner Vierergruppe vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 24. Mai 1966; VS-Bd. 5628 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

⁵ Karl Carstens.

⁶ In der Staatssekretärbesprechung bemerkte Bundesminister Westrick zum Vorschlag des Senats von Berlin, bei den bevorstehenden Passierschein-Gesprächen die Anregung zu geben, Bewohnern von Berlin (West) einmal im Jahr bis zu einer Dauer von vier Wochen Verwandtenbesuche im Gebiet der DDR zu ermöglichen, daß die Erfolgsaussichten in Verhandlungen mit der DDR „minimal“ seien. Dem stehe das Risiko gegenüber, „in ein unwillkommenes Gespräch mit der anderen Seite hineingezogen zu werden“. Staatssekretär Carstens machte darüber hinaus darauf aufmerksam, daß der Senat von Berlin damit über seine Zuständigkeit hinausgehe. Er sprach sich „für einen Appell, aber gegen Verhandlungen“ aus. In der Staatssekretärbesprechung wurde beschlossen, die Drei Mächte zu konsultieren. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz vom 24. Mai 1966; VS-Bd. 5628 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

⁷ George C. McGhee, Sir Frank K. Roberts und François Seydoux de Cloussonne.

den Wortlaut der „Erklärung“ wie auch um laufende Information über den Gang etwa folgender Gespräche. Sie erklärten, daß sie erst aufgrund dieser Unterrichtung prüfen könnten, ob die alliierten Rechte durch etwaige Gespräche oder Abmachungen über die Frage der Zonenbesuche betroffen würden.

Stellungnahme: Die Alliierten haben damit im Grundsatz „grünes Licht“ für die Erklärung des Senats gegeben; freilich behalten sie sich – wie erwartet – die laufende Prüfung der Einzelheiten vor. Der Diskussionsverlauf ließ erkennen, daß die Verbündeten deutlich bemüht waren, uns die volle Verantwortung für die Folgen eines aus der Erklärung des Senats möglicherweise erwachsenden Gesprächs mit Pankow zu überlassen.

b) zu Ziffer I 2):

In diesem Punkt bestand noch keine einheitliche Auffassung der Verbündeten. Die Amerikaner waren – wenn auch mit Vorbehalten – bereit, ein Schreiben an Abrassimow ins Auge zu fassen; sie wandten sich aber gegen eine Publizierung dieses Schrittes, da diese die Haltung der anderen Seite nur nachteilig beeinflussen könne. Die Briten erklärten, sie würden sich einer Briefaktion anschließen, wenn diese in sehr allgemeinem Rahmen gehalten würde. Die Franzosen äußerten Bedenken: Wenn – wie erwartet – Abrassimow in seiner Antwort auf die Zuständigkeit der „DDR“ verweisen und anschließend tatsächlich Gespräche des Senats mit östlichen Stellen stattfinden würden, so könnten die Kommunisten behaupten, daß der Senat einer Aufforderung Abrassimows entsprochen habe.

2) Der Vertreter des Auswärtigen Amts stellte fest, daß wir einen ersten Schritt der drei Botschafter vorzögen, da dieser gewissermaßen auf einer unzweifelhaft „legalen“ Ebene (Vermächte-Verantwortung) statfinde und daher keine politischen Risiken in sich trage. Ein solcher Schritt sei geeignet, der anderen Seite die Übereinstimmung der westlichen Auffassungen zu demonstrieren. Im übrigen könne ein solches Vorgehen im Falle eines späteren Bekanntwerdens nur dazu beitragen, die Vertrauensbasis der Verbündeten bei der Berliner (und bei der sowjetzonalen) Bevölkerung zu verbreitern.

III. Vorschlag zur weiteren Behandlung der Angelegenheit:

1) Ein alliiertes Einverständnis zu dem von uns erbetenen Schritt der drei Botschafter liegt noch nicht vor. Die Lustlosigkeit der Verbündeten ist unverkennbar. Es ist freilich möglich, daß die Franzosen (denen die an sich positivere Haltung der Briten und Amerikaner noch nicht bekannt war) nachträglich unserem Vorschlag noch zustimmen werden.

2) Da nach unserer Auffassung der Schritt der drei Botschafter unter allen Umständen vor einem Schritt des Senats erfolgen soll, muß die Behandlung der Angelegenheit „Besuche von West-Berlinern in der Zone“ bei den Gesprächen Korber/Kohl zurückgestellt bleiben. Das weitere Vorgehen könnte erst nach Vorliegen der endgültigen alliierten Stellungnahme⁸ erörtert werden.

⁸ Am 15. Juni 1966 erklärten sich die Drei Mächte zu einer mündlichen Vorstellung bei dem sowjetischen Botschafter Abrassimow bereit. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruede vom 20. Juni 1966; VS-Bd. 5628 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

In der Sitzung der Bonner Vierergruppe vom 29. Juni 1966 wurde Staatssekretär Carstens mitgeteilt, daß der britische Botschafter Roberts bei seiner nächsten Begegnung mit Abrassimow den

3) Abteilung II schlägt daher vor, die Teilnehmer an der Staatssekretärsbesprechung, insbesondere Senator Schütz, über den Stand der Angelegenheit zu unterrichten. Dies könnte auf der Sitzung des Koordinierungsausschusses der Staatssekretäre erfolgen, die für den 3. Juni 1966 vorgesehen ist und auf der das Auswärtige Amt durch mich vertreten sein wird.⁹

Hiermit dem Herrn Staatssekretär¹⁰ mit der Bitte um Zustimmung¹¹ des Vorschlags unter Ziffer III 3 vorgelegt.¹²

Wertz

VS-Bd. 4189 (II A 1)

Fortsetzung Fußnote von Seite 742

Wunsch nach größerer Freizügigkeit insbesondere hinsichtlich Verwandtenbesuchen von Bewohnern aus Berlin (West) in der DDR vortragen werde. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Carstens; VS-Bd. 427 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966.

⁹ In der Staatssekretärsbesprechung berichtete Staatssekretär Carstens über das Ergebnis des Gesprächs mit den Drei Mächten. Es wurde beschlossen, dem Senat von Berlin mitzuteilen, daß die Konsultation noch nicht abgeschlossen sei und von der Abgabe der vorgesehenen Erklärung „bis auf weiteres“ abgesehen werden müsse. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 3. Juni 1966; VS-Bd. 4189 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁰ Hat Staatssekretär Carstens am 2. Juni 1966 vorgelegen.

¹¹ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens durch Häkchen hervorgehoben.

¹² Die Passierschein-Gespräche wurden am 13. Juni 1966 wieder aufgenommen. Dabei übergab Senatsrat Korber zwei Protokollentwürfe für eine Passierschein-Regelung für dringende Familienangelegenheiten bzw. für allgemeine Verwandtenbesuche. Der Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, erklärte, „daß gegenwärtig keine Voraussetzungen für den Abschluß einer neuen Übereinkunft beständen. Kohl verlangte, daß sich der Senat von der Rede Wehners auf dem SPD-Parteitag in Dortmund distanzieren solle“. Vgl. den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Oncken vom 15. Juni 1966; VS-Bd. 5628 (V 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Zu den Passierschein-Gesprächen vgl. weiter Dok. 231.

176

**Botschafter Knappstein, Washington,
an Bundesminister Schröder**

Z B 6-1/10148/66 geheim
Fernschreiben Nr. 1317
Citissime

Aufgabe: 2. Juni 1966, 20.15 Uhr
Ankunft: 3. Juni 1966, 01.55 Uhr

Für Bundesminister¹ und Staatssekretär
Betr.: Deutsch-amerikanisches Offset-Abkommen²

Die Hoffnung der amerikanischen Regierung, das Defizit der amerikanischen Zahlungsbilanz etwa zum Frühjahr 1966 einem Ausgleich näherzubringen, hat sich nicht erfüllt. Der Hauptgrund hierfür liegt – wie McNamara gegenüber Bundesminister von Hassel bei dessen letztem Besuch³ bereits ausgeführt und wie Finanzminister Fowler in einer in der hiesigen Presse und besonders auch im Kongreß stark beachteten Pressekonferenz am 18. Mai im einzelnen dargelegt hat⁴ – in den zunehmenden Ausgaben für den Vietnam-Krieg, die nicht nur den Haushalt, sondern auch die Zahlungsbilanz mit gegenwärtig rund 700 Mio. Dollar pro Jahr erheblich belasten.

Wir müssen daher damit rechnen, daß der amerikanische Druck auf uns, die Zahlungen aus dem Offset-Abkommen auf praktisch unbegrenzte Zeit in unveränderter Höhe fortzusetzen, eher noch stärker werden wird. Die recht unglückliche Tendenz – auch auf amerikanischer Regierungsseite – den Verbleib der amerikanischen Truppen in Deutschland der Öffentlichkeit gegenüber hiervon abhängig zu machen, hat diesen Komplex leider stark in den Vordergrund der Presseauseinandersetzung⁵ in beiden Ländern gebracht. Nach den kürzlichen Äußerungen Ruskis mir gegenüber (vgl. Drahtbericht Nr. 1227 vom 24.5.66 geheim) möchte ich beinahe annehmen, daß er das Offset-Problem auch bei seinen Gesprächen mit dem Herrn Bundesminister und dem Herrn Bundeskanzler aufnehmen wird.⁶

Wir haben an einer für beide Seiten zufriedenstellenden Lösung dieser Frage, bei der vor allem das von amerikanischer Seite immer wieder in den Vordergrund gestellte Junktim mit dem Verbleib der Truppen in Europa aufgelöst werden müßte, größtes Interesse, da sie sonst leicht zu einer weiteren Ver-

¹ Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

Hat Ministerialdirektor Harkort am 10. Juni 1966 vorgelegen.

Der Drahtbericht wurde dem Bundeskanzleramt übermittelt.

² Zum Protokoll vom 11. Mai 1964 über den deutsch-amerikanischen Devisenausgleich vgl. Dok. 71, Anm. 53.

³ Zum Besuch vom 13. Mai 1966 vgl. Dok. 161.

⁴ Vgl. dazu Dok. 167, Anm. 24.

⁵ Vgl. dazu die Stellungnahme des Chefs des Presse- und Informationsamtes, von Hase, vom 13. Juni 1966; BULLETIN 1966, S. 623. Vgl. dazu ferner den Drahtbericht Nr. 1274 des Gesandten von Lilienfeld, Washington, vom 27. Mai 1966; Referat II A 6, Bd. 226, sowie die Artikel „USA erwarten Waffenkäufe – Sonst Truppenabzug erwogen“ und „USA wollen noch mehr Truppen abziehen“; DIE WELT, Nr. 113 vom 16. Mai 1966, S. 1, bzw. Nr. 117 vom 21. Mai 1966, S. 1.

⁶ Für die Gespräche vom 5. und 9. Juni 1966 vgl. Dok. 179 und Dok. 185.

stimmung in beiden Ländern und zu einer ständigen Belastung unserer Beziehungen führen könnte.

Eine Reihe von Gesprächen, die von Mitarbeitern von Bundesminister von Hassel bei seinen beiden letzten hiesigen Besuchen im Februar⁷ und Mai d.J. sowie von meinen Mitarbeitern mit der amerikanischen Seite geführt wurden, haben klar ergeben, daß auch die amerikanische Regierung zunehmend die Komplikationen erkennt, die sich aus der Verbindung der Frage des Devisenausgleichs mit den übergeordneten Fragen der gemeinsamen Verteidigung ergeben, und daß sie sich damit einverstanden erklären würde, Beiträge zum Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz auch durch andere Regierungskäufe als nur Rüstungskäufe zu akzeptieren, wenn sich damit die beiderseitigen Schwierigkeiten lösen ließen. Hierbei käme einerseits eine stärkere Einschaltung unsererseits in den Bereich Forschung und Entwicklung auf dem Verteidigungsgebiet, zum andern kämen Devisenzahlungen auf dem Gebiet der Raumforschung⁸ in Frage. Mir scheint, daß sich vor allem auf dem letztgenannten Gebiet für uns – auf lange Sicht gesehen – große Vorteile ergeben könnten. Der im Finanzministerium für die Offset-Fragen zuständige und sowohl Fowler wie McNamara persönlich nahestehende Assistant Secretary Sullivan, mit dem Lilienfeld seit mehreren Monaten in einem Meinungsaustausch über diesen Komplex steht, hat ihm kürzlich nunmehr auch offiziell bestätigt, was er bereits seit längerem als private Ansicht auch anderen deutschen Gesprächspartnern (z.B. Ministerialdirektor Knieper und Ministerialdirektor Korff) gegenüber geäußert hatte, daß nämlich die amerikanische Regierung bereit wäre, Devisenzahlungen auch auf anderen Bereichen – insbesondere dem der Raumforschung – als Offset-Zahlungen zu betrachten. Sullivan betonte, er sei von Finanzminister Fowler ausdrücklich zu dieser Mitteilung ermächtigt worden. Die Entscheidung hierüber liege beim Finanzministerium und letzten Endes beim Präsidenten.⁹ Auch das Pentagon habe sich nach seiner Rückfrage bei Kuss und McNaughton – zwar etwas widerstrebend – dieser Überlegung angeschlossen (dies ist uns inzwischen auch aus dem Pentagon direkt bestätigt worden). Es komme der amerikanischen Regierung darauf an, die Devisenlücke zu schließen, wobei es unerheblich sei, bei welchem der einzelnen Ministerien die Ausgleichszahlungen gebucht würden. Auch die amerikanische Raumfahrtbehörde habe diesem Gedanken zugestimmt, allerdings gewisse Zweifel geäußert, ob in absehbarer Zeit von uns bereits ins Gewicht fallende Devisenausgaben für die Raumforschung gemacht werden könnten. Nach Sullivans Ansicht spielen bei der NASA jedoch gewisse Bedenken, sich u. U. eine deutsche Konkurrenz zu schaffen, möglicherweise eine Rolle.¹⁰

⁷ Bundesminister von Hassel hielt sich am 17./18. Februar 1966 anläßlich der Sitzung der Arbeitsgruppe für Nukleare Planung in Washington auf. Vgl. dazu Dok. 97, besonders Anm. 3, 5 und 7.

⁸ Zur deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit in der Weltraumforschung vgl. Dok. 16.

⁹ Lyndon B. Johnson.

¹⁰ Dazu stellte Legationsrat I. Klasse von Hassell am 16. Juni 1966 fest, es sei „nicht von der Hand zu weisen“, daß bei der NASA Bedenken gegen einen Verkauf von Raketen oder anderen Materialien der Weltraumforschung bestehen könnten: „Tatsächlich haben sich bisher stets dann bei der Zusammenarbeit mit der NASA Schwierigkeiten ergeben, wenn die gemeinsamen Forschungsvorhaben nicht auch im wesentlichen Interesse der amerikanischen Forschung lagen.“ Vgl. VS-Bd. 5099 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

Ich möchte zu bedenken geben, ob diese Überlegungen nicht bereits jetzt mit Rusk aufgegriffen werden sollten. Bei der großen Bedeutung, die die Frage des Devisenabflusses und unsere Hilfe dabei – auch im Hinblick auf die Oktoberwahlen¹¹ – beim Präsidenten zur Zeit spielt, wäre es sicherlich günstig, dies zu tun. Die Verbindung würde sich ohne weiteres daraus ergeben, daß wir dem vom Präsidenten dem Herrn Bundeskanzler gegenüber im Dezember v. J. gemachten Vorschlag¹² auf weiteren Ausbau der Zusammenarbeit in der Raumforschung nachgegangen und dabei zu diesen Überlegungen gelangt seien. Eine vorherige Abstimmung mit den Ministern von Hassel und Stoltenberg, die beide über diese Gedanken unterrichtet sind und ihnen m. W. positiv gegenüberstehen¹³, sowie wohl auch mit dem Finanzministerium wäre allerdings Voraussetzung. Unsere gesamten Devisenausgleichszahlungen sollten auch nicht mehr als Entlastung für den Verbleib der amerikanischen Truppen in Deutschland, sondern – neben unseren sonstigen Verteidigungsausgaben – als zusätzlicher deutscher Beitrag zu den Bemühungen der USA um die Stabilisierung und die Verteidigung der freien Welt bezeichnet werden.

Wichtig wäre es allerdings, daß wir bald konkrete Vorschläge ausarbeiteten, die auf längere Sicht für die nächsten Haushaltsjahre eine allmähliche Überleitung eines zunehmenden Teiles der Offset-Zahlungen von den reinen Rüstungskäufen auf Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich sowie auf die Raumfahrt zur Folge haben würde. Wie Mr. Sullivan betonte, müsse es sich dabei jedoch um in den USA anfallende Devisenausgaben auf diesen beiden Bereichen handeln – wozu u. U. auch Ausbildung und Training von Fachkräften gehören könnten.

Es erschiene mir sehr zweckmäßig, wenn Lösungsvorschläge in dieser Richtung von uns zur Diskussion gestellt werden könnten. Man würde dies auf amerikanischer Seite zweifellos begrüßen, nicht zuletzt als Zeichen dafür, daß wir die Probleme der Amerikaner sehen und uns bemühen, beiderseitig befriedigende Lösungen zu finden.

Für Weisung über die dortigen Überlegungen hierzu wäre ich dankbar.

[gez.] Knappstein

VS-Bd. 5099 (III A 4)

¹¹ Am 8. November 1966 fanden die amerikanischen Kongreß- sowie die Gouverneurswahlen statt.

¹² Vgl. dazu Dok. 16, Anm. 22.

¹³ Am 16. Juni 1966 führte Legationsrat I. Klasse von Hassel aus, daß die Zusammenarbeit im Bereich der Weltraumforschung bisher auf der Basis erfolgt sei, daß beide Seiten die Kosten ihres Arbeitsanteils selber trügen und sich Devisenzahlungen daher nicht ergeben hätten. Das Bundesministerium für Forschung stehe dem Gedanken von Käufen in den USA für die deutsche Weltraumforschung aber nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Jedoch werde darauf hingewiesen, daß für die bereits laufenden Vorhaben die Mittel weitgehend festgelegt seien. Vgl. VS-Bd. 5099 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz

II B 1-80-31/425/66 VS-vertraulich

3. Juni 1966¹

Betr.: 1) Aussichten einer sowjetisch-amerikanischen Einigung über einen Nichtverbreitungsvertrag;
 2) Einseitige Erklärungen der nichtnuklearen Partner der NATO und des Warschauer Pakts über einen Verzicht auf Herstellung von Atomwaffen (gemäß Ziffer 1, Abschnitt V unserer Friedensnote²)

Bezug: Schriftliche Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 27. Mai auf Aufzeichnung vom 27. Mai – II B 1-80-31/404/66 VS-vertraulich³

I. Aussichten einer sowjetisch-amerikanischen Einigung über einen Nichtverbreitungsvertrag

1) Verhandlungsstand in Genf nach der Konferenzpause (10. Mai bis 14. Juni)⁴
 Seit 1962 verhandelt die Genfer 18-Mächte-Abrüstungskonferenz über „non-proliferation“, ohne daß sich die gegensätzlichen Standpunkte der Sowjets und der Amerikaner in der Frage der Zulässigkeit einer kollektiven Organisation der Nuklearverteidigung bisher wesentlich geändert hätten.

Den Amerikanern geht es in erster Linie darum zu verhindern, daß Atomwaffen in die nationale Verfügungsgewalt nichtnuklearer Staaten gelangen.

Die Sowjets erklärten bereits in der 1. Phase der Verhandlungen, wichtigstes Ziel des Vertrages sei, jeden deutschen Zugang zu Kernwaffen auszuschließen, und zwar auch jede Mitbestimmung im Rahmen von Allianzen oder Staatenzusammenschlüssen.⁵

Eine wesentliche Änderung des Verhandlungsstandes hat sich im Zuge der fast vierjährigen Erörterungen nur insofern ergeben, als die acht Delegationen der Nichtgebundenen⁶ stärkere Bedenken gegen das Genfer Konzept vorbringen. Sie fordern heute alle eine „Ausgewogenheit“ zwischen den Verpflichtungen der Nuklearmächte und denen der nichtnuklearen Staaten.⁷

Auch außerhalb des Genfer Konferenzkreises erkennt eine wachsende Zahl von Staaten mehr und mehr die Bedeutung des Problems ihrer nuklearen Sicherheit.⁸

¹ Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Lahusen konzipiert.

² Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

³ Staatssekretär Carstens bat Ministerialdirektor Werz um eine zusammenfassende Aufzeichnung, welche die Fragen nach der konkreten Ausgestaltung des Verzichts auf die Herstellung atomarer Waffen durch die nichtnuklearen Staaten sowie nach der Bedeutung eines entsprechenden Verfahrens für die DDR darlegen sollte. Vgl. VS-Bd. 3984 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

⁴ Zum Stand der Verhandlungen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vgl. Dok. 50.

⁵ Vgl. dazu Dok. 80, Anm. 7.

⁶ Äthiopien, Brasilien, Burma, Indien, Mexiko, Nigeria, Schweden und die VAR.

⁷ Vgl. dazu Dok. 50, Anm. 24.

⁸ Vgl. dazu die Haltung der japanischen Regierung; Dok. 50, Anm. 25.

2) Möglichkeiten einer Änderung des sowjetischen und des amerikanischen Standpunktes mit dem Ziel der Annäherung

a) Die Sowjetunion betreibt im Rahmen der Genfer Verhandlungen keine eigentliche Nichtverbreitungspolitik mit Blick etwa auf die Fälle Indien⁹, Schweden¹⁰ und Israel¹¹, sondern Deutschland- und Anti-NATO-Politik. Sie zieht die Genfer Verhandlungen in die Länge. Solange in der NATO keine Lösung der nuklearen Teilhabe¹² zustande kommt, hegt sie die Erwartung, der Zwischenzustand werde schließlich dazu führen, daß die Schwierigkeiten in der NATO zunehmen, die Bundesrepublik Deutschland infolge der andauernden kommunistischen Angriffe international an Boden verliert und die „friedliebende“ SBZ, die den Verzicht auf Atomwaffen fordert, politisch gewinnt.

Mit Änderungen der sowjetischen Position kann wohl erst dann gerechnet werden, wenn eine Lösung des nuklearen Sicherheitsproblems der NATO zustande gekommen ist oder sich zumindest konkret abzeichnet. Ein Einschwenken der Sowjets auf westliche Vorstellungen wäre allerdings auch dann möglich, wenn sich die Erörterungen innerhalb der NATO über die Nuklearfrage unter Aufgabe aller anderen Lösungsmöglichkeiten auf reine Konsultationen konzentrieren sollten. Eine solche Regelung könnte den Sowjets akzeptabel erscheinen und sie zu einer Aufgabe ihrer taktischen Ausgangsposition veranlassen. Bis dahin wird die sowjetische Politik den Schwebezustand auf unsere Kosten nach Kräften weiter ausbeuten.

b) Die Vereinigten Staaten haben ein starkes Interesse an der Beibehaltung und Fortentwicklung der NATO. Sie müssen daher darauf bedacht sein, daß

Fortsetzung Fußnote von Seite 747

Vom 19. April bis 4. Mai 1966 trat die Konferenz der süd- und mittelamerikanischen Staaten in Mexiko City zu ihrer dritten Sitzung zusammen, an der die Bundesrepublik als Beobachter teilnahm. Die Konferenz befaßte sich mit der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Lateinamerika. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 631 des Legationsrats I. Klasse Lankes vom 6. Mai 1966 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Paris; VS-Bd. 4081 (II B 2); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. ferner die Aufzeichnung des Botschafters Schnippenkötter vom 20. Mai 1966; Referat II B 1, Bd. 976.

⁹ Am 29. Juli 1966 teilte Botschafter Freiherr von Mirbach, Neu Delhi, mit, nach Informationen der pakistanischen Regierung plane die indische Regierung den Aufbau eines Versuchsgeländes in der Wüste von Rajasthan. Die zur Durchführung eines Atomversuchs notwendigen finanziellen, materiellen und personellen Anstrengungen zwängen Indien jedoch zur Zurückstellung der bisherigen Prioritäten. Ferner sei die indische Regierung auf lange Zeit nicht in der Lage, eigene nukleare Trägerwaffen zu entwickeln. Gleichwohl schließe die bisherige Regierungspolitik nicht aus, „daß sich Indien schon jetzt technisch und wissenschaftlich auf eine mögliche Änderung der indischen Nuklearpolitik vorbereitet“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 619; VS-Bd. 4082 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁰ Zur Haltung der schwedischen Regierung in der Frage der Nichtverbreitung vgl. auch Dok. 201.

¹¹ Am 22. April 1966 berichtete Botschafter Pauls, Tel Aviv, Ministerpräsident Eshkol habe die Atomenergiekommission des Landes umgebildet und selbst den Vorsitz übernommen mit dem Ziel, „eine Art Entmilitarisierung der israelischen Atomforschung“ einzuleiten und sich vermehrt um eine besondere nukleare Garantie der USA zu bemühen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 268; VS-Bd. 4082 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Gesandter von Lilienfeld, Washington, teilte am 27. Mai 1966 mit, das amerikanische Außenministerium habe bestätigt, daß die Entscheidung zur Lieferung von Kampfflugzeugen an Israel im Zusammenhang mit diesem Schritt gesehen werden müsse: Die „neuerliche Erklärung von Eshkol, daß Israel keine Atomwaffen habe und sie auch nicht als erste in den Nahen Osten einführen werde, habe Nassers Drohungen neutralisiert, einen Präventivkrieg zu führen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1270; VS-Bd. 4082 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Zur Lieferung amerikanischer Kampfflugzeuge vgl. Dok. 157, Anm. 7.

¹² Vgl. dazu zuletzt Dok. 97 und weiter Dok. 249.

innerhalb der NATO Lösungen der nuklearen Sicherheitsprobleme gefunden werden, die auch für ihre Partner befriedigend sind.

Die Vereinigten Staaten haben jedoch auch ein starkes Interesse daran, daß das Nichtverbreitungsproblem gelöst wird, und zwar z.Z. immer noch nach dem Genfer Konzept eines Vertrages, dessen Verzicht und Verbote alle zu Lasten der nichtnuklearen Staaten gehen. Es wird der amerikanischen Regierung nicht leicht fallen, ohne ein Genfer Verhandlungsergebnis in die nächste Vollversammlung der Vereinten Nationen¹³ zu gehen.

Wegen des sachlichen und verhandlungstaktischen Zusammenhangs des Nichtverbreitungsproblems mit der ungelösten Frage der nuklearen Teilhabe in der NATO werden die Amerikaner darauf bedacht sein, bei der Behandlung beider Probleme konvergierende Tendenzen zu fördern. Wie weit der Vietnam-Konflikt dem entgegensteht, kann hier außer Ansatz bleiben.

c) Folgende Entwicklungslinien sind in Betracht zu ziehen:

– Die nukleare Teilhabe in der NATO wird befriedigend geregelt; nachdem damit das „fait accompli“ geschaffen ist, wird versucht, die sowjetische Zustimmung zu dem Nichtverbreitungsvertrag zu gewinnen.

– Die Amerikaner setzen in der NATO eine – uns nicht befriedigende – Minimallösung der nuklearen Teilhabe durch; es wird sich dann eine starke Tendenz zeigen, diese Minimallösung mit sowjetischer Zustimmung in einem Nichtverbreitungsvertrag zu fixieren; eine spätere Weiterentwicklung der nuklearen Teilhabe wäre ausgeschlossen.

– Der Abschluß eines Nichtverbreitungsvertrages wird vor Regelung der nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO forciert; eine solche Entwicklung würde nicht ohne Einengung des in Genf bisher für die nukleare Teilhabe gewährten Spielraums denkbar sein.¹⁴

II. Folgerungen für die deutsche Politik

Aus vorstehendem ergibt sich für unsere Politik folgendes:

1) Der in dem amerikanischen Vertragsentwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen vom 17. August 1965¹⁵ freigehaltene Raum für eine befriedigende Regelung der nuklearen Teilhabe in der NATO muß gewahrt bleiben, auch wenn zunächst nur eine Konsultativlösung zu erwarten ist. Anderenfalls wäre eine spätere stufenweise Entwicklung ausgeschlossen.¹⁶

2) Aus dem gleichen Grunde sollten wir in der NATO unsere Forderungen nach befriedigender Lösung der nuklearen Teilhabe nicht zurückschrauben.¹⁷

¹³ Die XXI. UNO-Generalversammlung wurde am 20. September 1966 eröffnet.

¹⁴ Zu Abschnitt c) bemerkte Botschafter Schnippenkötter, angesichts der amerikanischen Interessenlage könne nicht damit gerechnet werden, daß die Offenhaltung des Spielraums für die nukleare Mitbeteiligung bei den Verhandlungen der 18-Mächte-Abrüstungskommission bzw. das Ausbleiben einer Regelung für die nukleare Mitbeteiligung von Dauer sei: „Die Amerikaner sind nicht, wie die Sowjets, an der Ungelöstheit beider Problemkreise interessiert. Es besteht deswegen eine ständige, latente Gefahr, daß die Amerikaner in der einen oder in der anderen Richtung Lösungen ins Auge fassen, die unseren Interessen nicht voll Rechnung tragen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 4. Mai 1966; VS-Bd. 4126 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁵ Vgl. dazu Dok. 30.

¹⁶ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Carstens durch Häkchen hervorgehoben.

¹⁷ Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Carstens durch Häkchen hervorgehoben.

3) Wir können nicht damit rechnen, daß der gegenwärtige Zustand, in dem sowohl die NV-Probleme als auch die der nuklearen Teilhabe offenbleiben, lange Zeit andauern wird. Es stellt sich daher die Frage, ob wir uns nicht auf der Abrüstungsseite des Problems stärker einschalten sollten, um unsere Position abzusichern. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Berliner Pressekonferenz am 25. April¹⁸ bereits angekündigt, daß die Bundesregierung – nach den Vorschlägen in ihrer Friedensnote vom 25. März – weitere Initiativen einleiten wird, insbesondere in der Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen.

III. Fortentwicklung des deutschen Konzepts der Nichtverbreitung von Kernwaffen gemäß V Ziffer 1 unserer Friedensnote

1) Es wird angeregt, den nichtnuklearen Mitgliedern der nordatlantischen Allianz und des Warschauer Pakts in Fortführung der in unserer Friedensnote enthaltenen Gedanken vorzuschlagen, unseren Schritt von 1954¹⁹ ebenfalls zu vollziehen und auf die Herstellung von Atomwaffen zu verzichten sowie sich einer entsprechenden Kontrolle zu unterwerfen.

2) Damit würde

- das Problem der nuklearen Teilhabe innerhalb der NATO in einen Zusammenhang mit der Frage der Nichtverbreitung von Atomwaffen gerückt, der unsere Position erleichtert;
- sich zeigen, daß wir in der Frage der nuklearen Sicherheit (befriedigende Teilhabe an der kollektiven Abschreckung) weniger isoliert sind, als es mitunter den Anschein hat;
- eine deutsche Initiative zur Entspannung in der Ost-West-Auseinandersetzung ergriffen;
- ein deutscher Beitrag zur Fortentwicklung der NATO zu einem Entspannungsinstrument geleistet, damit der Erhaltung und Festigung der NATO gedient;
- eine Entwicklung eingeleitet, die unserem Herstellungsverzicht von 1954 seine Einseitigkeit nehmen und ihn in engere sachliche und zeitliche Beziehung zu den NATO-Strukturfragen setzen würde;
- den kommunistischen Versuchen, unsere Deutschland- und Sicherheitspolitik zu schädigen, handelnd entgegengewirkt;
- das unserer Friedensnote zugrundeliegende Konzept materiell weitergeführt; wir haben ein Interesse daran, kommunistischen Behauptungen zu begegnen, die Friedensnote sei ein reines Propagandamanöver.

Fortsetzung Fußnote von Seite 749

Am 31. Mai 1966 erklärte Referat II A 7, daß die Schaffung einer integrierten gemeinsamen Kernwaffenstreitmacht weiterhin als beste Lösung betrachtet werde. Angesichts der NATO-Krise solle das Thema jedoch „nicht forciert“ werden. Es erscheine zweckmäßig, weiterhin für eine „substantiell verankerte Beteiligung an der Nuklearverteidigung“ einzutreten, jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht auf neue Verhandlungen zu drängen. Vgl. VS-Bd. 895 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁸ Vgl. dazu den Artikel „Dem Bundeskanzler liegt am besseren Verhältnis zu Moskau“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 96 vom 26. April 1966, S. 1.

¹⁹ Zum Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung atomarer, biologischer und chemischer Waffen vgl. Dok. 1, Anm. 5.

3) Der Verzicht sollte in der Form einseitiger Erklärungen der nichtnuklearen Partner der NATO und des Warschauer Pakts ausgesprochen werden, von denen alle Partner der jeweiligen Allianz Kenntnis nehmen. Die Abgabe der Erklärungen und die Kenntnisnahme wären in einem gemeinsamen Akt aller Partner der jeweiligen Allianz festzuhalten. Der Akt wäre in feierlicher Form öffentlich zu verkünden. Ein entsprechender deutscher Vorschlag sollte von vornherein das gleiche Verfahren für die Partner beider Paktsysteme vorsehen.

4) Im Hinblick auf die SBZ stellen sich keine Anerkennungsprobleme. Es wäre nicht erforderlich, hinsichtlich der Beteiligung der SBZ an dem paktinternen Vorgang des Warschauer Pakts einen Vorbehalt zu machen. Dies gälte sowohl für den eigentlichen Akt der Abgabe der Erklärungen (keine Wechselseitigkeit zwischen den Mächtegruppen, sondern Parallelität) wie für die öffentliche Bekanntgabe.

Die Gefahr einer implizierten Anerkennung der SBZ würde dann bestehen, wenn durch die Abgabe gleichlautender Verzichtserklärungen vertragliche Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und den Partnern des Warschauer Pakts entstehen würden. Durch die Abgabe einseitiger Verzichtserklärungen würde aber keine völkerrechtliche Vereinbarung über die Herstellung von Atomwaffen zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und den Partnern des Warschauer Pakts zustande kommen. Die Verzichtserklärungen würden jeweils nur gegenüber den Partnern des eigenen Bündnisses abgegeben und von ihnen zur Kenntnis genommen. Das gewählte Verfahren würde deutlich machen, daß gegenüber den Partnern des anderen Bündnissystems keine rechtlichen Verpflichtungen übernommen werden sollen. Es würde daher an einer als Vertragsangebot zu wertenden Willenserklärung fehlen, die durch gleichlautende Erklärungen der anderen Seite angenommen werden könnte. (Hierin würde ein wesentlicher Unterschied zu dem vor einigen Jahren erörterten „Austausch“ von Nichtangriffserklärungen²⁰ zwischen den Partnern der beiden Bündnissysteme liegen.)²¹

Mit dem Vorschlag würden wir die SBZ auch nicht etwa zur Teilnahme an dem paktinternen Verfahren auffordern, denn wir würden ihn an die Regierungen der paktangehörigen Staaten richten, zu denen die SBZ nicht zählt. Es bliebe den Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts überlassen, die SBZ paktintern zu beteiligen.

Auch daraus, daß voraussichtlich gewisse „Absprachen“ über den Inhalt der Verzichtserklärungen und über den Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung getroffen

²⁰ Vgl. dazu Dok. 35, Anm. 21 und 24.

Bereits am 12. April 1966 äußerte Staatssekretär Carstens Bedenken gegen einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt, da dieser die DDR als Rechtssubjekt einbeziehen würde. Auch die Möglichkeit von bilateralen Verträgen zwischen den Staaten der beiden Pakte unter Ausschuß der DDR dürfte auf die Ablehnung des Ostens stoßen. Schließlich bestünde die in der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vorgebrachte Option des Austauschs von Nichtangriffserklärungen. Da aber auch diese Lösung die DDR ausklammere, würden die Ostblock-Staaten Einwendungen erheben. Carstens schloß mit dem Vorschlag, „den Fragenkomplex zunächst bei uns intern zu klären, bevor wir Vorschläge machen, die über unsere Friedensnote hinausgehen“. Vgl. VS-Bd. 433 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966.

²¹ Vgl. dazu auch AAPD 1963, II, Dok. 215.

werden müßten, könnte nicht auf eine vertragliche Bindung geschlossen werden. Derartige Kontakte zwischen den Partnern der beiden Bündnissysteme würden nur das technische Verfahren betreffen und könnten nicht als materielle Einigung über einen gegenseitigen Herstellungsverzicht angesehen werden.

Auch die Tatsache, daß die Verzichtserklärungen lediglich – für jedes der beiden Bündnissysteme gesondert – veröffentlicht und nicht etwa gemeinsam beim Sekretariat der Vereinten Nationen hinterlegt werden sollen, würde gegen eine vertragliche Bindung sprechen.

Für den Fall, daß die Warschauer Paktorganisation gegenüber der NATO (oder die Mitglieder des Warschauer Pakts gegenüber den Mitgliedstaaten der NATO) die Tatsache der Abgabe der Erklärungen notifizieren sollten, wäre vorsorglich für eine Absprache aller NATO-Staaten Sorge zu tragen, damit die Nichtbeachtung etwaiger „SBZ-Noten“ gewährleistet wäre. Vielleicht könnte man die Staaten des Warschauer Pakts durch vorbeugende Hinweise von einer Notifizierung abhalten.

Die Beteiligung an einem derart hochpolitischen Akt würde der SBZ zwar politisch einen gewissen Gewinn bringen. Dieser wäre aber erheblich geringer, als wenn der SBZ etwa die Teilnahme an einem förmlichen Vertrag über die Nichtherstellung von Atomwaffen ermöglicht würde.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär²² weisungsgemäß vorgelegt.

Ein entsprechender deutscher Schritt²³ sollte unternommen werden, bevor sich etwa neue Aussichten für eine Einigung nach dem Genfer Konzept eröffnen, jedenfalls aber noch vor dem Zusammentreten der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September, um unsere dortige Position im Hinblick auf mögliche sowjetische Vorstöße zugunsten der SBZ – etwa unter dem Thema „Europäische Sicherheit“ – zu stärken.²⁴

Abteilung V hat mitgewirkt und Druchdruck erhalten.

Wertz

VS-Bd. 3987 (II B 1)

²² Hat Staatssekretär Carstens am 11. Juni 1966 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dem H[errn] Minister m[it] d[er] B[itt]e um Zustimmung. (B[un]des)k[anzler] müßte unterrichtet werden, [Abteilung] II wird entsprechenden Brief vorbereiten.“

Hat Bundesminister Schröder am 11. Juni 1966 vorgelegen.

Hat Carstens erneut am 16. Juni 1966 vorgelegen.

²³ Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Konsultation im NATO-Rat ist notwendig“.

²⁴ Am 26. Juni 1966 unterrichtete Bundesminister Schröder Bundeskanzler Erhard von dem Vorschlag, die nichtnuklearen Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Pakts zur Abgabe einseitiger Erklärungen über den Verzicht auf die Herstellung von Atomwaffen aufzufordern. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. VS-Bd. 8501 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

In seinem Antwortschreiben vom 4. Juli 1966 bezeichnete Erhard die geplante Initiative als „interessanten Gedanken“. Er halte es für zweckmäßig, ihn „sehr bald“ im Bundesverteidigungsrat zur Diskussion zu stellen. Vgl. VS-Bd. 3987 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Vgl. weiter Dok. 218.

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem griechischen Außenminister Toumbas in Brüssel

Z A 5-53.A/66 VS-vertraulich

5. Juni 1966¹

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen traf am 5. Juni 1966 um 12.15 Uhr im Hotel Amigo in Brüssel mit dem griechischen Außenminister, Herrn Toumbas, zusammen.

Der griechische *Außenminister* sprach einleitend über die derzeitige NATO-Krise, die er als einen gewissen Erfolg der russischen Politik bezeichnete. Die Aufmerksamkeit der Verbündeten sollte sich auf eine Reorganisation und Revitalisierung der Allianz richten. Dazu wolle die griechische Regierung einen konstruktiven Beitrag leisten. Hinsichtlich der Deutschland betreffenden Fragen habe Griechenland den deutschen Standpunkt verteidigt. Das gelte auch bezüglich des Problems der französischen Streitkräfte in Deutschland. Er bat den Herrn Minister um eine Darlegung der deutschen Vorstellungen, über die er von allen möglichen Seiten etwas gehört habe, nur nicht von der deutschen Seite selbst. Derzeit werde die Substanz der NATO von französischer Seite bedroht. Dies könnte auch sehr ernsthafte Auswirkungen auf die Südostflanke des Bündnisses haben. Er selbst habe aber auch eine gute Nachricht, denn er werde sich noch heute mit seinem türkischen Kollegen² treffen, um einen griechisch-türkischen Dialog einzuleiten, in dem die Angelegenheit der griechisch-türkischen Beziehungen einschließlich Zyperns³ behandelt werden solle.⁴ Hierbei handle es sich zunächst um einen Anfang, doch hoffe man, daß daraus etwas Positives erwachse. Die griechische Regierung habe den Wunsch, den Frieden im östlichen Mittelmeer zu bewahren, was nur möglich sei, wenn die griechisch-türkischen Beziehungen gut seien. Dieses Problem berühre die ganze Allianz. Er hoffe, daß die Bundesregierung die griechischen Bemühungen unterstützen werde.

Der Herr *Minister* stimmte den Ausführungen des griechischen Außenministers zu. Die Aufgabe der NATO-Konferenz⁵ sehe man darin, aller Welt klarzumachen, daß die NATO als integriertes Allianzsystem auf jeden Fall weitergehen werde, ungeachtet der von Frankreich verursachten Schwierigkeiten. Das bedeute, daß man eine ganz klare Haltung einnehmen müsse in den zu

¹ Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 16. Juni 1966 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 26. Juni 1966 vorgelegen.

Weitere Exemplare wurden an Staatssekretär Carstens sowie an die Ministerialdirektoren Meyer-Lindenberg und Werz übermittelt.

² Ihsan Sabri Çağlayangil.

³ Vgl. dazu zuletzt Dok. 82, Anm. 7.

⁴ In den Gesprächen am Rande der NATO-Ministerratstagung vom 7./8. Juni 1966 in Brüssel kamen der griechische und der türkische Außenminister, Toumbas und Çağlayangil, überein, Verhandlungen auf Botschafterebene an einem geheimzuhaltenden Ort aufzunehmen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschaftsrats I. Klasse Lederer, Athen, vom 16. Juni 1966; Referat I A 4, Bd. 348.

⁵ Zur Tagung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten ohne Frankreich am 6. und des NATO-Ministerrats am 7./8. Juni 1966 in Brüssel vgl. Dok. 182.

lösenden praktischen Fragen.⁶ Wenn die militärischen Stellen auf französischen Wunsch Frankreich verlassen müßten⁷, so ergäben sich daraus zwingende Folgen auch für die politischen Einrichtungen. Man müsse sich auch darüber klar sein, daß gewisse Entscheidungen eines Tages möglicherweise revidiert werden könnten, wenn sich Frankreich anders verhalte als heute.

Bezüglich des Problems der französischen Streitkräfte in Deutschland bedauerte der Herr Minister, daß der griechische Außenminister von deutscher Seite nichts gehört habe. Er sei davon ausgegangen, daß der deutsche Vertreter im NATO-Rat die Haltung der Bundesregierung intensiv dargelegt habe, und er stehe auch unter dem Eindruck, daß die Angelegenheit von dem deutschen Botschafter in Athen⁸ dargelegt worden sei. Sollte dies nicht der Fall sein, so teile er die Auffassung des Ministers, daß eine Unterrichtung in Bonn und Athen wünschenswert und erforderlich sei.

Der Herr Minister erläuterte dann im einzelnen den deutschen Standpunkt zu dieser Frage, wobei er insbesondere betonte, daß über die Aufgabe und das Verhalten der französischen Streitkräfte im Ernstfalle keine Unsicherheit und Unklarheit bestehen dürfe.⁹ Zweierlei Kommandos seien nicht akzeptabel, um so weniger als die eigenen Truppen hundertprozentig integriert seien. Hinter der französischen Haltung stehe der politische Wille, innerhalb des Bündnisses ein Höchstmaß an Unabhängigkeit zu haben. Vom nationalen Standpunkt aus sei dies eine verständliche Tendenz, wenn aber jeder diese Haltung einnehme, wäre dies in der Tat ein kompletter Erfolg der Sowjets.

Der Herr Minister begrüßte die Begegnung zwischen dem griechischen und dem türkischen Außenminister, von der er sich sehr viel für eine Verbesserung des griechisch-türkischen Verhältnisses verspreche. Jede Lösung, die gefunden werden könne und akzeptabel sei, decke sich mit den deutschen Wünschen und Hoffnungen.

Der Herr Minister unterrichtete den griechischen Außenminister davon, daß er vor einiger Zeit eine Einladung der türkischen Regierung zu einem Besuch in der Türkei erhalten habe, die er auch prinzipiell angenommen habe, ohne daß ein Termin bereits festgelegt worden sei. Er halte es für möglich, daß der Besuch im Juli zustande komme.¹⁰ Ursprünglich sei die zweite Hälfte Juni vorgesehen gewesen. Er würde sich freuen, wenn dieser Besuch in einem Augenblick stattfände, in welchem sich die griechisch-türkischen Beziehungen in einer guten Entwicklung befänden. Deutschland habe in dieser Angelegenheit keine selbstsüchtigen Interessen. Wenn man deutscherseits zu einer akzeptablen Regelung beitragen könnte, wäre man nur zu gern dazu bereit.

Der griechische *Außenminister* gab der Hoffnung Ausdruck, daß er im Laufe der Konferenz Gelegenheit haben werde, sich fortlaufend über die deutschen Vorstellungen zu unterrichten. Er fragte den Herrn Minister sodann, ob er

⁶ Zur Diskussion über die Verhandlungslinie der 14 NATO-Staaten gegenüber Frankreich vgl. zuletzt Dok. 163.

⁷ Zur Forderung der französischen Regierung nach Verlegung der NATO-Hauptquartiere vgl. Dok. 100.

⁸ Oskar Schlitter.

⁹ Vgl. dazu Dok. 171, besonders Anm. 6.

¹⁰ Bundesminister Schröder besuchte vom 11. bis 13. Juli 1966 die Türkei. Für das Kommuniqué vgl. BULLETIN 1966, S. 740.

anläßlich seines Besuchs in der Türkei auf der Hin- oder Rückreise nicht auch Athen besuchen könnte.

Der Außenminister erwähnte sodann zwei Detailfragen: Er wäre dankbar für eine Darlegung der deutschen Auffassung hinsichtlich der Verteidigungshilfe an Griechenland und die Türkei.¹¹ Sodann erwähnte der Minister, daß die einzige in Griechenland bestehende Munitionsfabrik mangels Aufträgen ihre Produktion einschränken oder vielleicht sogar ganz einstellen müsse. Er fragte unter Hinweis darauf, daß die Bundesrepublik Munitionsaufträge an die Türkei¹² vergebe, ob eine solche Möglichkeit nicht auch für Griechenland bestehe.

Der Herr *Minister* dankte für die Einladung, schlug aber als Termin den frühen Herbst vor.¹³

Was die Verteidigungshilfe angehe, bemerkte der Herr Minister, daß ein Abkommen für 1966 in Vorbereitung sei¹⁴ und der griechische Außenminister sicher mehr oder weniger über die von deutscher Seite gefaßten Beschlüsse¹⁵ unterrichtet sei. Er verwies gleichzeitig auf gewisse Schwierigkeiten, die wegen der angespannten Haushaltslage¹⁶ bestünden. Er hoffe aber, daß es bald zu einem Abkommen komme. Die Zahl, die genannt worden sei, stelle etwa einen Wert von 8,2 Millionen US-Dollar dar. Er hoffe, daß das interne deutsche Arrangement bald fertig sei.¹⁷

Was die Munitionsbezüge angehe, so habe er im Augenblick keine Übersicht darüber, welche Pläne das Verteidigungsministerium habe, doch wolle er die Frage in Bonn gern anschneiden. Er teile die griechische Auffassung, daß es bedauerlich wäre, wenn diese Munitionsfabrik definitiv verlorengehe, was sicher eine Schwächung des gesamten Potentials wäre. Leider könne er aber im Augenblick nur sein Interesse und seine Bereitschaft ausdrücken, die Angelegenheit in Bonn aufzugreifen, ohne zu wissen, in welcher Position sich das Verteidigungsministerium befinde.

Das Gespräch endete gegen 13 Uhr.

VS-Bd. 10088 (Ministerbüro)

¹¹ Vgl. dazu Dok. 44.

¹² Vgl. dazu Dok. 183, Anm. 17.

¹³ Bundesminister Schröder besuchte vom 14. bis 17. Oktober 1966 Griechenland. Vgl. dazu Referat I A 4, Bd. 329. Für das Communiqué vgl. BULLETIN 1966, S. 1074.

¹⁴ Am 1. und 4. Februar 1964 sowie am 2. und 9. Mai 1965 schlossen die Bundesrepublik und Griechenland Abkommen über Verteidigungshilfe über 32 bzw. 36 Mio. DM. Am 21. Januar 1966 billigte der Bundesverteidigungsrat eine dritte Tranche in Höhe von 33,3 Mio. DM unter der Voraussetzung, daß die Hälfte in gebrauchtem Material der Bundeswehr geleistet werde. Am 1. Juni 1966 führte Referat III A 4 dazu aus, daß das Bundesministerium der Finanzen nur der Abgabe des gebrauchten Materials zugestimmt habe. Da zudem die Billigung durch den Auswärtigen Ausschuß und den Haushaltsausschuß des Bundestages noch ausstehe, könne das Abkommen frühestens ab Mitte Juli 1966 abgeschlossen werden. Vgl. die Aufzeichnung des Referats III A 4 vom 1. Juni 1966; VS-Bd. 2443 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁵ Am 5. Mai 1966 kürzte der Haushaltsausschuß den vom Kabinett festgesetzten Haushaltstitel „Ausrüstungshilfe“ in Höhe von 110 Mio. DM auf 87 Mio. DM. Die entsprechend geänderte Haushaltsvorlage wurde vom Bundestag am 27. Mai 1966 verabschiedet. Vgl. den Auszug aus dem Kurzprotokoll des Haushaltsausschusses; Referat III A 4, Bd. 549. Vgl. ferner BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 61, S. 1853 f.

¹⁶ Zur Haushaltslage der Bundesrepublik vgl. Dok. 162, besonders Anm. 12–15.

¹⁷ Das Verteidigungshilfeabkommen über die dritte Tranche wurde am 13. März 1967 unterzeichnet.

179

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk in Brüssel

Z A 5-54.A/66 geheim

5. Juni 1966¹

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen traf am 5. Juni 1966 um 14.00 Uhr mit Außenminister Rusk in der Residenz des amerikanischen Botschafters in Brüssel zu einem Gespräch zusammen, an dem Staatssekretär Professor Carstens, Mr. Schaetzel und Mr. Spiers teilnahmen.

Das Gespräch galt vorwiegend Fragen der Verhandlungsführung während der Vierzehner- und Fünfzehner-Konferenzen.² Im Verlauf des Gesprächs erklärte Außenminister *Rusk*, die Vereinigten Staaten unterstützten hinsichtlich der von Frankreich aufgeworfenen Probleme die Position der Bundesregierung. Die von Herrn McCloy in Bonn geführten Gespräche³ seien immer noch maßgebend. Er betonte, daß nach amerikanischer Auffassung die Frage der von den französischen Streitkräften zu übernehmenden Aufgaben eine politische Frage sei, die nicht zwischen General Ailleret und General Lemnitzer geregelt werden könne.⁴ Der NATO-Rat als politisches Instrument müsse die Entscheidung treffen, wobei er zugebe, daß im Anschluß daran aufgrund der vom Rat erteilten Weisungen Gespräche zwischen den Generälen denkbar seien. Man könne es auch nicht den Franzosen überlassen zu bestimmen, wer auf seiten der Vierzehn verhandeln solle.

Außenminister *Rusk* hielt es für wünschenswert, daß sich die Vierzehn einmal offen über die eigentlichen Motive de Gaulles unterhielten. Seiner Ansicht nach wolle sich de Gaulle aus dem Bündnis herauslösen und eine Stellung wie die Schwedens anstreben.

Der Herr *Minister* bemerkte, der General wolle auch weiterhin den generellen Rückhalt des Bündnisses für sich in Anspruch nehmen, lege aber Wert darauf, daß sich kein französischer Soldat bewege und kein französisches Territorium benutzt werde, ohne daß er sich mit dem Bündnisfall identifiziere. Er sei gegen jede Art von Automatik. Wie er sich das im Ernstfall vorstelle, sei sein Geheimnis.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 16. Juni 1966 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 26. Juni 1966 vorgelegen.

Ein Durchdruck hat den Staatssekretären Lahr am 27. Juni und Carstens am 29. Juni 1966 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 434 (Büro Staatssekretär).

² Zur Tagung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten ohne Frankreich am 6. Juni und des NATO-Ministerrats am 7./8. Juni 1966 in Brüssel vgl. Dok. 182.

Zur Diskussion über die Verhandlungslinie der 14 NATO-Staaten gegenüber Frankreich vgl. zuletzt Dok. 163.

³ Für die Gespräche des Sonderbeauftragten des amerikanischen Außenministeriums für NATO-Fragen mit Bundesminister Schröder und Bundeskanzler Erhard am 15. bzw. 17. April 1966 vgl. Dok. 110 bzw. Dok. 111.

⁴ Zu den französischen Überlegungen, Gespräche zwischen dem Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte und dem Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa einzuleiten, vgl. Dok. 149. Vgl. dazu auch Dok. 137, Anm. 9.

Nach Auffassung von Außenminister *Rusk* schwebe de Gaulle eine Verbindung vor, wie sie zwischen den Generälen Juin und Lord Alexander bestanden habe.⁵ Präsident Kennedy gegenüber habe de Gaulle einmal gesagt, er müsse die französische Armee wieder französisch machen. Sie habe das Gefühl verloren, daß sie für Frankreich kämpfe. Ein Einsatz für die NATO bedeute ihr nichts.

Der Herr *Minister* fügte dem hinzu, daß de Gaulle einer politischen Diskussion aus dem Wege gehen wolle und statt dessen ein abstraktes militärisches Arrangement ohne politische Bindung anstrebe.

Bei der Behandlung der Deutschland-Frage zitierte der Herr *Staatssekretär* de Gaulles Äußerungen gegenüber dem Herrn Bundeskanzler, wie er sich den Prozeß der Wiedervereinigung vorstelle und was er darüber in Moskau⁶ sagen wolle.⁷ Die Frage von Herrn *Rusk*, ob er von einem neutralisierten wiedervereinigten Deutschland gesprochen habe, wurde verneint. Der Herr *Staatssekretär* erwähnte, daß de Gaulle die deutschen Korrespondenten in Paris eingeladen habe, ihn nach Moskau zu begleiten.

Außenminister *Rusk* erinnerte daran, daß vor noch nicht allzu langer Zeit die Franzosen nicht bereit gewesen seien, mit den Russen zu sprechen.⁸ Aus der Kuba-Krise habe de Gaulle zwei Schlußfolgerungen gezogen: Osteuropa werde Westeuropa nicht angreifen und die Franzosen könnten möglicherweise in einen Krieg außerhalb der NATO verwickelt werden, mit dem sie nichts zu tun haben wollten. Mit der französischen Logik seien diese beiden Schlußfolgerungen zur jetzigen Position weiterentwickelt worden.

Wie der Herr *Minister* ausführte, übersehe de Gaulle bei seinen Vorstellungen die Änderungen im Machtgefälle zwischen Ost und West, die sich aus seiner Politik ergeben müßten. Dies hätte einen starken Einfluß auf die politische Orientierung der übrigen Länder.

Außenminister *Rusk* betonte, daß es im eigenen vitalen Interesse der Vereinigten Staaten liege, die Deutschland-Frage gelöst zu sehen. Die Amerikaner seien keine Kinder, welche die Rechte aufgäben, die sie erworben hätten. Man habe die zwei Weltkriege nicht umsonst geführt und lasse es nicht zu, daß die europäischen Fragen ohne die Vereinigten Staaten behandelt würden.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß die französische Propaganda Zweifel an der amerikanischen Zuverlässigkeit zu erwecken versuche. Dies sei gefährlich, wenn dazu noch Äußerungen und Zeitungsberichte aus den Vereinigten Staaten kämen, die dies zu bestätigen schienen.⁹ Die Dinge müßten richtig präsentiert und sorgfältig gehandhabt werden.

Nach den Worten Außenminister *Rusks* bestehe in Kreisen der amerikanischen Öffentlichkeit der Eindruck, daß mit zweierlei Maß gemessen werde. Wenn die Europäer ihre Verteidigungshaushalte kürzten, weil die Gefahr angeblich ge-

⁵ Vgl. dazu Dok. 149, Anm. 4.

⁶ Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

⁷ Zum Gespräch vom 7. Februar 1966 vgl. Dok. 34.

⁸ Vgl. dazu Dok. 100, Anm. 7.

⁹ Vgl. dazu die Pressemeldungen über eine geplante Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa; Dok. 110, besonders Anm. 23. Vgl. ferner Dok. 189.

ringer geworden sei, so reagiere die amerikanische Öffentlichkeit darauf nicht gerade mit Begeisterung.¹⁰ Amerikanischerseits glaube man nicht an eine Verminderung der Gefahr. Es sei wünschenswert, zu einer besser abgestimmten gemeinsamen Position zu gelangen.

Der Herr *Minister* erwähnte, daß deutscherseits erwogen werde, den Verteidigungshaushalt für das kommende Jahr um 500 Millionen Dollar zu erhöhen.¹¹

Bezüglich der Verlegung des Hauptquartiers¹² bemerkte Außenminister *Rusk*, amerikanischerseits würde man den Benelux-Bereich vorziehen, doch könne man nicht zweimal umziehen. Man wisse noch nicht genau, wie sicher die Sache bei den Belgiern sei. Er neige auch sehr stark dazu, den NATO-Rat zu verlegen, nicht nur weil die militärische und die politische Spitze zusammenarbeiten müßten, sondern weil man auf diese Weise auch der Gefahr weiterer Belästigungen entgegen könne. Beispielsweise könnte es Schwierigkeiten geben, wenn auf der Dezember-Tagung¹³ bei der Behandlung der militärischen Probleme militärische Sachverständige anwesend seien.

Im Zusammenhang mit einer Straffung von AFCENT bemerkte der Herr *Minister*, daß man dem zustimme, vorausgesetzt, der deutsche Kommandoposten gehe nicht verloren. Er bat Herrn Rusk um Unterstützung bei der Besetzung von AFCENT mit einem deutschen General.¹⁴

Herr *Rusk* sagte dies zu, und Herr *Spiers* bemerkte, dies entspreche auch den Vorstellungen des Verteidigungsministeriums. Wie Herr *Rusk* weiter bemerkte, hoffe er, daß bei dieser Straffung der Personalbestand vermindert werden könne.

Nach einem Gedankenaustausch über die in bilateralen Gesprächen mit Fanfani¹⁵ und anderen zu benutzenden Argumente bemerkte Herr Rusk, es sei das höchste Kompliment, das die Europäer den Vereinigten Staaten machen könnten, wenn sie die feste Haltung der Vereinigten Staaten nicht bezweifelten.

¹⁰ Vgl. dazu Dok. 161.

¹¹ Zum Verteidigungshaushalt der Bundesregierung vgl. Dok. 161, Anm. 5.

¹² Zur Verlegung des Sitzes des NATO-Rats vgl. Dok. 163, besonders Anm. 18.

¹³ Zur NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris vgl. Dok. 410 und Dok. 414.

¹⁴ Zur Reorganisation des NATO-Bereichs Europa Mitte und zur Forderung der Bundesregierung, den Posten des Oberbefehlshabers mit einem General der Bundeswehr zu besetzen, vgl. Dok. 137, Anm. 15, und Dok. 163, besonders Anm. 3.

Am 1. Juni 1966 berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), daß wegen des bevorstehenden Ausscheidens des Oberbefehlshabers Europa Mitte, General Crepin, eine militärisch bedenkliche Führungslosigkeit eingetreten sei. Grewe bat darum, auf der Tagung der 14 Außenminister am 6. Juni 1966 in Brüssel eine grundsätzliche politische Einigung über die Besetzung des Postens des Oberbefehlshabers Europa Mitte mit einem deutschen General herbeizuführen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1078; VS-Bd. 1466 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

Am 3. Juni 1966 hielt Ministerialdirektor Werz aus einer Besprechung bei Staatssekretär Carstens fest, es erscheine nicht zweckmäßig, dem Vorschlag von Grewe zu folgen. Das reguläre Verfahren sehe vielmehr vor, daß SACEUR eine Regierung um Benennung eines Kandidaten bitte und die Absicht seiner Ernennung anschließend den Regierungen mitteile, deren Truppen unter dem Kommando des künftigen Oberbefehlshabers stünden. Es sei daher angezeigt, anläßlich der NATO-Ministerratstagung am 7./8. Juni 1966 die USA zu bitten, in diesem Sinne auf SACEUR einzuwirken, und die Außenminister von Kanada, Belgien sowie der Niederlande von dem Wunsch der Bundesregierung zu unterrichten. Vgl. VS-Bd. 2477 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁵ Für das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem italienischen Außenminister vgl. Dok. 180.

Streitigkeiten der Europäer untereinander würden aber auf die Dauer die Amerikaner doch sauer werden lassen.

Das Gespräch endete um 17.00 Uhr.

VS-Bd. 10088 (Ministerbüro)

180

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem italienischen Außenminister Fanfani in Brüssel

Z A 5-56.A/66 geheim

5. Juni 1966¹

Vor dem Abendessen versicherte Herr *Fanfani* dem Herrn Minister, daß die italienische Regierung darauf verzichten werde (wie ihr von französischer Seite nahegelegt worden sei), einen eigenen Kandidaten zum Amt des Präsidenten der fusionierten Europäischen Kommission vorzuschlagen, solange die Bundesregierung an Professor Hallstein festhalten werde.²

Im Anschluß an das Essen setzten die beiden Außenminister sich zu einem Gespräch unter vier Augen zusammen.

Zunächst begrüßte der Herr *Minister* die Gelegenheit eines Meinungsaustausches mit seinem italienischen Kollegen und hob die Bedeutung einer deutsch-italienischen Zusammenarbeit in den derzeitigen wichtigen Fragen hervor. Dies habe sich bereits anlässlich der jüngsten EWG-Krise³ gezeigt. Auch hinsichtlich der Behandlung der nuklearen Probleme sei ein derartiges Zusammengehen von immer größerer Wichtigkeit. Angesichts der bevorstehenden Brüsseler NATO-Tagung⁴ lege er Wert auf ein Gespräch mit Herrn Fanfani über die verschiedenen zur Debatte stehenden Fragen.⁵

Herr *Fanfani* wies darauf hin, daß er gerne schon früher mit seinem deutschen Kollegen gesprochen hätte; er habe jedoch dem bevorstehenden Besuch von Ministerpräsident Moro in Bonn⁶ nicht vorgreifen wollen.

Zu den NATO-Fragen habe er folgendes zu sagen: Die italienische Regierung habe keine Bedenken gegen die Verlegung von SHAPE nach Belgien.⁷ Auch

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 16. Juni 1966 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 26. Juni 1966 vorgelegen.

Ein Durchdruck hat den Staatssekretären Lahr und Carstens am 27. bzw. 28. Juni 1966 vorgelegen. Vgl. VS-Bd. 434 (Büro Staatssekretär).

² Zur Fusion der Exekutiven von EWG, EAG und EGKS sowie zum Vorschlag der Bundesregierung, den Präsidenten der EWG-Kommission, Hallstein, zum Präsidenten der vereinigten Kommission zu wählen, vgl. Dok. 116.

³ Vgl. dazu Dok. 25.

⁴ Zur Tagung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten ohne Frankreich am 6. Juni und des NATO-Ministerrats am 7./8. Juni 1966 in Brüssel vgl. Dok. 182.

⁵ Vgl. dazu auch Dok. 170.

⁶ Zu den deutsch-italienischen Regierungsbesprechungen vom 27. Juni 1966 vgl. Dok. 208 und Dok. 209.

⁷ Zur Verlegung von SHAPE vgl. Dok. 137, Anm. 14.

nicht gegen die Benennung eines Deutschen zum Chef des Kommandos Europa Mitte.⁸ In diesem Fall würde seine Partei (D.C.⁹) mit Rücksicht auf den sozialistischen Koalitionspartner die deutschen Freunde nur darum bitten, dabei derart vorzugehen, daß kein Vorwand zu kommunistischer Propaganda geboten werde. Was die Verteilung der Depots usw. auf Länder außerhalb Frankreichs betreffe, sehe seine Regierung ebenfalls keine Schwierigkeiten. Falls einiges davon auf italienischen Boden verlegt werden sollte, würde man dies dort begrüßen. Rom habe bereits erklärt, daß es das NATO-College gerne aufnehmen würde.¹⁰ Zur Frage des zukünftigen Sitzes des NATO-Rates¹¹ erklärte er folgendes: Grundsätzlich habe Italien nichts gegen die Verlegung des politischen NATO-Organs an den Standort des obersten militärischen Organs. Jedoch bestünden in Rom einige Zweifel hinsichtlich des Zeitpunktes, an dem eine Entscheidung über diese Frage getroffen werden sollte. Er sei gegen eine sofortige Entscheidung. Man könne sich wohl über eine etwaige Verlegung Gedanken machen, sich nach geeigneten Räumlichkeiten umsehen und den Grundsatz bekräftigen, daß die politischen und die militärischen Stellen den gleichen Sitz haben sollten. Die Frage des Termins sollte jedoch vorerst offen gelassen werden, um negative Auswirkungen auf die Öffentlichkeit zu vermeiden und Frankreich keinen Vorwand zur Behauptung zu bieten, die anderen hätten die Verlegung gewollt. Die Schuld für eine Verlegung müsse, wenn es dazu komme, eindeutig auf französischer Seite liegen. Daher müsse man bei der Durchführung etwaiger Pläne sehr vorsichtig vorgehen.

Zum dänischen Vorschlag nach Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz¹² sagte der italienische Außenminister, grundsätzlich begrüße er eine öffentliche Debatte über dieses Thema. Aber auch hier sei größte Vorsicht geboten. Bevor irgendeine konkrete Initiative getroffen werde, müßten der Teilnehmerkreis und die Tagesordnung genau feststehen. Er verstehe zwar, daß es günstig wäre, wenn die Initiative seitens der „Atlantiker“ ausginge, glaube aber, daß man, bevor man von der allgemeinen Formulierung des Gedankens zu konkreten Vorschlägen übergehe, die Dinge noch wesentlich vertiefen müsse. Man sollte die Überlegungen durch ein eingehendes Studium der bisherigen Vorschläge¹³ auf den neuesten Stand bringen und auf der nächsten Tagung wieder darüber sprechen.

Der Herr *Minister* dankte Herrn Fanfani für dessen „klare und sehr direkte“ Ausführungen. Er sei im Grunde genommen in fast allen Punkten der gleichen Ansicht. Was die vorgeschlagene Europäische Sicherheitskonferenz betreffe, halte er es ebenfalls für richtig, im Rahmen des NATO-Rates, eventuell im

⁸ Zur Forderung der Bundesregierung, den Posten des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte Europa Mitte mit einem General der Bundeswehr zu besetzen, vgl. zuletzt Dok. 179, besonders Anm. 14, und weiter Dok. 197.

⁹ Democrazia Cristiana.

¹⁰ Zum Beschluß des Ständigen NATO-Rats vom 6. Juni 1966 über die Verlegung der NATO-Verteidigungsakademie vgl. Dok. 182.

¹¹ Zur Verlegung des Sitzes des NATO-Rats vgl. Dok. 137, besonders Anm. 13.
Zur italienischen Haltung vgl. Dok. 163, Anm. 18.

¹² Vgl. dazu Dok. 169.

¹³ Vgl. dazu den Vorschlag des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 27. April 1966 zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz; Dok. 142, besonders Anm. 3.

Kreis der stellvertretenden Außenminister noch intensivere Beratungen zu führen. Im großen und ganzen halte er eine derartige Konferenz auch für sehr nützlich, jedoch nur unter Anwendung der erwähnten Vorsichtsmaßnahmen.

In der Frage der Verlegung des Sitzes der NATO-Organen teile er im wesentlichen Herrn Fanfanis Auffassungen. Nur in einem Punkt sei er vielleicht nicht ganz mit ihm einverstanden: dem Sitz des politischen NATO-Rates. Im Grunde genommen sei man auf italienischer wie auf deutscher Seite doch wohl der Ansicht, daß der politische Gipfel nicht vom militärischen getrennt werden dürfe: Einer ernsthaften Krise, die ganz plötzlich ausbrechen könne, könne nur durch ständige Zusammenarbeit und unmittelbare Kontakte zwischen den Spitzenorganen begegnet werden. Wenn nun aber auf der bevorstehenden Tagung über die infolge der französischen Haltung erforderliche Verlegung aller militärischen Stellen beraten, über die politischen Organe jedoch nichts gesagt werde, setze man die politische und militärische Glaubwürdigkeit der genannten Einrichtungen aufs Spiel. Auf deutscher Seite sei man unverändert der Auffassung, daß Frankreich möglichst eng mit der NATO verbunden bleiben müsse; es bestehe unverändert die Tendenz, künftige Möglichkeiten nicht zu verschütten, jedoch müsse, im Hinblick auf die Gegner, die NATO als Institution ständig funktionsbereit sein. Auch wenn man eine spätere Änderung der französischen Haltung mitberücksichtigen wolle, könne man die Frage des Sitzes nicht ewig offen lassen. Er entnehme den Ausführungen Fanfanis, daß Italien zögere, bereits auf der Brüsseler Tagung ein endgültiges Datum für die Verlegung zu beschließen. In diesem Fall müßte man sich mit einer allgemeinen Erklärung darüber begnügen, daß die politischen und die militärischen Organe zusammengehörten, aber ohne einen Termin für die Entscheidung zu nennen. Er selbst – der Herr Minister – würde es allerdings vorziehen, wenn man noch etwas weiter ginge. Bei allen Überlegungen müsse man an die kommende Dezember-Tagung¹⁴ denken: Bisher sei dabei an einem Tag über die politischen und am anderen Tag über die militärischen Fragen diskutiert worden, wobei beide Spitzen ihren Sitz in Paris gehabt hätten. Nach einer Verlegung der militärischen Organe ins Ausland würde sich für die nächste Dezember-Tagung die Frage stellen, ob die Militärs in Uniform oder in Zivil zu erscheinen hätten, ob sie von der französischen Regierung eine Sondereinreiseerlaubnis beantragen müßten usw.

Anschließend dankte der Herr Minister der italienischen Regierung für deren Zustimmung zur Umbesetzung des Kommandos Europa Mitte, die ein besseres Streamlining der Organisation ermögliche.

Herr *Fanfani* antwortete, er habe sich die verschiedenen Aspekte im Zusammenhang mit der Dezember-Tagung in Paris ebenfalls durch den Kopf gehen lassen und sehe eine Lösungsmöglichkeit: Wenn auch nicht sofort eine Entscheidung über die Verlegung getroffen werde, so könne man bereits jetzt die Einberufung einer außerordentlichen NATO-Ratstagung im Oktober nach Brüssel beschließen.

Der Herr *Minister* legte seinem italienischen Kollegen dann seine Auffassungen zu den am 13. Juni in Bonn beginnenden deutsch-französischen Verhand-

¹⁴ Zur NATO-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1966 in Paris vgl. Dok. 410 und Dok. 414.

lungen¹⁵ über den Status der aus der Integration ausscheidenden französischen Truppen und den parallel zu führenden multilateralen Verhandlungen über den zukünftigen Auftrag dieser Streitkräfte dar. Er sei überzeugt davon, daß die Franzosen versuchen würden, sich einer politischen Erörterung dieser Frage zu entziehen, die sie durch ihren eigenen Entschluß bereits als erledigt betrachteten. In diesem Zusammenhang wies er auf die Schwierigkeiten hin, die im Ernstfall entstehen könnten, wenn es auf deutschem Gebiet Truppen unter integriertem und nationalem Kommando geben würde. Etwas anderes sei es, falls die französischen Truppen im eigenen Mutterland stationiert wären. Man müsse nunmehr die französische Haltung am kommenden und folgenden Tag in Brüssel abwarten. Er – der Herr Minister – persönlich glaube, daß die Franzosen jeder politischen Diskussion aus dem Wege gehen werden, da sonst für sie so unangenehme Fragen wie etwa, was sie unter einem „nicht provozierten Angriff“¹⁶ verstünden, auf sie zukommen würden.

Der Herr Minister äußerte anschließend seine Besorgnis über die unerfreulichen Auswirkungen, die derartige Diskussionen auf die amerikanische Öffentlichkeit haben könnten. Er sei der Ansicht, daß man sich sehr vorsichtig verhalten sollte, um bei der öffentlichen Meinung der USA nicht den Eindruck zu erwecken, angesichts der unter den europäischen Staaten anscheinend herrschenden Verwirrung wäre es besser, die Vereinigten Staaten wendeten sich einer anderen Lösung zu. Sicherlich liege eine derartige Resignation nicht in der Absicht der amerikanischen Regierung, aber die öffentliche Meinung spiele in den USA bekanntlich eine sehr große Rolle. Die Belastung durch die Vietnam-Frage steigere verständlicherweise noch die Empfindlichkeit. Er – der Herr Minister – halte es für Italien ebenso wichtig wie für Deutschland, daß unerfreulichen Entwicklungen der genannten Art entgegengewirkt werde.

Herr *Fanfani* erklärte sich in letzterem Punkt mit dem Herrn Minister völlig einverstanden: Ein Beweis dafür sei die Tatsache, daß er unlängst vor dem außenpolitischen Ausschuß des italienischen Senats¹⁷ auf die Gefahren eines möglichen amerikanischen Isolationismus hingewiesen habe. Es sei von wesentlicher Bedeutung, daß auch in bezug auf die europäischen Probleme die Vereinigten Staaten eng mit den Ländern diesseits des Atlantik verklammert blieben. Aus diesem selben Anliegen heraus, werde er – Fanfani – im übrigen, wenn sich dazu eine Gelegenheit biete – auch wo scheinbar kein Zusammenhang mit den eigentlichen zur Debatte stehenden Fragen bestehe –, bei der

¹⁵ Am 1. Juni 1966 unterrichtete Botschafter Klaiber, Paris, den Generalsekretär im französischen Außenministerium, Alphand, über den Vorschlag der Bundesregierung zur „unverzüglichen“ Aufnahme bilateraler Verhandlungen über das Aufenthaltsrecht und den Status französischer Truppen in der Bundesrepublik. Die Verhandlungen sollten auf der Ebene der Abteilungsleiter in Bonn geführt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 880; VS-Bd. 2477 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Am 3. Juni 1966 setzte Vortragender Legationsrat I. Klasse Scheske die Vertretungen in den NATO-Staaten davon in Kenntnis, daß die französische Regierung sich zu Verhandlungen entsprechend dem Vorschlag der Bundesregierung bereiterklärt habe. Auf französische Anregung hin sei der Beginn auf den 13. Juni 1966 festgelegt worden. Vgl. VS-Bd. 2396 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1966.

Zur Aufnahme der Verhandlungen vgl. Dok. 190.

¹⁶ Zum Begriff des „nichtprovozierten Angriffs“ vgl. Dok. 102, Anm. 11, Dok. 117, Anm. 11–13, und Dok. 121, Anm. 4 und 5.

¹⁷ Zu den Ausführungen des italienischen Außenministers vom 12. Mai 1966 vgl. den Schriftbericht des Botschafters Herwarth von Bittenfeld, Rom, vom 17. Mai 1966; Referat I A 3, Bd. 576.

Brüsseler Tagung über die Zusammenarbeit auf technischem Gebiet sprechen. Er wisse, daß die öffentliche Meinung der USA hier sehr empfindlich sei. Zur Vietnam-Frage habe Italien nichts zu sagen, er sei sich aber im klaren darüber, daß der amerikanischen Regierung keine Schwierigkeiten geschaffen werden dürften, um jede Isolierung zu vermeiden. Was die Frage der französischen Truppen in Deutschland betreffe, müsse man die taktische Diskussion mit Couve abwarten. Im übrigen habe er – Fanfani – einigen Anlaß zu der Annahme, daß de Gaulle zu einer Wiederaufnahme der Gespräche über eine politische Union der Sechs¹⁸ bereit wäre. Er verwies in diesem Zusammenhang auf seine Gespräche mit Gromyko in Rom.¹⁹ Als dieser ihm – Fanfani – gegenüber die jüngsten Initiativen de Gaulles in bezug auf die NATO gelobt habe, habe er ihm entgegnet, wie er denn die immer wieder geäußerten sowjetischen Befürchtungen vor Deutschland in Einklang bringe mit der durch den Austritt Frankreichs zwangsläufig bedingten Zunahme des deutschen Gewichts innerhalb der Allianz.

Der Herr *Minister* betonte, daß er selbst bei größtem Wohlwollen in den Äußerungen de Gaulles während der letzten Jahre keinen einzigen konstruktiven Gedanken erkennen könne. Der französische General denke in historisch überholten Kategorien. Er verkenne die Tatsache, daß gerade zur Verhinderung eines dritten Weltkrieges Amerika in Europa so stark präsent sein müsse, um das Kräftegleichgewicht zu gewährleisten. Jede durch Frankreich verursachte Gewichtsverschiebung würde sich zugunsten der Sowjetunion auswirken. Er besitze interessante Zahlen über die voraussichtliche zukünftige Entwicklung: In ca. 10 Jahren werde das gesamte Bruttosozialprodukt der Sechsergemeinschaft nur zwei Drittel des sowjetischen Potentials und ein Drittel des amerikanischen Potentials erreichen. Er könne sich im übrigen nicht vorstellen, daß Frankreich gegenwärtig einen Versuch plane, die Diskussion über die Politische Union wieder aufzunehmen. Die anderen müßten aber nach einem gelungenen Abschluß der Kennedy-Runde²⁰ die Möglichkeiten für eine politische Zusammenarbeit in Europa prüfen. Das Maximum des Erreichbaren seien, seiner Ansicht nach, regelmäßige politische Gespräche, die er für ganz nützlich halten würde. In diesem Zusammenhang müßten Deutschland und Italien eine gemeinsame Strategie der Sechs gegenüber Großbritannien einleiten.²¹ Man dürfe es nicht bei Erklärungen über den guten Willen belassen, sondern müsse einen Plan mit genauen Regeln und Bedingungen ausarbeiten, einen Propagandafeldzug eröffnen und einen Druck in Richtung auf einen Beitritt Englands ausüben. Nur wenn man selbst die europäischen Initiativen ergreife,

¹⁸ Zur Diskussion über die Schaffung einer europäischen politischen Union vgl. Dok. 34.

¹⁹ Zum Aufenthalt des sowjetischen Außenministers vom 21. bis 23. April 1966 in Rom vgl. Dok. 133, besonders Anm. 2.

²⁰ Zur Kennedy-Runde vgl. zuletzt Dok. 101.

²¹ Zur Frage eines britischen Beitritts zur EWG vgl. zuletzt Dok. 158.

Der italienische Außenminister hielt sich am 6. Mai 1966 zu Gesprächen mit der britischen Regierung in London auf. Botschafter Blankenhorn, London, berichtete dazu, die Haltung von Fanfani sei „ein wenig entmutigend“ gewesen. Er habe sich zwar für einen Beitritt ausgesprochen, gleichzeitig jedoch deutlich gemacht, „daß er in keinem Falle etwa durch eine gezielte Vermittlungsaktion bei der Überbrückung des noch vorhandenen britisch-französischen Gegensatzes in der Beitrittsfrage tätig werden wolle“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 996 vom 10. Mai 1966; VS-Bd. 1466 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

könne man das Heft in der Hand behalten. Hierbei hätten, wie gesagt, Italien und Deutschland eine besondere Rolle zu spielen.

Herr *Fanfani* antwortete, er halte diese Gedanken für richtig, man müsse jedoch auch auf die anderen drei Länder (Benelux) warten. Sobald die Fragen der Agrarfinanzierung²² und der Fusion der Europäischen Gemeinschaften gelöst seien, sollte man sich mit dem Beitritt weiterer Länder befassen. Zunächst müßte man jedoch eine Reihe von Sondierungen vornehmen, auch gegenüber Dänemark. Was Spanien betreffe, so habe er vor kurzem anlässlich des Besuchs von Minister Ullastres in Rom²³ erklärt, Italien sei mit einer Verbindung zwischen Spanien und der EWG einverstanden, deren genauere Bezeichnung man später festlegen könne.

Der Herr *Minister* sprach seine Genugtuung hierüber aus. Er habe mit Außenminister Castiella in Spanien über diese Frage gesprochen²⁴ und sei von deren großer politischer Bedeutung überzeugt.

VS-Bd. 10088 (Ministerbüro)

²² Zum Stand der Diskussion um die Finanzierung des europäischen Agrarmarktes vgl. zuletzt Dok. 101, besonders Anm. 7 und 11, und weiter Dok. 235.

²³ Der spanische Botschafter bei der EWG, Ullastres, der Sondierungsgespräche mit Regierungen der EWG-Mitgliedstaaten führte, traf Ende Mai in Rom mit Staatspräsident Saragat, Ministerpräsident Moro und Außenminister Fanfani zusammen. Nach Auskunft von Ullastres hätten sich alle Gesprächspartner von der Notwendigkeit einer baldigen Aufnahme von Assoziierungsverhandlungen überzeugen lassen. Mit Rücksicht auf die innenpolitische Situation lege die italienische Regierung aber Wert darauf, das Wort „Assoziation“ möglichst nicht zu gebrauchen. So habe Fanfani erklärt, man solle „ein Buch schreiben, ohne ihm einen Titel zu geben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 374 des Botschafters Herwarth von Bittenfeld, Rom, vom 3. Juni 1966; Referat I A 2, Bd. 1261.

Zum Gespräch des Staatssekretärs Lahr vom 3. Mai 1966 mit Ullastres vgl. den Drahterlaß Nr. 135; VS-Bd. 418 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966.

²⁴ Für das Gespräch vom 29. März 1966 vgl. Dok. 87.

Botschafter von Walther, Moskau, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/10186/66 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 674

Aufgabe: 6. Juni 1966, 11.25 Uhr¹
Ankunft: 6. Juni 1966, 11.01 Uhr

1) Da bei meinem Amtsantritt in Moskau vor der Übergabe meines Beglaubigungsschreibens² Außenminister Gromyko von Moskau abwesend gewesen war, war ich damals vom Stellvertretenden Außenminister Kusnezow empfangen [worden]. Auch während des Parteitages³ und nachher⁴ war Gromyko nicht verfügbar. Er hatte mich dann am Samstag, den 21. Mai zu sich gebeten. Der Besuch kam damals wegen meines kurzen Finnland-Aufenthaltes nicht zustande und wurde, wie hier üblich, kurzfristig für Samstag, den 4. 6. auf 14.00 Uhr neu festgesetzt.

Die Besprechung dauerte etwa 45 Minuten. Es nahmen von seiten Gromykos als Dolmetscher Legationsrat Popow, von meiner Seite als Dolmetscher Herr Barker teil. Die Atmosphäre war nicht so freundlich, wie sie bei meinen übrigen Besuchen zu sein pflegte, was sicher auch an der Art Gromykos liegt, der selbst für einen sowjetischen Apparatschik sich ungewöhnlich verschlossen gibt. In der Sache war Gromyko unzweideutig klar, in seinen Formulierungen und im Ton jedoch vorsichtig und versuchte ganz offenbar, jede Schärfe in der Unterhaltung zu vermeiden.

2) Zunächst drehte sich das Gespräch um die üblichen Themen: das Leben in Moskau, das schöne Sommerwetter, mein und meiner Familie Einleben in Moskau, der sowjetische diplomatische Dienst und anderes. Bei dieser Gelegenheit bemerkte Gromyko, daß der Abreisetermin für Zarapkin noch nicht festgelegt sei, er werde aber sehr bald fahren.⁵ Er fügte hinzu, daß für Zarapkin und mich eine große Menge Arbeit zu tun wäre, um nach Ansätzen zur Verbesserung der Beziehungen zu suchen. Nach einigen weiteren Ausführungen über die Aufgabe und die Stellung der Botschafter überhaupt bat er mich, meine Meinung zu dem augenblicklichen Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu skizzieren.

Ich erwiderte ihm, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen in der nächsten Zeit und vielleicht auf lange hinaus von dem letzten erfolgten Notenaustausch⁶

¹ Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

² Vgl. dazu Dok. 78.

³ Der XXIII. Parteitag der KPdSU fand vom 29. März bis 8. April 1966 in Moskau statt. Für die Entschließung vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 271 f. (Auszug).

⁴ Der sowjetische Außenminister hielt sich vom 21. bis 27. April 1966 in Rom auf. Vgl. dazu Dok. 133, Anm. 2, und Dok. 142, Anm. 3.

⁵ Am 10. Juni 1966 teilte Botschafter von Walther, Moskau, mit, daß der neue sowjetische Botschafter Mitte Juni in Bonn eintreffen werde. Er sehe keine Notwendigkeit, Zarapkin für die bevorstehenden Antrittsbesuche „Schwierigkeiten“ in den Weg zu legen. Allerdings sei auch kein Grund vorhanden, „diese Terminfestsetzungen mit besonderer Eilfertigkeit zu behandeln“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 691; Referat II A 4, Bd. 762.
Vgl. dazu weiter Dok. 194.

⁶ Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.
Zur sowjetischen Antwortnote vom 17. Mai 1966 vgl. Dok. 166.

geprägt werden würde. Die gegenseitige Einstellung habe sich durch diesen Notenaustausch geklärt.

Es ergäbe sich nunmehr die Frage für uns, ob die sowjetische Note als Ganzes betrachtet werden müsse oder ob aus ihr gewisse Einzelpunkte herausgegriffen werden könnten, um gesondert erörtert zu werden. Wenn man dies nicht könne, müsse man, um bessere gegenseitige Beziehungen zu erreichen und eine Lösung der großen Frage auf lange Sicht zu versuchen, zunächst auf den Gebieten sich näherkommen, in denen ein Näherkommen schon jetzt möglich sei. Die Lösung der großen Frage müsse man zunächst beiseite lassen. Ich würde gern die Meinung Gromykos hierzu erfahren, möchte aber eines hinzufügen: Ich hätte in Bonn, bevor ich nach Moskau gekommen sei, immer wieder festgestellt, wie stark dort bei allen leitenden Persönlichkeiten der Wunsch nach einer Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen sei.

Gromyko erwiderte, er müsse sagen, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Augenblick gespannt und kühl seien. Er glaube nicht, daß es zweckmäßig sei, jetzt während dieser Unterredung den ganzen Komplex der deutsch-sowjetischen Beziehungen zu erörtern. Vielleicht werde das in Zukunft mit einer entsprechenden Grundlage ermöglicht werden können. Im Augenblick sehe er jedoch keine Grundlage für eine umfassende Erörterung der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Die Bundesregierung habe des öfteren, sowohl unter Bundeskanzler Dr. Adenauer als auch unter Bundeskanzler Dr. Erhard ihre politischen Grundsätze (platforma) umrissen. Diese aber könnten sowjetischerseits nicht als Grundlage für eine Verbesserung der deutsch-sowjetischen Beziehungen angesehen werden. Dies bedeute nicht, daß nicht auf Gebieten wie etwa Kultur⁷ und Handel⁸ die Beziehungen rege und aktiv sein könnten. Im ganzen gesehen sei jedoch die Lage nicht so, daß er die Möglichkeit einer grundsätzlichen Besserung der Beziehungen sehe.

Dies sei nicht die Schuld der sowjetischen Seite, die auf die Darlegung der deutschen politischen Grundsätze in unserer Note nur geantwortet habe, zunächst auf der Tagung des Parteitages⁹, dann in ihrer Beantwortung der deutschen Note. Er wolle die sowjetische Antwort hier nicht kommentieren. Jedenfalls stehe fest, daß für eine positive Lösung der offenen Fragen der Wunsch auf beiden Seiten nach einer solchen notwendig sei. Auf der deutschen Seite könne er Anzeichen für einen solchen Wunsch nicht finden, wenn ich ihm auch das Vorhandensein eines solchen Wunsches erklärt hätte.

Ich erwiderte ihm, meiner Ansicht nach seien die deutsch-sowjetischen Gegensätze zwar groß, man müsse aber trotzdem darüber sprechen. Ich sähe es als meine Aufgabe an (und hierbei könne ich immer auf Bonner Unterstützung rechnen), dafür zu sorgen, daß die Stellungen nicht verhärtet blieben, sondern im Gegenteil auftauten. In der Bundesrepublik sei natürlich die Außenpolitik bis zu einem gewissen Grade von der Innenpolitik beeinflusst. Man dürfe sich aber trotzdem nicht beirren lassen und auf lange Sicht unbeirrt auf eine Ver-

⁷ Zu den Bemühungen um ein Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. Dok. 91, besonders Anm. 4. Zu den Kulturbeziehungen vgl. ferner Dok. 168, besonders Anm. 6.

⁸ Zu den Wirtschaftsverhandlungen mit der UdSSR vgl. Dok. 213.

⁹ Vgl. dazu die Ausführungen des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 29. März 1966; Dok. 108, Anm. 5, sowie Dok. 125, Anm. 38.

besserung der Beziehungen und dann auf eine Lösung der großen Fragen hinarbeiten. Im übrigen sei ich jedoch der gleichen Auffassung wie Gromyko, daß eine Erörterung der Grundsatzfragen im Augenblick nicht zum Ziele führen könne. Ich bäte aber den Außenminister, seine Mitarbeiter anzuweisen, mir jederzeit ungeschminkt und offen die Ansicht der Sowjetregierung zu sagen, und verspräche ihm, die mir gegenüber geäußerten Ansichten unverblümt nach Bonn weiterzugeben, da ich glaube, daß nur völlige Offenheit im direkten Verkehr uns weiterhelfen könne.

Gromyko antwortete, die Sowjetregierung habe ihre Ansicht zu den großen und den weniger großen Fragen geäußert, so daß der Bundesregierung die sowjetische Haltung bekannt sei.

Ich bemerkte abschließend, die deutsche Politik sei im übrigen letzthin im hohen Maße eine Funktion der Politik der Großmächte, von denen es nur zwei gäbe, nämlich die USA und die UdSSR, so daß es wichtig sei, wie sich deren Beziehungen entwickeln würden. Gromyko antwortete hierauf, es sei relativ unerheblich, wie sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen entwickelten. Man habe die Beziehungen zwischen A und B zu betrachten, die nicht durch die Beziehungen zu einem Drittland gestört werden sollten. Es sei hier auch nur die Rede von den deutsch-sowjetischen Beziehungen und nicht von den Beziehungen zu einem dritten Lande.

Die Unterredung wurde abgeschlossen durch die Versicherung, daß man beiderseits alles für die Verbesserung der Beziehungen tun würde und daß ich mich bei jeder Schwierigkeit immer an Gromyko oder das Auswärtige Amt wenden und auf keinen Fall die enge Verbindung abreißen lassen solle.

3) Der Tenor des Gesprächs mit Gromyko steht in merkwürdigem Gegensatz zu eigentlich allen Gesprächen, die ich bisher mit den sowjetischen Regierungsmitgliedern oder hohen Beamten hatte. Während hier überall der Wunsch nach einer Annäherung durchklang, ohne daß natürlich greifbare Pläne geäußert wurden, war bei Gromyko der Wunsch zu erkennen, die augenblickliche Lage zu erhalten und zu zementieren. Wenn er von Lösung spricht, meint er damit ein Einlenken der Bundesregierung auf die sowjetische Linie.

Das Gespräch scheint mir meinen Eindruck zu bestätigen, daß in der Sowjetregierung, sicher aber im sowjetischen Außenministerium zwei Strömungen hinsichtlich der sowjetischen Deutschlandpolitik bestehen. Diese Ansicht wird mir auch von gut unterrichteten Kollegen bestätigt.

Wenn man von der sachlichen Härte, durch die Gromykos Ausführungen gekennzeichnet waren, absieht, so möchte ich aus seinen Formulierungen ersehen, daß er keine Verschärfung der Beziehungen zur Bundesregierung wünscht. Im Rahmen des ihm Möglichen versuchte er sogar, auf menschlichem Gebiet eine gewisse Liebenswürdigkeit zu zeigen. Während des langen Gesprächs war sein Ton nur merklich gereizt, als ich unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten erwähnte. Die Tatsache, daß er auch in der Deutschlandfrage auf amerikanischen Widerstand stößt, schien ihn zu irritieren. Aus dem Gespräch habe ich den Eindruck gewonnen, daß man für absehbare Zeit keine irgendwelche Versuche machen sollte, grundsätzlichen Fragen wie Wiedervereinigung, Berlin, Atommitspracherecht mit den Sowjets überhaupt anzurühren. Dahingegen wird man einen erträglichen Modus vivendi dadurch schaffen

können, daß man die Gebiete der Kultur- und Wirtschaftspolitik aktiviert. Andererseits wird, wie schon aus den Reden des 23. Parteitages und auch aus der Note hervorgeht, die Sowjetregierung nicht von sich aus auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik Unruhe und Verwicklungen schaffen.

[gez.] Walther

VS-Bd. 10064 (Ministerbüro)

182

Staatssekretär Carstens, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/10198/66 geheim
Fernschreiben Nr. 163
Citissime

Aufgabe: 7. Juni 1966, 12.00 Uhr¹

Ankunft: 7. Juni 1966, 14.18 Uhr

Betr.: Konferenz der 14 Außenminister in Brüssel am 6. Juni 1966

Die Konferenz der 14 Außenminister unter Vorsitz des niederländischen Außenministers Luns führte zu einer weitgehenden Einigung über alle wesentlichen Fragen der Reorganisation der NATO und der Verhandlungsposition der 14 gegenüber Frankreich.

I. Änderungen in der Organisation der NATO

1) Die 14 Minister waren sich grundsätzlich darüber einig, SHAPE² in ein Benelux-Land (wahrscheinlich Belgien) und AFCENT³ entweder in ein Benelux-Land oder nach Deutschland zu verlegen. Endgültige Entscheidungen können erst nach Klärung technischer Einzelfragen getroffen werden. Bundesminister erklärte, die Bundesregierung werde ein Ersuchen der Vierzehn, AFCENT nach Deutschland zu verlegen, wohlwollend prüfen.⁴

2) Die Minister einigten sich über die Grundsätze der Reorganisation der militärischen Kommandostruktur der NATO.⁵

3) Als das schwierigste Thema der Konferenz erwies sich die Frage der Verlegung des NATO-Rats⁶ und des Militärausschusses⁷. Die Außenminister der

¹ Hat Bundesminister Schröder vorgelegen

² Zur Verlegung von SHAPE vgl. Dok. 137, Anm. 14.

³ Zur Reorganisation des NATO-Bereichs Europa Mitte vgl. Dok. 137, Anm. 15.

⁴ Bereits am 5. Juni 1966 teilte Bundesminister Schröder dem NATO-Generalsekretär Brosio mit, daß sich die Bundesregierung einem Ersuchen zur Verlegung des Hauptquartiers von AFCENT in die Bundesrepublik „nicht versagen“ werde. Er erklärte ferner die Bereitschaft zur Aufnahme von Gesprächen mit den zuständigen NATO-Stellen über die technischen und militärischen Erfordernisse sowie den Raumbedarf. Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 1470 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966. Zur Verlegung von AFCENT vgl. weiter Dok. 197.

⁵ Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Scheske vom 3. Juni 1966; VS-Bd. 8485 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

⁶ Zur Verlegung des Sitzes des NATO-Rats vgl. zuletzt Dok. 180.

⁷ Zur Verlegung des NATO-Militärausschusses vgl. zuletzt Dok. 171.

Vereinigten Staaten⁸ und Großbritanniens⁹ traten nachdrücklich dafür ein, eine Entscheidung über die Verlegung des NATO-Rats und des Militärausschusses zu treffen. Der Rat sei zur Wirkungslosigkeit verurteilt, wenn er von den militärischen Hauptquartieren räumlich getrennt werde. Außerdem erfordere es die Würde der NATO, daß ihr höchstes Organ nicht in einem Land bleibe, das die NATO verächtlich behandle.

Fanfani erklärte, Italien sei ebenfalls der Auffassung, daß der NATO-Rat in der Nähe der militärischen Organe der NATO bleiben müsse, bezweifle jedoch, ob bereits jetzt die Verlegung des NATO-Rats beschlossen werden müsse. Italien schlage vor, die Zusammenlegung von NATO-Rat und Militärbehörden im Grundsatz zu beschließen, die Durchführung dieses Grundsatzes jedoch zunächst zu vertagen und im Oktober eine weitere Konferenz der 14 Außenminister vorzusehen, in der eine Entscheidung in dieser Frage im Lichte der Haltung, die Frankreich bis dahin gegenüber der NATO eingenommen habe, getroffen werde.¹⁰

Der kanadische Außenminister Martin sprach sich gegen jede Entscheidung der 14 Außenminister in dieser Frage aus und erklärte, Kanada würde es vorziehen, den NATO-Rat in Paris zu belassen.

Bundesminister erklärte, die NATO müsse eine unter allen Umständen wirksame und glaubwürdige Institution bleiben. Dies erfordere, daß die politische und militärische Führung zusammenbleibe. Er sei jedoch ebenso wie der italienische Außenminister der Auffassung, daß jetzt wohl nur eine Grundsatzentscheidung getroffen werden könne, deren Ausführung man offenlassen solle.

Nach längerer Diskussion im kleinsten Kreise der Minister und Staatssekretäre, die wegen der hartnäckigen Haltung der Kanadier und der Dänen erforderlich wurde, kam eine Einigung auf der Grundlage des italienischen und deutschen Kompromißvorschlages zustande.

4) Die 14 Außenminister faßten nachstehenden Beschluß, den Luns als Empfehlung der Vierzehn der Ministerkonferenz¹¹ vortragen wird:

„In Anbetracht der Notwendigkeit, sich auf die von der französischen Regierung beschlossenen oder geforderten Maßnahmen der Herauslösung einzustellen, haben die Regierungen der Vierzehn beschlossen, daß die nachstehenden wichtigen Änderungen an der Struktur der Organisation bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt vorgenommen werden sollten; sie waren sich dabei der ständigen Notwendigkeit bewußt, die Gelegenheit dazu zu benutzen, die Organisation umzugestalten, um sie so wirksam und so wirtschaftlich wie möglich zu machen.

⁸ Dean Rusk.

⁹ Michael Stewart.

¹⁰ Am 7. Juni 1966 führte der französische Außenminister aus, er verstehe, daß die Position der Vierzehn in der Frage der Verlegung des Sitzes des NATO-Rats „noch nicht ganz geklärt“ sei. Zur Haltung seiner Regierung erklärte er, daß Frankreich im NATO-Rat zu bleiben wünsche und sich deshalb freuen würde, wenn sein Sitz in Paris bliebe: „Wenn die Partner es aber als notwendig oder zweckmäßig oder wünschenswert ansehen, den Rat zu verlegen, dann wünsche er dem neuen Aufnahmestaat viel Glück.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 170 des Ministerialdirektors Werz, z. Z. Brüssel; VS-Bd. 2477 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

¹¹ Zur NATO-Ministerratstagung vom 7./8. Juni 1966 vgl. auch Dok. 169, Anm. 11.

- a) Die vierzehn Regierungen haben die Verlegung der NATO-Hauptquartiere außerhalb Frankreichs beschlossen;
 - b) an die Benelux-Länder erging eine einmütige Aufforderung, für SHAPE einen neuen Sitz zur Verfügung zu stellen;
 - c) die vierzehn Regierungen haben beschlossen, daß eine gewisse Vereinfachung der Kommando-Struktur vorgenommen werden sollte; diese wird zunächst für Europa-Mitte durchgeführt, indem die gegenwärtig auf die Hauptquartiere des Oberbefehlshabers Europa-Mitte und der Oberbefehlshaber der Land- und Luftstreitkräfte Europa-Mitte verteilten Stäbe unter einem einzigen Oberbefehl und in einem einzigen Hauptquartier zusammengefaßt werden. Dieses Hauptquartier wird an einen neuen Ort in den Benelux-Staaten oder in Deutschland verlegt.
 - d) Zusätzliche Untersuchungen sind natürlich erforderlich, um den genauen Bedarf und die etwaigen Möglichkeiten einer Aufnahme in den verschiedenen Ländern festzustellen. Die Benelux-Staaten, die Bundesrepublik Deutschland, der Generalsekretär und die NATO-Militärbehörden sind gebeten worden, diese Untersuchungen unverzüglich einzuleiten. Sobald ihnen die erforderlichen Angaben vorliegen, werden die Regierungen der Vierzehn alsbald endgültige Entscheidungen zu treffen haben.
 - e) Die NATO-Verteidigungsakademie wird nach Italien verlegt.
 - f) Die Ständige Gruppe wird aufgelöst und durch neue angemessene Vorkehrungen einschließlich der Schaffung eines integrierten internationalen militärischen Stabes ersetzt.
- 2) Die Maßnahmen der französischen Regierung stellen auch die Stellung des Rates in Frage, der nach dem Abzug der militärischen Hauptquartiere aus Frankreich von allen militärischen Stellen der NATO räumlich getrennt sein wird.
- 3) Die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit zwischen den politischen und militärischen Organen der NATO ist unbestritten, und ihre Unterbringung am selben Ort ist einer der wichtigen Faktoren, die bei einer Entscheidung in dieser Angelegenheit zu berücksichtigen sind.
- 4) Die Minister beschlossen daher, bis zum Abschluß der Verhandlungen, die über andere damit zusammenhängende Fragen zu führen sind, mögliche Alternativlösungen für die Unterbringung des Rats zu prüfen.
- 5) Sie kamen überein, die Angelegenheit im Hinblick auf eine Entscheidung auf einer Sondersitzung im Oktober¹² erneut zu prüfen.“

II. Verhandlungsposition der 14 Mächte

- 1) Die 14 Minister verabschiedeten nach kurzer Diskussion Teil II des Arbeitspapiers¹³, der die Verhandlungsposition der 14 Mächte gegenüber Frankreich festlegt. Der Beschluß soll als Richtlinie für Stellungnahmen der Vierzehn zu den darin behandelten Fragen in der Ministerkonferenz der NATO dienen, jedoch der französischen Regierung nicht förmlich notifiziert werden.

¹² Vgl. dazu Dok. 344.

¹³ Zu dem vom Kanzler des Herzogtums Lancaster, Thomson, initiierten Arbeitspapier vgl. zuletzt Dok. 163.

2) Die 14 Minister billigten damit die in Absatz 7 des Beschlusses dargestellte Auffassung der drei Mächte (Deutschland, USA und Großbritannien), daß eine Vereinbarung zwischen der deutschen und der französischen Regierung über die Stationierung französischer Streitkräfte in Deutschland und ihren Status zu treffen und ihr militärischer Auftrag durch Vereinbarungen zwischen Frankreich und den Vierzehn festzulegen ist.

Sie vereinbarten ferner, daß das Ziel der multilateralen Verhandlungen französische Zusicherungen über

- a) die Übernahme eines genau umrissenen Verteidigungsauftrags,
- b) dessen Vorbereitung im Frieden,
- c) die Unterstellung der französischen Streitkräfte in Deutschland unter den NATO-Befehl im Verteidigungsfall,
- d) die Fortsetzung der Mitarbeit Frankreichs im Luftverteidigungssystem der NATO,
- e) die Einfügung dieser Streitkräfte in das NATO-Alarmsystem sein sollte.

3) Zum Verhandlungsverfahren teilte Bundesminister mit, daß Frankreich den deutschen Vorschlag angenommen habe, über Aufenthaltsrecht und Status der französischen Truppen in Deutschland mit der Bundesregierung zu verhandeln¹⁴, gleichzeitig jedoch das Angebot der Vierzehn, mit einer aus fünf NATO-Staaten bestehenden Verhandlungskommission über den militärischen Auftrag dieser Streitkräfte zu verhandeln, abgelehnt habe.¹⁵ Die Bundesregierung sei bereit, Verhandlungen mit Frankreich aufzunehmen, weil dies es uns erleichtere, ab 1. Juli¹⁶ eine Übergangsregelung zu treffen. Diese Übergangsregelung werde allerdings gewisse Änderungen zum gegenwärtigen Status erfordern, deren Modalitäten von uns zur Zeit geprüft würden. Wir hielten jedoch unverändert daran fest und hätten dies auch der französischen Regierung mitgeteilt, daß diese zweiseitigen Verhandlungen nur dann sinnvoll seien, wenn gleichzeitig multilaterale Verhandlungen über die militärischen Fragen stattfänden. Falls das von den Vierzehn vorgeschlagene Verhandlungsverfahren von Frankreich endgültig abgelehnt werde, könnten die Verhandlungen über die militärischen Fragen in einem Ausschuß des NATO-Rats, der aus den fünf Mitgliedern der Verhandlungskommission und Frankreich bestehe, oder auch im Plenum des NATO-Rats geführt werden.

¹⁴ Vgl. dazu Dok. 180, Anm. 15, und weiter Dok. 190.

¹⁵ Am 1. Juni 1966 teilte der belgische Botschafter bei der NATO in Paris, de Staercke, als Vorsitzender der Gruppe der Vierzehn seinem französischen Kollegen offiziell die Bereitschaft zu Verhandlungen mit und kündigte an, daß seitens der Vierzehn eine Fünfergruppe mit der Verhandlungsführung beauftragt werde. De Leusse wies darauf hin, daß sich dieses Verfahren wesentlich von den französischen Vorstellungen unterscheide, wonach die Verhandlungen zwischen den militärischen Oberkommandos zu führen seien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1068 des Botschafters Grewe, Paris (NATO); VS-Bd. 2396 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Dazu äußerte Ministerialdirektor Werz den Standpunkt, daß die Bundesregierung an Verhandlungen durch eine Fünfergruppe festhalten sollte. Für den Fall einer Ablehnung dieses Verfahrens durch Frankreich „käme trotz gewisser Komplikationen der NATO-Rat als Verhandlungsgremium in Betracht. Auf jeden Fall sollten wir vermeiden, den gesamten Komplex zwischen den Generälen Ailleret und Lemnitzer verhandeln zu lassen.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 3. Juni 1966; VS-Bd. 2477 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁶ Zur französischen Ankündigung, zum 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO auszuscheiden, vgl. Dok. 100, Anm. 14. Vgl. ferner Dok. 137, Anm. 10.

4) Luns regte an, daß Deutschland im Auftrag der Vierzehn mit Frankreich über die militärischen Fragen verhandelt. Bundesminister erklärte dazu, die militärische Zusammenarbeit der französischen Streitkräfte mit den NATO-Streitkräften gehe die gesamte Allianz an. Er halte es nicht für richtig, daß in dieser Frage Deutschland allein für die Allianz spreche und verhandele.

5) Die 14 Außenminister einigten sich über folgende weitere Schritte:

a) Die Vierzehn werden an ihrem Vorschlag, daß fünf NATO-Staaten an ihrem Auftrag mit Frankreich über die militärischen Fragen verhandeln, festhalten, solange dieser Vorschlag nicht von Frankreich im NATO-Rat förmlich abgelehnt wird.¹⁷

b) Die Frage, welche Aufgaben die französischen Truppen in Deutschland im Rahmen der gemeinsamen Verteidigung übernehmen werden, ist politischer und nicht militärischer Art. Der französische Vorschlag, über diese Fragen ausschließlich auf militärischer Ebene zwischen General Ailleret und General Lemnitzer zu verhandeln, ist daher nicht akzeptabel.

c) Falls Frankreich endgültig das bestehende Verhandlungsangebot der Vierzehn ablehnt, werden die Vierzehn vorschlagen, die Verhandlungen im NATO-Rat zu führen, der dafür einen Ausschuß einsetzen sollte.

d) Luns wird in der Ministerkonferenz der NATO diese gemeinsame Haltung der Vierzehn vortragen.¹⁸

III. Teil III) des Arbeitspapiers über die Zukunft der Allianz und Ost-West-Beziehungen wurde ohne Diskussion angenommen. Dieser Teil soll nach Möglichkeit im Communiqué¹⁹ der Ministerkonferenz der NATO verwendet werden.

IV. Konferenz zeigte, daß die Vierzehn in den wesentlichen Punkten einig und entschlossen sind, die gemeinsamen Interessen der Allianz gegenüber Frankreich nachdrücklich zu vertreten. Die Außenminister einiger Staaten, die zu einer nachgiebigen Haltung neigen (Portugal, Dänemark)²⁰, hielten sich zurück und waren bestrebt, Erfolg der Konferenz nicht zu gefährden. Auch Kanada, dessen Haltung weitgehend innenpolitisch motiviert ist, zeigte sich schließlich kooperativ und wird sich vermutlich auch in Zukunft der Mehrheit anschließen.

[gez.] Carstens

VS-Bd. 8496 (Ministerbüro)

¹⁷ Am 7. Juni 1966 bestätigte der französische Außenminister Couve de Murville die Ablehnung von Verhandlungen mit einer Fünfergruppe, zumal die zu behandelnden Fragen ausschließlich technisch-militärischer Art seien. Die politischen Aspekte der Stationierungsfrage seien vielmehr „im wesentlichen ein französisch-deutsches Problem“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 170 des Ministerialdirektors Werz, z. Z. Brüssel; VS-Bd. 2477 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁸ Vgl. dazu weiter Dok. 185, Anm. 15.

¹⁹ Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 336–339.

²⁰ Zur Haltung der portugiesischen Regierung in der NATO-Krise vgl. Dok. 81.

Zur Haltung der dänischen Regierung vgl. Dok. 163, Anm. 10.

183

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem türkischen Außenminister Çaglayangil in Brüssel

MB 1619/66

7. Juni 1966¹

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen traf am 7. Juni 1966 um 13.15 Uhr anlässlich eines Frühstücks im Hotel Amigo in Brüssel mit dem türkischen Außenminister, Herrn Çaglayangil, zusammen. An der Begegnung nahmen teil: von türkischer Seite die Herren Bayülken und Kuneralp und von deutscher Seite die Herren Staatssekretär Carstens und MDg Simon.

Auf die Frage des Herrn *Ministers*, wie sein türkischer Kollege den Ablauf der Vormittagssitzung des Rates beurteile, erwiderte der türkische *Außenminister*, daß er den Formulierungsvorschlag des belgischen Außenministers² für eine nützliche Hilfe im Hinblick auf die Lösung des Problems halte.³ Er glaube, daß in der französischen Haltung eine Verbesserung festzustellen sei, und er meine, ohne große Hoffnungen zu hegen, daß eine Lösung doch möglich sei. Er habe es im Anschluß an die Erklärung von Außenminister Rusk⁴ für richtig gehalten, die Franzosen nicht durch weitere Erklärungen zu brüskieren.

Der Herr *Minister* erklärte, daß seiner Auffassung nach das Problem darin bestehe, daß in Deutschland, also in der vordersten Linie an der Grenze der Konfrontation, auf wenig Raum viele militärische Einheiten stationiert seien, die alle integriert seien und mit Ausnahme der französischen auch integriert blieben. Die Frage sei, ob im Ernstfall ein einziges Oberkommando zuständig sei oder nicht.⁵ Der französischen Absicht, die eigenen Truppen unter nationalem Oberbefehl zu behalten, könne im weltweiten Rahmen unter Umständen zugestimmt werden, jedoch könne die französische These für ein so kleinräumiges Operationsgebiet, wie es in Europa zur Verfügung stehe, keine Geltung haben.

Der türkische *Außenminister* pflichtete dem bei und erklärte, daß militärische Autorität keine Teilung zulasse und daß zur Erhaltung der Wirksamkeit die Einheitlichkeit unerlässlich sei. Er sei der Auffassung, daß nicht zugelassen werden dürfe, daß es zweierlei Arten von Streitkräften gebe.⁶

¹ Die Aufzeichnung wurde am 8. Juni 1966 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 14. Juni 1966 vorgelegen.

Weitere Exemplare gingen laut Begleitschreiben des Legationsrats I. Klasse Loeck vom 20. Juni 1966 an Staatssekretär Carstens sowie die Ministerialdirektoren Meyer-Lindenberg und Werz. Vgl. VS-Bd. 10088 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

² Pierre Harmel.

³ Zur Erörterung der Verfahrensfrage hinsichtlich der Verhandlungen der Vierzehn mit Frankreich auf der NATO-Ministerratstagung am 7. Juni 1966 in Brüssel vgl. Dok. 182, besonders Anm. 15 und 17.

⁴ Der amerikanische Außenminister äußerte die Hoffnung, daß aus der „Prozedur-Frage nicht eine politische Frage“ entstünde. Ferner wies Rusk darauf hin, daß SACEUR für den Fall der Verhandlungsführung klare Richtlinien benötige, die nur vom Ständigen NATO-Rat kommen könnten. Da aber Frankreich als Mitglied an deren Festlegung beteiligt wäre, säße es „praktisch auf beiden Seiten des Verhandlungstisches“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 170 des Ministerialdirektors Werz, z. Z. Brüssel, vom 7. Juni 1966; VS-Bd. 2477 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

⁵ Vgl. dazu Dok. 171, besonders Anm. 5.

⁶ Der Generalsekretär im türkischen Außenministerium, Bayülken, teilte Botschafter Groepper, Ankara, hierzu mit, die Folgen des französischen Schrittes würden sich in erster Linie auf die Bun-

Der Herr *Minister* erwähnte als zweiten Aspekt, daß die Franzosen die Situation dazu benützen würden, um die Diskussion über die strategische Doktrin der NATO⁷ erneut in Gang zu bringen und daß langwierige schwierige Verhandlungen darüber bevorstünden.

Der türkische *Außenminister* erklärte, daß er diese Auffassung teile und daß man einer sehr delikaten Frage gegenüberstehe. Er glaube, daß erwogen werden sollte, ob es nicht, statt zusätzliche Streitkräfte in Deutschland zu haben, die jedoch einen ständigen Herd für Konflikte und Komplikationen darstellen würden, besser sei, auf diese Streitkräfte zu verzichten und sich mit den eigenen Mitteln zu begnügen. Er sei der Auffassung, daß, wenn es nicht zu einer positiven Regelung in der Frage der Kommandogewalt komme, diese Streitkräfte in Deutschland nur zu Komplikationen und Reibungen Anlaß geben würden.

Der Herr *Minister* erklärte, daß der dritte Aspekt dieses Problems darin bestehe, daß Frankreich im Hinblick auf die Anwendung von Artikel 5 des Washingtoner Vertrages⁸ den Begriff des „nicht provozierten Angriffs“⁹ eingeführt und dadurch eine gewisse Unsicherheit geschaffen habe. Die Franzosen wollten sich einer Definition dessen, was unter „nicht provoziertem Angriff“ zu verstehen sei, offensichtlich entziehen.

Der türkische *Außenminister* erwiderte, daß dieses Bestreben sich auch klar aus der Weigerung der Franzosen ergebe, für die Behandlung der Frage der Stationierung französischer Streitkräfte in Deutschland politische Aspekte anerkennen zu wollen. Man müsse jedoch berücksichtigen, daß es sich bei der französischen Politik weder um eine Regierungspolitik noch um eine nationale Politik handle, sondern daß diese Politik vielmehr die Politik eines einzelnen Mannes sei, die mithin nicht ewig dauern könne. Wenn man annehmen müsse, daß die französische Politik noch für lange Zeit in den Händen von General de Gaulle bleibe, dann sei die jetzt eingeschlagene Taktik die richtige. Wenn man jedoch Änderungen in der französischen Politik vorausszusehen glauben könne, dann empfehle sich eine andere Taktik, die auf Zeitgewinn abziele. Er sei davon überzeugt, daß bei den bevorstehenden Wahlen¹⁰ die gaullistische Partei verlieren werde und daß dann de facto das Parlament und die Exekutive zu einander in Gegensatz geraten würden. Eine NATO ohne Frankreich sei schwer vorstellbar. Es komme im Augenblick darauf an, die durch die französischen Maßnahmen entstandenen Schwächen in der gemeinsamen Front auszugleichen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 773

desrepublik und die Türkei auswirken, die beide fortan unter einem erhöhten politischen Druck stünden. In der Tat werde „die bisher einheitliche NATO-Front künftig in zwei Teile zerfallen. Für die Türkei bedeute dies zwangsläufig eine Erhöhung der materiellen Erfordernisse, die sich für sie im Rahmen ihrer Bündnisverpflichtungen stellten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 405 vom 17. Mai 1966; VS-Bd. 2442 (I A 2); B 150, Aktenkopien 1966.

⁷ Vgl. dazu Dok. 171, Anm. 6.

⁸ Für den Wortlaut des Artikels 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. Dok. 69, Anm. 7 (Auszug).

⁹ Zum Begriff des „nichtprovozierten Angriffs“ vgl. Dok. 102, Anm. 11, Dok. 117, Anm. 11–13, und Dok. 121, Anm. 4 und 5.

¹⁰ Am 5. und 12. März 1967 fanden die Wahlen zur französischen Nationalversammlung statt, aus denen die Partei der „Fünften Republik“ als Sieger hervorging.

Nachdem die *Minister* über die jüngsten Wahlen in der Türkei¹¹, das türkische Wahlrecht, den bevorstehenden Besuch des Herrn Ministers in der Türkei¹² und über Persönliches (Tochter des türkischen Außenministers in Würzburg) gesprochen hatten, berichtete der türkische *Außenminister* in Beantwortung einer Frage des Herrn Ministers über die Situation auf Zypern¹³, daß eine politische Lösung in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei. Die türkische Regierung erkenne der hundertprozentig gegen sie gerichteten letzten Entschliebung der Vereinten Nationen¹⁴ keinerlei juristischen Wert zu. Die eigenen militärischen Vorbereitungen zum etwaigen Schutz des türkischen Bevölkerungsteils hätten zur Folge gehabt, daß Griechenland und der griechische Bevölkerungsteil den Willen der Türkei, nicht nachzugeben, klar erkannt hätten. Es herrsche auf der Insel eine Art Friedenszustand und griechischerseits würden alle Provokationen vermieden. Die türkische Regierung habe in einer Note an die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihren Plan zur Normalisierung der Stellung des türkischen Bevölkerungsteils im sozialen und wirtschaftlichen Bereich zur Kenntnis gebracht und die Zustimmung dieser beider Staaten zu diesen Absichten erhalten. Von einer Inkraftsetzung der beabsichtigten Maßnahmen sei jedoch einstweilen abgesehen worden, um die Inangasetzung erneuter politischer Kontakte mit der griechischen Regierung nicht zu stören.¹⁵

Eine Frage des Herrn *Ministers* nach der türkischen Beurteilung der Rolle der Friedensstreitmacht der Vereinten Nationen auf Zypern¹⁶ beantwortete der türkische *Außenminister* dahingehend, daß die Beibehaltung dieser Friedensstreitmacht unerläßlich sei, wenn es nicht zu einem unerträglichen Ungleichgewicht auf der Insel kommen solle.

Der türkische Außenminister bedankte sich für die von der Bundesrepublik Deutschland gewährte Militärhilfe¹⁷, der nach der durch die französischen

¹¹ Am 5. Juni 1966 fanden Teilwahlen für den türkischen Senat statt. Vgl. dazu den Schriftbericht des Botschafters Groepper, Ankara, vom 14. Juni 1966; Referat I A 4, Bd. 346.

¹² Bundesminister Schröder besuchte vom 11. bis 13. Juli 1966 die Türkei. Vgl. dazu Referat I A 4, Bd. 347. Für das Communiqué vgl. BULLETIN 1966, S. 740.

¹³ Vgl. dazu zuletzt Dok. 82, Anm. 7.

¹⁴ Am 18. Dezember 1965 verabschiedete die UNO-Generalversammlung eine Resolution, welche dazu aufrief, die Souveränität, Einheit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität von Zypern zu achten. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 2077 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. X, S. 105 f.

¹⁵ Vgl. dazu auch Dok. 178.

Zu den Aussichten griechisch-türkischer Gespräche führte der Generalsekretär im türkischen Außenministerium gegenüber Botschafter Groepper, Ankara, aus, vordringlichstes Ziel sei die Verbesserung der derzeit „völlig unzureichenden Lebensbedingungen der Zypern-Türken“. Bayülken fuhr fort: „Unter dieser Voraussetzung sei es dann auch möglich, in der Zypernfrage als solcher über eine definitive Lösung oder doch jedenfalls einen Modus vivendi zu sprechen. Sollte andererseits eine Besserung der Lebensbedingungen der Zypern-Türken weiterhin auf sich warten lassen, so könne sich die Türkei sehr wohl zu Maßnahmen veranlaßt sehen, die sie lieber vermeiden würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 405 vom 17. Mai 1966; VS-Bd. 2442 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁶ Zur Entsendung einer Friedensstreitmacht der UNO nach Zypern vgl. Dok. 17.

¹⁷ Die Bundesregierung schloß 1956 einen Munitionslieferungsvertrag mit der Türkei in Höhe von 740 Mio. DM und einer Laufzeit bis 1968. Bis Anfang 1966 waren 480 Mio. DM abgerufen. Referat III A 4 stellte dazu fest, dem türkischen Wunsch nach Erhöhung der Lieferungen könne nicht entsprochen werden, da die Haushaltsmittel für Munitionskäufe für 1967 von 800 auf 450 Mio. DM gekürzt worden seien und das Bundesministerium der Verteidigung darauf verwiesen habe, daß diese Mittel in erster Linie für Käufe in den USA und Großbritannien reserviert bleiben müßten.

Maßnahmen eingetretenen Teilung der Gesamtfront in zwei Teile im Hinblick auf die Stärkung der einen Flanke besondere Bedeutung zukomme.

Der Herr *Minister* erwiderte, eine Unterstützung der Türkei liege der Bundesregierung besonders am Herzen, daß man jedoch in der Bundesrepublik Deutschland größeren haushaltstechnischen Schwierigkeiten¹⁸ gegenüberstehe und daher über einen geringeren Spielraum als bisher für die Hilfeleistungen verfüge.¹⁹

Der türkische *Außenminister* gab schließlich eine Bitte seines Innenministerkollegen weiter, bei der Lieferung von Polizeitransportfahrzeugen, Radargeräten und Funksprechgeräten im Rahmen der technischen Hilfe behilflich zu sein.²⁰ Er bat weiterhin darum, die Möglichkeit einer Verbesserung der für die türkischen Arbeiter in Deutschland bestimmten Rundfunksendungen über den Kölner Sender zu prüfen.²¹

In beiden Angelegenheiten sagte der Herr *Minister* seine Unterstützung zu.

Der türkische *Außenminister* gab zum Abschluß der Begegnung erneut seiner Freude darüber Ausdruck, den Herrn Minister demnächst in der Türkei empfangen zu können.

Die Begegnung endete um 14.45 Uhr.

VS-Bd. 10088 (Ministerbüro)

Fortsetzung Fußnote von Seite 775

Vgl. den Beitrag für die Konferenzmappe des Bundesministers Schröder zum Besuch in der Türkei vom 11. bis 13. Juli 1966; VS-Bd. 2504 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

¹⁸ Zur Haushaltslage der Bundesrepublik vgl. Dok. 162, besonders Anm. 12–15.

Zur Kürzung der Ausrüstungs- und Verteidigungshilfe im Haushalt 1966 vgl. Dok. 178, Anm. 15.

¹⁹ Am 14./15. Juni 1966 fanden deutsch-türkische Gespräche über die dritte Tranche der Verteidigungshilfe statt. Botschafter Groepper, Ankara, teilte hierzu mit, daß die türkische Regierung über die Haltung der deutschen Delegation und die beabsichtigten Kürzungen „tief enttäuscht“ sei. Der türkische Verteidigungsminister Topaloglu habe darauf hingewiesen, daß die Türkei Mitglied der NATO und Militärhilfe daher NATO-Hilfe sei. Die Bundesregierung werfe aber die Verteidigungshilfe „in einen Topf mit der für afrikanische Staaten“. Groepper bat, die Entscheidung noch einmal zu überprüfen, zumal der „Wert historisch verankerter, ehrlicher und tiefliegender freundschaftlicher Gefühle [der] Türkei gegenüber Deutschland, aber auch [die] Rolle, die [die] Türkei für [die] westliche Verteidigungsgemeinschaft einnimmt, nicht aufs Spiel gesetzt werden sollten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 518 vom 23. Juni 1966; VS-Bd. 2450 (I A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

²⁰ Nach Prüfung durch die betreffenden Ressorts wurde beschlossen, angesichts der „Bedeutung der Verkehrssicherheit für die Entwicklung des Fremdenverkehrs in der Türkei“ der türkischen Bitte – allerdings in vermindertem Umfang – zu entsprechen. Am 11. Juli 1966 teilte Bundesminister Schröder dem türkischen Außenminister Çağlayangil in Ankara mit, die Bundesregierung werde der Türkei fünf Polizeifahrzeuge sowie Radar- und Funksprechgeräte im Wert von 750 000 DM zur Verfügung stellen. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Harkort vom 8. Juli 1966 sowie den Drahtbericht Nr. 604 des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg, z. Z. Ankara, vom 12. Juli 1966; Referat III A 5, Bd. 531.

²¹ Nach Auskunft des Presse- und Informationsamtes strahlte der Westdeutsche Rundfunk täglich eine Sendung von 45 Minuten für türkische Gastarbeiter aus, davon 10 bis 13 Minuten Nachrichten. Ferner stand einmal wöchentlich eine zehnminütige Fernsehsendung zur Verfügung. Vgl. das Schreiben vom 1. Juli 1966; Referat III A 5, Bd. 531.

Im Rahmen eines deutsch-türkischen Abkommens vom 8. Juli 1966 über den Ausbau des türkischen Nachrichtenwesens lieferte die Bundesregierung einen Kurzwellensender. Damit wurde u. a. dem türkischen Wunsch entsprochen, infolge der „massierten Nachrichten-Sendungen und der damit verbundenen kommunistischen Beeinflussung der türkischen Gastarbeiter in Deutschland“ – insbesondere durch die Sendungen in türkischer Sprache aus der DDR und Ungarn – die aktuelle Nachrichtenversorgung sicherzustellen, da die Ausstrahlung durch den Westdeutschen Rundfunk mit etwa 2 bis 3 Tagen Verspätung erfolgte. Vgl. dazu den Bericht des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 23. Juni 1966; Referat III A 5, Bd. 531.

184

Staatssekretär Carstens, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt**Z B 6-1/10204/66 VS-vertraulich****Aufgabe: 7. Juni 1966, 18.10 Uhr****Fernschreiben Nr. 165****Ankunft: 7. Juni 1966, 20.40 Uhr****Citissime**

Betr.: Arbeitssessen der vier Außenminister am 6.6.1966

hier: Verlauf der Besprechungen

Die Besprechungen, an denen die Außenminister Schröder, Couve de Murville, Rusk und Stewart teilnahmen, dienten einem allgemeinen Meinungsaustausch über den Stand der Deutschlandfrage.

I. Besprechungsverlauf:**1) Meinungsaustausch SPD/SED¹**

Außenminister Schröder erläuterte die Vorgänge, die zu diesen Gesprächen geführt hätten. Die SPD habe die Absicht, Dinge zur Sprache zu bringen, die in dieser Lage jeder andere Deutsche vortragen würde. Unser Ziel sei es, mehr Freiheit in die Zone hineinzubringen. Das Gespräch werde es Pankow u. U. erschweren, die Schießbefehle voll aufrechtzuerhalten und Erleichterungen im innerdeutschen Reiseverkehr weiter abzulehnen. Drei Punkte seien wesentlich:

- Auf weite Teile der Zone werde psychologisch eingewirkt;
- unserer Seite werde bewußt, daß es notwendig sei, sich ständig um die Zone zu bemühen;
- die Welt erfahre, daß sich die Deutschen um die Regelung ungelöster Fragen bemühten.

Bei einer Bewertung des Meinungsaustauschs überwögen nach unserer Ansicht die Positiva. Die negativen Aspekte (Aufwertungsbestrebungen der Zone) würden nicht übersehen. Diese Feststellung sei auch im Hinblick auf die Reaktion des Auslands² zweckmäßig, das die Umstände des SPD-SED-Gesprächs nicht immer richtig interpretiere. Zu den Veranstaltungen in Hannover und Chemnitz sei zu bemerken, daß es möglicherweise nur bei diesen Begegnungen bleiben werde. Aber auch wenn dem so sei, so ständen die Wirkungen auf die Verhältnisse im kommunistischen Machtbereich außer Frage, – Wirkungen, die eventuell in die kommunistischen Parteien der osteuropäischen Länder hineinreichten. Die Außenminister Rusk, Stewart und Couve de Murville gaben abschließend ihr Interesse an dem SPD-SED-Kontakt zu erkennen, letzterer mit dem Zusatz, daß das Gespräch interessante Auswirkungen auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in der Zone haben könne.

¹ Vgl. dazu zuletzt Dok. 172 und weiter Dok. 222.

² Zu den Reaktionen in den west- und osteuropäischen Staaten sowie in der amerikanischen Presse vgl. die Mitteilungen des Presse- und Informationsamtes vom 29. April sowie vom 5. und 12. Mai 1966; Referat II A 1, Bd. 317.

2) Besuch Couve de Murville in osteuropäischen Ländern

Auf Bitte Ruskis berichtete Couve de Murville über seine Reisen nach Rumänien, Bulgarien und Polen. Er werde demnächst auch die Tschechoslowakei und Ungarn sowie im September Jugoslawien besuchen.³ Die Verhältnisse in Rumänien und Bulgarien einerseits und in Polen andererseits, unterschieden sich grundlegend voneinander; dies ergäbe sich aus der Stellung dieser Länder zum Deutschlandproblem. Rumänien sei kein slawisches Land, die Russen seien nicht beliebt⁴, es bestehe das Bessarabienproblem. Die Polen neigten wegen der Deutschlandfrage stärker zur Sowjetunion. In allen Ländern sei ihm eine im Vergleich zu früher gelockerte Atmosphäre aufgefallen. Überall bestehe das Bedürfnis, die Beziehungen zu anderen Ländern, auch zu den USA, zu entwickeln.

3) Reise Präsident de Gaulles in die Sowjetunion⁵

Couve de Murville erklärte, daß sich nach seiner Ansicht nichts Dramatisches ereignen werde. Er mäße dem Besuch im Hinblick auf die Schaffung eines Entspannungsklimas größere Bedeutung bei. Man werde voraussichtlich die Situation in Europa und Deutschland, ferner die Frage der europäischen Sicherheit behandeln (mit welcher Formel die Sowjets neuerdings das Deutschlandproblem zu umschreiben pflegten). Die französische Seite werde jedenfalls die Deutschlandfrage ansprechen. Man werde auch vielleicht technische Abkommen (Konsularvertrag, Zusammenarbeit im Weltraum) unterzeichnen.

4) Fragen der Entspannungspolitik

Außenminister Stewart fragte, ob man sagen könne, daß Kontakte mit osteuropäischen Ländern politische Fortschritte bringen würden. Couve de Murville bejahte die Frage. Stewart bemerkte, daß die Kontaktaufnahme für Deutschland gewisse Probleme aufwürfe.

Außenminister Schröder wies auf die kommunistische Absicht hin, die Kontaktherstellung zur Absicherung des Status quo auszunutzen. Aus diesem Grunde seien wir skeptisch hinsichtlich des sowjetischen Vorschlags einer europäischen Sicherheitskonferenz⁶. Gespräche über die Sicherheit könnten nützlich sein, wenn sie eine Regelung ungelöster Probleme erleichterten; schlecht sei es, wenn sie zur Festigung des Status quo führten. Im übrigen stelle die sowjetische Sicherheitsinitiative kein besonderes Ereignis dar. Probleme der europäischen Sicherheit würden seit 1955 erörtert. Nach wie vor gehe es dabei darum, ob der Status quo gehalten oder verändert werde.

Couve de Murville wies darauf hin, daß eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West zu einem Ende der Teilung Deutschlands führen würde, und stellte die Frage, welche Alternative es zu dieser Politik gäbe.

Außenminister Schröder betonte, daß auch wir gute Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern für nützlich hielten. Wir wünschten freilich, in diesen

³ Zu den Reisen des französischen Außenministers Couve de Murville in osteuropäische Staaten vgl. Dok. 112, besonders Anm. 23–26.

⁴ Zu den rumänisch-sowjetischen Beziehungen vgl. auch Dok. 153, Anm. 5 und 6.

⁵ Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

⁶ Zum sowjetischen Vorschlag vom 27. April 1966 vgl. Dok. 142, Anm. 3 und 7.

Ländern ein Interesse an der Beseitigung der Teilung Deutschlands wachzuhalten, und zwar unter Bedingungen, die für alle Teile akzeptabel seien. Die andere Seite dürfe nicht glauben, vom Westen alles ohne Gegenleistung erhalten zu können.

Es sei durchaus ungewiß, ob eine Entspannung zur Überwindung der Teilung führen werde. Für ihn sei entscheidend, daß nach wie vor sowjetische Divisionen in Deutschland ständen. Dies sei auch für die Sowjets auf die Dauer keine angenehme Situation. Sie wünschten in Mitteleuropa eine Lösung, die von allen akzeptiert werde. Sähe man davon ab, eine solche Lösung zu den sowjetischen Bedingungen herbeizuführen, dann läge der Schluß nahe, bis auf weiteres ein gewisses Maß an ungelösten Problemen ertragen zu müssen. Wichtig sei jedenfalls die Chabarowsker Rede des sowjetischen Staatsoberhauptes, die die sowjetischen Sorgen in Fernost angedeutet habe.⁷ Hier lägen gewisse Chancen für uns. Die Sowjets brauchten eine Entlastung im Westen.

5) SBZ- und Sicherheitsfrage vor den VN

Außenminister Schröder erwähnte den SBZ-Antrag auf VN-Mitgliedschaft.⁸ Es sei möglich, daß die Sowjets in der VN-Vollversammlung die Deutschlandfrage auch im Zusammenhang mit der europäischen Sicherheit zur Diskussion stellen würden. Die vier Vertretungen in New York sollten im Hinblick darauf ihre Konsultation intensivieren.⁹ Staatssekretär Carstens wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Zone interessiert sei, einen Beobachter zu den VN zu entsenden. Außenminister Rusk sprach sich für verstärkte Konsultationen in New York aus. Freilich mäße er den SBZ-Bemühungen keine zu große Bedeutung bei. Schwieriger seien die Fragen, die sich auf einer Weltabrüstungskonferenz¹⁰ wegen einer SBZ-Beteiligung ergeben könnten.

II. Bewertung der Besprechungen

Die Gespräche der vier Außenminister fanden in einer gelockerten Atmosphäre statt. Mit der französischen NATO-Politik zusammenhängende Fragen der Deutschlandpolitik wurden nicht erwähnt.

[gez.] Carstens

VS-Bd. 8496 (Ministerbüro)

⁷ Der Sekretär des ZK der KPdSU, Podgornyj, erklärte anlässlich der Verleihung des Lenin-Ordens an die Region von Chabarowsk, die UdSSR verfolge eine Politik des Friedens, vernachlässige aber nicht die Gebote der Wachsamkeit. Die Region von Chabarowsk müsse als Grenzregion zur Volksrepublik China im Falle eines Angriffs mit Mut und Geschick verteidigt werden. Die sowjetischen Grenzen seien immer unverletzbar gewesen und müßten es bleiben. Vgl. den Artikel „Podgorny in Chabarowsk“, NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe, Nr. 149 vom 2. Juni 1966, Bl. 3.

⁸ Zum Antrag vom 28. Februar 1966 vgl. Dok. 74.

⁹ Vgl. dazu Dok. 154.

¹⁰ Vgl. dazu Dok. 21, besonders Anm. 81.

185

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Außenminister Rusk

AB-30105-743^{III}/66 geheim9. Juni 1966¹

Der Herr Bundeskanzler empfing den amerikanischen Außenminister Dean Rusk am 9. Juni 1966 um 11.30 Uhr zu einem Gespräch; Teilnehmer waren: die Herren Thompson, McGhee, Schaetzel; von deutscher Seite: die Herren Bundesminister Schröder und Westrick sowie die Herren Carstens, von Hase, Kusterer und der Unterzeichnete².

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, er habe natürlich mit großem Interesse die Ereignisse in Brüssel³ verfolgt; Herr Bundesminister Schröder habe ihn ständig auf dem laufenden gehalten. Sie seien beide der Meinung, daß in Brüssel das Optimale erreicht worden sei, daß wichtige Probleme aber natürlich noch nicht gelöst seien, daß vielmehr noch große Schwierigkeiten bei den multilateralen⁴ und den bilateralen⁵ Verhandlungen bevorstünden. Er danke der amerikanischen Regierung und dem amerikanischen Volk, daß sie so treu zu der gemeinsamen Sache stünden. Sicherlich werde dies auch in Zukunft der Fall sein.

Der Herr Bundeskanzler fragte dann, wie Herr Rusk die multilaterale und bilaterale Situation einschätze. Wir möchten nicht, daß die bilateralen Dinge in den Mittelpunkt rückten; sie sollten den multilateralen Fragen vielmehr beigeordnet und untergeordnet werden.

Herr *Rusk* erwiderte, daß die Schwierigkeiten ja darauf zurückzuführen seien, daß in Frankreich eine Konzeption verfolgt werde, die 100 Jahre alt sei und zu unglücklichen Entwicklungen geführt habe. Wichtig sei, daß in den kommenden Wochen innerhalb der Vierzehn engste Konsultation geübt werde, was insbesondere auch für Deutschland und die USA gelte. Man habe über den Verbleib der französischen Truppen in Deutschland zu sprechen, über die amerikanischen Stützpunkte in Frankreich, die Ölleitung⁶ usw. Wichtig sei

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 13. Juni 1966 gefertigt und am 14. Juni 1966 an Bundesminister Schröder geleitet. Hat Schröder am 16. und 18. Juni 1966 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Staatssekretär Carstens verfügte und um Wiedervorlage bat.

Hat Carstens am 20. Juni 1966 vorgelegen.

Hat Schröder erneut am 2. Juli 1966 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] 1.9.1966 (USA-Reise – Überprüfung)“.

Hat Schröder am 1. September 1966 vorgelegen.

Zu dem Gespräch vgl. FRUS 1964–1968, XIII, S. 412–415.

² Horst Osterheld.

³ Zur Tagung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten ohne Frankreich am 6. Juni und des NATO-Ministerrats am 7./8. Juni 1966 in Brüssel vgl. Dok. 182.

⁴ Zu den Verhandlungen der Vierzehn mit Frankreich über das Verhältnis französischer Truppen zur NATO vgl. Dok. 182, besonders Anm. 15 und 17.

⁵ Zur Aufnahme deutsch-französischer Verhandlungen über den Status französischer Truppen in der Bundesrepublik vgl. Dok. 180, Anm. 15, und weiter Dok. 190.

⁶ Zu den amerikanischen militärischen Einrichtungen in Frankreich vgl. Dok. 100, besonders Anm. 17.

nach seiner Meinung auch, daß man zu erkennen versuche, warum de Gaulle diese Schritte unternehme, was eigentlich sein letztes Ziel sei. Wenn man darüber Klarheit habe, werde man sich auch besser zu verhalten wissen. Man werde sich anders einstellen, wenn de Gaulles letztes Ziel sehr gegen unsere lebenswichtigen Interessen verstoße, anders, wenn man das mit den eigenen Interessen irgendwie in Einklang halten könne.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er könne natürlich keine absolute Aussage machen, könne sich aber vorstellen, was de Gaulle wolle. De Gaulle spreche von Europa. Das Europa der Sechs halte er für finanziell und wirtschaftlich zwar nützlich, messe ihm aber wohl keinen besonderen politischen Wert bei. De Gaulle spreche auch vom übrigen Europa, denke aber wohl an kein geformtes Europa, weder im Sinne eines Staatenbundes, noch eines Bundesstaates; er denke vielmehr an ein auf sich selbst angewiesenes Europa unter französischer Hegemonie. Gelegentlich finde er freundliche Worte für die Deutschen und mache ihnen Avancen, indem er ihnen sage, was alles erreicht werden könnte, wenn die deutsch-französische Freundschaft noch intensiver würde, und daß nur so Europa Gestalt gewinnen könne. Dem möge so sein, aber das wäre dann ein Europa im Sinne de Gaulles und nicht im Sinne der Freien und der Gleichen. De Gaulle wolle die Amerikaner aus Europa heraus haben, um selbst als Protektor Europas auftreten zu können. Für Deutschland denke er wohl an einen Status, der von Rußland und Frankreich zu garantieren wäre. Er, der Bundeskanzler, male mit diesen Ausführungen zwar ziemlich schwarz, glaube auch nicht, daß dies schon einen Niederschlag in dem kommenden Moskau-Besuch de Gaulles⁷ finden werde; man müsse aber die Gefahren sehen; gerade die Deutschen empfänden sie vielleicht besonders drastisch und dramatisch.

Herr *Rusk* sagte – unter Anspielung auf de Gaulles Bemerkung, daß Amerika in Europa nichts zu suchen habe⁸ –, die Amerikaner seien europäischer als viele mongolische Stämme in Rußland. Der Herkunft nach kämen die meisten Amerikaner aus Deutschland, England, Frankreich usw. Allgemein halte er es aber für richtig, nunmehr eine Politik zu verfolgen, die sich an den Interessen unserer Länder und denen der NATO ausrichtet und die nicht vornehmlich gegen Frankreich gerichtet sei. Die USA hätten gern gute Beziehungen zu Frankreich und würden es auch begrüßen, wenn zwischen Deutschland und Frankreich gute Beziehungen bestünden. Andererseits brauchten wir uns aber natürlich auch nicht von Frankreich bestimmen zu lassen, das hinsichtlich der Bevölkerung nur an 5. Stelle im NATO-Rahmen stehe, hinsichtlich des Brutto-sozialprodukts nur an 4. usw. Frankreich dürfe nicht das Schicksal von 450 Millionen Menschen bestimmen. Wenn de Gaulle bei Verfolg der Interessen der NATO-Staaten mitmache, so sei das um so besser; wenn er nicht mitmache, so werde es auch ohne ihn gehen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, natürlich sei Deutschland daran interessiert, daß die deutsch-französische Aussöhnung nicht in die Brüche gehe, weil es

⁷ Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

⁸ Der Passus „– unter Anspielung ... zu suchen habe –“ wurde von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

sonst weder in Europa noch in Deutschland Ruhe geben könne. Man müsse also einen Weg finden, um wenigstens einigermaßen zusammenleben zu können.

Rusk wies daraufhin, daß die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten (das gehe aus Umfragergebnissen hervor) zu mehr als 2/3 für die Beibehaltung der bisherigen NATO-Politik und gegen die Änderungswünsche de Gaulles sei. Die öffentliche Meinung sei etwas enttäuscht über die Unordnung in der NATO. Da Amerika mit anderen Krisen fertig werden müsse, sähe es gern ein Maximum an Zusammenhalt im Westen. Der kommunistische Block habe große Schwierigkeiten. Wir machten ihm quasi ein Geschenk mit unserer Uneinigkeit. Wäre der Westen jetzt noch so einig wie vor Jahren, so wäre der Gegensatz zur kommunistischen Welt direkt dramatisch.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, daß die demoskopischen Umfragen in Deutschland ähnliche Ergebnisse hätten.⁹ Man müsse nun mit de Gaulle einig werden (oder auch nicht einig werden) über den Status der französischen Streitkräfte in Deutschland. Diese Frage sei für Amerika und England von besonderem Interesse wegen der Rechtsgrundlage.¹⁰ Er frage sich, ob es für die Engländer und Amerikaner zumutbar sei, wenn französische Truppen ohne feste Verpflichtung und ohne klaren Auftrag vergleichbare Rechte (einschließlich der politischen Rechte) besäßen wie die Truppen der beiden Länder, die stets treu zum Bündnis gestanden hätten.

Rusk sagte, es gehe hauptsächlich um die zwei französischen Divisionen. Die Luftverteidigungskräfte werde Frankreich zurückziehen.¹¹ Das habe ihm Couve gestern gesagt, und zwar wegen des Automatismus, der besonders beim Einsatz der Luftstreitkräfte bestehe. Mit einem etwaigen Einsatz der zwei Divisionen sei es nicht so eilig; da könne man immer manipulieren; sie hätten keinen unbedingten Wert. Am besten sei wohl, wenn man bei den Vereinbarungen bleibe, wie sie mit McCloy¹² getroffen und von den Vierzehn übernommen worden seien.¹³ Man müsse Klarheit haben, was die zwei französischen Divisionen im Ernstfall tun, die sich ja noch hinter den amerikanischen Divisionen befänden. De Gaulle habe ein letztes Wort noch nicht gesprochen; sicher aber werde er einen Automatismus ablehnen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, die Verteidigung Deutschlands sei gleichsam aus Schichten verschiedener Nationalität zusammengesetzt. Man könne es den anderen nicht zumuten, möglicherweise ihre Soldaten zu opfern, solan-

⁹ Im März 1966 antworteten auf die Frage, ob durch eine Auflösung des NATO-Oberkommandos eine Gefahr entstehen würde, 45 % der Befragten mit „ja“, 25 % mit „nein“, während 30 % kein Urteil abgaben. Die Frage, ob die NATO Staatspräsident de Gaulle nachgeben solle, um zu verhindern, daß er sich ganz absondere, oder ob man versuchen solle, das Bündnis notfalls ohne ihn zu erhalten, beantworteten 8 % mit „nachgeben“, während 54 % meinten, die NATO sei ohne Frankreich weiterzuführen. Vgl. dazu JAHRBUCH DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG 1965-1967, S. 448 f.

¹⁰ Zu den rechtlichen Grundlagen für die Stationierung von NATO-Truppen in der Bundesrepublik vgl. Dok. 117, Anm. 16.

Zu den britischen und amerikanischen Vorbehalten gegenüber der deutschen Rechtsauffassung vgl. Dok. 138, besonders Anm. 8.

¹¹ Zu den in der Bundesrepublik stationierten französischen Streitkräften vgl. Dok. 149, Anm. 2 und 3.

¹² Vgl. dazu die Gespräche des Sonderbeauftragten des amerikanischen Außenministeriums für NATO-Fragen mit Bundesminister Schröder und Bundeskanzler Erhard am 15. bzw. 17. April 1966; Dok. 110 und Dok. 111.

¹³ Zum Bericht der Drei-Mächte-Arbeitsgruppe vom 7. Mai 1966 vgl. Dok. 137.

ge sie nicht wüßten, was ein anderer Partner in solcher Lage tun werde. Das sei untragbar. Er glaube, daß man diesen Punkt in der Öffentlichkeit stärker unterstreichen müsse. Hinsichtlich des Ergebnisses der bevorstehenden Verhandlungen sei er ziemlich pessimistisch.¹⁴ Wichtig vor allem sei aber, daß NATO im Ernstfall zusammenstehe, und diese Einheit dürfe nicht durch Kompromisse belastet werden.

Herr *Rusk* kam auf seinen Gedanken zurück, daß man keine anti-französische, sondern eine Pro-NATO-Politik treiben solle – ohne starke Adjektive zu verwenden. Die gestrige Sitzung in Brüssel habe gezeigt, daß die Vierzehn einiges erreichen könnten, wenn sie fest seien. In der entscheidenden Minute der Verhandlungen sei Couve zu ihm gekommen, sei ziemlich aufgeregt gewesen und habe dann – nachdem er, Rusk, nicht reagiert, sondern Couve nur angesehen habe – eingelenkt und einen Kompromiß gefunden.¹⁵ Ähnlich sei es ja bei den EWG-Verhandlungen gewesen.¹⁶ Wie weit de Gaulle gehen wolle, wüßten wir nicht; wenn wir aber klar blieben und zusammenhielten, werde man damit fertig werden.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, man müsse immer daran denken, daß die NATO den bindenden Auftrag habe, den Frieden durch Abschreckung zu wahren, und falls die Abschreckung nicht funktioniere, so gerüstet zu sein, daß man einem Angriff entgegentreten könne. Hier gebe es keine Kompromisse oder Konzessionen. Die Zielsetzung der NATO sei zu ernst, als daß man ein diplomatisches Spiel betreiben könne.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte sodann, wie Herr Rusk die bilateralen Verhandlungen zwischen Amerika und Frankreich sehe.

¹⁴ Der Passus „Der Herr Bundeskanzler ... pessimistisch“ wurde von Bundesminister Schröder angeschlängelt.

¹⁵ Nachdem der französische Außenminister Couve de Murville den Vorschlag, Verhandlungen zwischen einer Fünfergruppe und Frankreich aufzunehmen, abgelehnt hatte, unterbreiteten die Vierzehn einen Kompromißvorschlag. Er sah vor, Verhandlungen im Ständigen NATO-Rat aufzunehmen sowie SACEUR und den französischen Oberbefehlshaber zu beauftragen, Gespräche zur Klärung der militärischen Fragen zu führen. Im Gegenzug sollten die Richtlinien für die Verhandlungen auch den Auftrag französischer Truppen in der Bundesrepublik umfassen, „including their co-operation with NATO forces and command arrangements in an emergency“. Botschafter Grewe, z. Z. Brüssel, berichtete am 9. Juni 1966, Couve de Murville habe diesen Zusatz abgelehnt, woraufhin ihm mitgeteilt worden sei, daß es „besser sei, überhaupt keinen Text anzunehmen und festzustellen, daß man sich nicht habe einigen können“. Grewe teilte ferner mit: „Von dieser festen Haltung der Vierzehn offenbar überrascht, ließ Couve nach Schluß der Sitzung Rusk und mich wissen, daß er nur auf Streichung der Worte ‚in an emergency‘ bestehe und bereit sei, die vorhergehenden Worte anzunehmen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 174 vom 9. Juni 1966; VS-Bd. 8496 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

Am 14. Juni 1966 bemerkte Ministerialdirektor Werz zu dem Kompromiß, daß es Couve de Murville zwar nicht gelungen sei, seine Auffassung über den militärisch-technischen Charakter der Verhandlungen durchzusetzen; ferner hätten die Vierzehn daran festgehalten, daß die Aufgaben der französischen Truppen sowie die Regelungen für die Kommandostruktur als ein „politisches Thema“ im Ständigen NATO-Rat zu behandeln seien. Der Kompromiß sollte aber „nicht darüber hinwegtäuschen, daß der eigentliche Dissens fortbesteht“ und deshalb die Verhandlungen der Vierzehn mit Frankreich, von deren Verlauf auch die deutsch-französischen Verhandlungen abhingen, sich schwierig gestalten würden. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2375 vom 14. Juni 1966; VS-Bd. 8496 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

Zu den Verhandlungen der Vierzehn mit Frankreich vgl. weiter Dok. 206, Anm. 6.

¹⁶ Zur Beilegung der EWG-Krise auf der Ministerratstagung am 28./29. Januar 1966 in Luxemburg vgl. Dok. 25.

Rusk erwiderte, daß es in den juristischen – fast hätte er gesagt theoretischen – Fragen einige Schwierigkeiten geben werde. Man werde auch die Termine nicht einhalten können. Seine Regierung glaube aber nicht, daß Frankreich die 7 Mio. t¹⁷ an amerikanischer Militärausrüstung beschlagnahmen werde. Auch wegen der Ölleitung werde noch verhandelt werden. Von französischer Seite sei Beaumarchais benannt.

Der Herr *Bundeskanzler* kam sodann auf den Besuch de Gaulles in Moskau zu sprechen. Die Bundesregierung erwarte nichts Spektakuläres, da de Gaulle wohl keine echte Alternative habe, etwa indem er mit Rußland eine gemeinsame politische Linie vereinbare. De Gaulle werde wohl sogar versuchen, den Russen klarzumachen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands wichtig für den Frieden in Europa sei, und daß auch Rußland selbst ein Interesse daran habe, weil es dann den Rücken frei bekomme. So weit, so gut. Ein solches Gespräch würde jedoch sicherlich auch gefährliche Pläne wie Rapacki-Plan¹⁸, Entnuklearisierung und Demilitarisierung, Rückzug der russischen und amerikanischen Streitkräfte¹⁹ und Ähnliches beinhalten. Das würde zu einem geringeren politischen und wirtschaftlichen Status für Deutschland führen. Folglich sei die Bundesregierung ziemlich skeptisch. Es könne auch ein Aufweichungsprozeß zwischen NATO und Warschauer Pakt in Gang gesetzt werden; er sei daher froh, daß sich Herr Bundesminister Schröder in Brüssel dagegen ausgesprochen habe.²⁰ De Gaulle könne leicht mit den Russen über Wiedervereinigung sprechen, da die Russen absolut negativ wären. Es könne dadurch aber eine Stimmung geschaffen werden, in der die Leute sagten, de Gaulle habe das natürlich im ersten Anlauf nicht schaffen können, nun müßten die Deutschen für die weitere Bewegung sorgen und Konzessionen machen, damit die von de Gaulle gesäte Saat auch aufgehen könne. Das sei gefährlich.²¹

Rusk bemerkte, daß er mit Couve nur kurz über den Moskaubesuch gesprochen habe. Couve erwarte keine Überraschungen. Die Russen, so meinte *Rusk*²², würden die Möglichkeiten Frankreichs, den Westen zu verpflichten oder im Westen etwas durchzusetzen, wohl nicht überschätzen.

Der Herr *Bundeskanzler* kam auf die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich zurück und fragte Herrn *Rusk* nach den zeitlichen Vorstellungen.

Herr *Rusk* erwiderte, vordringlich seien die Gespräche über die französischen Truppen in Deutschland. Herr Bundesminister *Schröder* führte aus, daß über den Status bilateral, über den militärischen Auftrag in der Gruppe der Vierzehn verhandelt würde, und daß diese Verhandlungen parallel vorangehen müßten. *Rusk* meinte, die USA, Deutschland, UK, Italien und Holland sollten eng zusammenarbeiten. Es habe etwas Schwierigkeiten mit Kanada und Dä-

¹⁷ Die Angabe „7 Mio. t“ wurde von Ministerialdirigent Osterheld hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

Dazu handschriftliche Bemerkung: „700 000 t“.

Die Angabe „700 000 t“ wurde von Bundesminister Schröder durch Häkchen hervorgehoben.

¹⁸ Zu den Abrüstungs- und Disengagementvorschlägen des polnischen Außenministers vgl. Dok. 1, Anm. 10.

¹⁹ Vgl. dazu Dok. 103, Anm. 2, und Dok. 166, Anm. 5.

²⁰ Vgl. dazu Dok. 184.

²¹ Der Passus „geschaffen werden ... gefährlich“ wurde von Bundesminister Schröder angeschlägelt.

²² Die Wörter „so meinte *Rusk*“ wurden von Ministerialdirigent Osterheld handschriftlich eingefügt.

nemark gegeben. An dieser Stelle machte er einige Bemerkungen über Herrn Pearson, die er eigens bat, vertraulich zu halten.

Der Herr *Bundeskanzler* stellte noch einmal klar, daß es in den bilateralen Gesprächen lediglich über den Rechtsstatus und die Gebietshoheit, nicht aber über militärische Fragen gehen solle, die den multilateralen Verhandlungen vorbehalten blieben. Eine Einigung könne nur erfolgen, wenn ein klarer Auftrag für die französischen Truppen ausgearbeitet sei.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte sodann nach der wirtschaftlichen Situation in den Vereinigten Staaten.

Herr *Rusk* sagte, daß man in den USA eine zu heiße Konjunktur und damit eine Inflation etwas befürchte. Die wirtschaftliche Zuwachsratesei aber weiterhin groß. Um eine Überhitzung zu vermeiden, werde man u. U. vor steuerlichen Maßnahmen nicht zurückschrecken. Der Krieg in Vietnam koste etwa 18 Mrd. Dollar jährlich²³, was zur Überhitzung und zu den Zahlungsbilanzschwierigkeiten²⁴ beitrage. Die Amerikaner gäben bei Auslandsreisen zuviel Geld aus, sie investierten auch zuviel in fremden Ländern; die Handelsbilanz sei an sich gut, der Vietnamkrieg belaste die Zahlungsbilanz aber zusätzlich. Auf eine Zwischenfrage des Herrn *Bundeskanzlers* sagte Herr *Rusk*, daß man u. U. neue Steuern für Autos, im Fernspreverkehr usw. in Betracht ziehen könne. Er sagte sodann, daß die Kennedy-Runde²⁵ für Amerika sehr wichtig sei. Die Fortschritte in letzter Zeit seien gering. Wenn die 5 Jahre, die der Senat der US-Regierung gegeben habe²⁶, ungenutzt verstrichen, so kämen voraussichtlich sehr egoistische Interessen in Amerika wieder hoch.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies in diesem Zusammenhang darauf, wie er in Genf für die Kennedy-Runde gekämpft habe²⁷; auch in der EWG seien wir für die Kennedy-Runde eingetreten. Wir hätten klargestellt, daß die landwirtschaftlichen Abmachungen nur akzeptabel seien, wenn man sicher sei, daß die Kennedy-Runde zum Erfolg führe. Die Bundesregierung stehe ganz auf seiten Amerikas in dieser Frage.

Rusk meinte, wir hätten sicher oft den Wunsch, „auf die andere Straßenseite zu gehen, wenn wir die Amerikaner sähen“, da sie Devisenwünsche hätten.²⁸ Er bitte den Herrn *Bundeskanzler* aber, die Vorausleistung der einen Milliarde DM²⁹ positiv zu prüfen. Die Angelegenheit sei für Amerika wirklich sehr

²³ Der Passus „Der Krieg ... jährlich“ wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und handschriftliche Bemerkung: „(S. 8)“. Vgl. Anm. 30.

²⁴ Zum Zahlungsbilanzdefizit der USA vgl. Dok. 167, Anm. 24.

²⁵ Zur Kennedy-Runde vgl. Dok. 101, Anm. 2, und weiter Dok. 235.

²⁶ Zum zeitlich befristeten Mandat der amerikanischen Regierung aufgrund des Trade Expansion Act vom 11. Oktober 1962 vgl. Dok. 12, Anm. 25.

²⁷ Zum Aufenthalt des Bundesministers Erhard in Genf vom 17. bis 21. Mai 1963 vgl. Dok. 8, Anm. 37.

²⁸ Zur Frage des Devisenausgleichs zwischen der Bundesrepublik und den USA vgl. zuletzt Dok. 176 und weiter Dok. 189.

²⁹ Im Gespräch über den Devisenausgleich erörterten Bundesminister von Hassel und der amerikanische Verteidigungsminister McNamara am 13. Mai 1966 in Washington auch die Einrichtung eines Depots in Höhe von 250 Mio. Dollar, das durch den Ankauf von US-Schatzbriefen finanziert werden sollte. Es war vorgesehen, diese Mittel zur Bezahlung von Aufträgen im Anschluß an das laufende Devisenausgleichsabkommen (ab 1. Juli 1967) zu verwenden. Dazu notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Middelman: „Für die Einrichtung dieses Depots fehlt es allerdings auf der

wichtig, schon wegen Vietnam, das mindestens 1 Mrd. Dollar Devisen mehr kosten werde.³⁰

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er glaube, daß die deutsche Zahlungsbilanz-Situation³¹ in den nächsten drei Jahren ernster werde als die amerikanische, denn angesichts der Größenordnungen sei eine Milliarde Dollar für Amerika etwas ganz anderes als etwa für Deutschland. Es wäre jedoch nicht der Freundschaft gemäß, wollte Deutschland die amerikanischen Sorgen nicht ernstnehmen. Er habe aber eine dringende Bitte: Man möge doch nicht in der Öffentlichkeit über diese Dinge sprechen. Nachrichten über Truppenabzüge³², falls nicht eine bestimmte Summe an Dollars zu einem bestimmten Zeitpunkt eingezahlt worden sei und ähnliches seien äußerst ärgerlich. Es handle sich dabei gar nicht um den Wahrheitsgehalt solcher Mitteilungen, sondern die Tatsache einer öffentlichen Diskussion, insbesondere in Deutschland, mache die Dinge sehr schwierig.

Rusk meinte, daß Präsident Johnson mit dem Herrn Bundeskanzler sicher übereinstimme. Leider könnten manchmal manche den Mund nicht halten. Johnson wolle enge Beziehungen mit dem Herrn Bundeskanzler halten und vielleicht sollte man durch organisatorische Pläne dazu beitragen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte daraufhin, er sei sich mit dem amerikanischen Präsidenten einig geworden, daß es nützlich wäre, wenn sie etwa zweimal im Jahr zusammenträfen. Er verstehe, daß der amerikanische Präsident wegen seiner zahlreichen anderweitigen Aufgaben nicht nach Europa kommen könne – so wichtig es auch gerade für Deutschland wäre, wenn Johnson hierher kommen könne. Von allen Nationen der Welt werde Amerika in Deutschland am liebsten gesehen. Alle Umfragen zeigten, daß Amerika als der engste und verlässlichste Verbündete von Deutschland – und das treffe für alle Parteien zu – betrachtet werde.³³ Auch das in anderen Ländern so häufige Phänomen von Vietnam-Demonstrationen gäbe es nicht; denn die Deutschen wüßten, was das amerikanische Engagement in Vietnam für die Deutschen und für die Erhaltung der Freiheit in der Welt bedeute. Der Herr Bundeskanzler fragte, ob Amerika befürchte, daß Rotchina sich im Vietnam-Krieg direkt engagiere.

Herr *Rusk* sagte, manche Europäer glaubten, Amerika sei von Vietnam so in Anspruch genommen, daß es für andere Dinge keine Zeit habe. In den letzten Monaten habe Johnson aber mehr Zeit auf die NATO-Frage als auf Vietnam verwandt. Was Rotchina angehe, so sei es in Taten vorsichtiger als in Worten. Die Berlin- und die Kuba-Frage hätten nicht gelöst werden können, wenn der Westen Angst gehabt hätte, entscheidenden Fragen ins Auge zu sehen. Dieselbe Haltung werde Amerika in Ostasien einnehmen. Wenn Peking riskieren

Fortsetzung Fußnote von Seite 785

deutschen Seite noch an der Zustimmung des Parlaments. Selbst wenn diese bis zum Jahresende herbeigeführt und das Depot eingerichtet werden kann, verbleiben für das erste Halbjahr 1967 noch abzudeckende Verpflichtungen in Höhe von 705 Mio. Dollar.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 26. Mai 1966; VS-Bd. 5099 (III A 4); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. ferner den Artikel „Bonn deponiert in den USA eine Milliarde für Waffenkäufe“; DIE WELT, Nr. 119 vom 24. Mai 1966, S. 1.

³⁰ Der Passus „wegen Vietnam ... kosten werde“ wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „S. 7“. Vgl. Anm. 23.

³¹ Vgl. dazu Dok. 130, Anm. 18.

³² Vgl. dazu Dok. 110, Anm. 23 und 25–27, und weiter Dok. 233.

³³ Vgl. dazu Dok. 156, Anm. 15.

wolle, so könne es das tun; die USA würden dann ihre Pflicht tun. Auf eine weitere Frage des Herrn Bundeskanzlers nach der Lage in Südvietnam meinte Herr Rusk, daß die Vietnamesen ein außerordentliches Talent hätten, sich zu zerstreuen. Sie seien aber einig gegen die Kommunisten in Nordvietnam; das gelte selbst für Tri Quang. Im Herbst strebe man die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung an³⁴; man rechne damit, daß das zur Stabilisierung wesentlich beitrage.

Der Herr Bundeskanzler fragte dann, ob der Gegensatz zwischen Rotchina und Moskau³⁵ wirklich in die Tiefe gehe. Rusk bejahte das. Er halte es für unmöglich, den Graben zwischen Moskau und Peking zu überbrücken, zumindest solange Mao Tse-tung regiere.

Auf eine Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers, daß der einzige Ort, an dem es in letzter Zeit besser geworden sei, Indonesien³⁶ sei, verwies Rusk auf Ghana³⁷. Im allgemeinen habe er den Eindruck, daß die Regierungen in der westlichen Welt durchweg geachteter und fester stünden als noch vor einiger Zeit; skandalös sei nur das Regime von Haiti³⁸. Auf eine Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers wegen Nasser äußerte Rusk Bedenken, ob er sein Land und damit auch die Nachbarn nicht ruiniere.

Nach einem kurzen Gedankenaustausch regte der Herr Bundeskanzler als mögliche Zeiträume für seinen Amerika-Besuch den 20.–25. Juli oder den 20.–25. August an.³⁹ Das Gespräch endete kurz vor 13.00 Uhr.

VS-Bd. 10088 (Ministerbüro)

³⁴ Vgl. dazu Dok. 49, Anm. 3.

Am 11. September 1966 wurden in der Republik Vietnam (Südvietnam) Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung durchgeführt.

³⁵ Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 35, Anm. 4. Vgl. ferner Dok. 184, Anm. 7.

³⁶ Vgl. dazu Dok. 35, besonders Anm. 32 und 33.

Nach antichinesischen Ausschreitungen von Studenten übernahm am 11. März 1966 General Suharto die Kontrolle der Regierungsgeschäfte, verbot die Kommunistische Partei Indonesiens und bildete das Kabinett unter Ausschuß der kommunistischen Minister um. Am 3. Juni 1966 teilte Botschafter Luedde-Neurath, Djakarta, mit, daß bei „indonesischer freiwilliger Mitwirkung erstmalig die Chance einer Eindämmung Chinas durch ein vollständiges System stabiler asiatischer Staaten am Horizont“ erscheine. Vgl. den Drahtbericht Nr. 254; Referat I B 5, Bd. 255.

Zur Situation in Indonesien vgl. weiter Dok. 210.

³⁷ Am 24. Februar 1966 übernahm die ghanaische Armee in Abwesenheit des Präsidenten Nkrumah die Regierungsgewalt und kündigte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung an. Nach der Ausweisung von Technikern aus der UdSSR, China und der DDR teilte das ghanaische Außenministerium am 24. März 1966 die Schließung ihrer Handelsmission in Ostberlin mit und kündigte gleichzeitig die Schließung der Handelsmission der DDR in Accra an. Botschafter Steltzer, Accra, wertete den Staatsstreich als „Zusammenbruch einer der stärksten und gefährlichsten Bastionen des Ostblocks in Afrika“. Vgl. die Schriftberichte Nr. 210 des Legationsrats Schaad, Accra, vom 26. Februar 1966 sowie Nr. 236 von Steltzer vom 7. März 1966; Referat I B 3, Bd. 641. Vgl. ferner den Runderlaß Infex Nr. 7 des Staatssekretärs Carstens vom 24. März 1966; Referat I B 3, Bd. 642.

³⁸ Zur Situation in Haiti teilte Gesandter Malsy-Mink, Port-au-Prince, mit, daß nach den letzten Hinrichtungen in der Folge der bewaffneten Aufstände des Jahres 1964 „Totenstille im Lande“ eingekehrt sei. Die Machtstellung des Präsidenten Duvalier beruhe auf der 20 000 Mann zählenden Milizarmee, auf der Entwaffnung der regulären Armee, der Erniedrigung der Volksvertretung zu einem Willensorgan des Präsidenten sowie dem „Fehlen jeglicher politischer Initiative des durch Terror eingeschüchterten, zumindest 80 % analphabetischen und ausgehungerten Volkes“. Vgl. den „Politischen Jahresbericht 1965“ vom 18. Januar 1966; Referat I B 2, Bd. 472.

³⁹ Bundeskanzler Erhard hielt sich am 26./27. September 1966 in Washington auf. Für die deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen vgl. Dok. 297, Dok. 298 und Dok. 300–302.

Bundeskanzler Erhard an Staatspräsident de Gaulle

MB 1625/66 geheim

9. Juni 1966¹

Sehr verehrter Herr Staatspräsident!

In Verdun haben Sie über die Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern, über ihre Geschichte und ihre gemeinsame Zukunft eindrucksvolle Worte gefunden. Ich mache mich zum Dolmetscher meines Landes, wenn ich die große Befriedigung hervorhebe, mit der das deutsche Volk diese Erklärung gewürdigt hat.²

Nun werden Sie, Herr Staatspräsident, in wenigen Tagen nach Moskau reisen³, während bei uns in Bonn die deutsch-französischen Verhandlungen über den künftigen Status der französischen Truppen in Deutschland⁴ beginnen. Diese beiden bedeutsamen politischen Daten nehme ich gerne zum Anlaß, mich mit einem persönlichen Schreiben an Sie zu wenden.

Über Ihre Moskau-Reise haben wir uns bei unserem letzten Zusammentreffen in Paris unterhalten⁵. Ich habe Ihnen damals dafür gedankt, daß Sie mir zusagten, in Moskau für die Wiederherstellung der deutschen Einheit eintreten zu wollen, wie ich Ihnen meinerseits die Versicherung gab, daß Deutschland dieser Ihrer Reise wohl mit Spannung und Erwartung, aber ohne Sorge entgegenseht. Ich darf das noch einmal wiederholen und bekräftigen.

Sie wissen aus unseren offiziellen Erklärungen, daß die Bundesrepublik bereit ist, für die Wiedervereinigung Deutschlands, die sie nur mit friedlichen Mitteln anstrebt, große Opfer auf sich zu nehmen. Wir sind auch bereit, dem Si-

¹ Ablichtung.

Das Schreiben wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 10. Juni 1966 an Ministerialdirigent Simon mit der Bitte geleitet, es durch Botschafter Klai-ber, Paris, aushändigen zu lassen. Vgl. VS-Bd. 10096 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

Hat Bundesminister Schröder im Durchdruck am 10. Juni 1966 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Carstens verfügte.

Hat Carstens am 11. Juni 1966 vorgelegen.

Zu dem Schreiben vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 320–322.

² Zu den Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestags der Kämpfe um Verdun vgl. Dok. 67, Anm. 7. Am 29. Mai 1966 führte Staatspräsident de Gaulle in Douaumont aus: „Dans une Europe qui doit se réunir tout entière après d'affreux déchirements, se réorganiser en foyer capital de la civilisation, redevenir le guide principal d'un monde tourné vers le progrès, ces deux grands pays voisins, faits pour se compléter l'un l'autre, voient maintenant s'ouvrir devant eux la carrière de l'action commune, fermée depuis qu'à Verdun même, il y a 1123 ans, se divisa l'Empire de Charlemagne. Cette coopération directe et privilégiée, la France l'a voulue, non sans mérite mais délibérément, quand, en 1963, elle concluait avec l'Allemagne un traité plein de promesses. Elle y est prête encore aujourd'hui.“ Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 38 f.

Am 29. Mai 1966 führte der ehemalige französische Hohe Kommissar François-Poncet gegenüber Botschafter Klai-ber, Paris, „in bewegten Worten“ aus, de Gaulle habe mit seinem „dramatischen Appell“ eine „letzte große historische Geste machen wollen. Wenn diese Geste bei uns den richtigen und gebührenden Widerhall von höchster Stelle finde, könne vielleicht nochmals eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens hergestellt werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 868 vom 30. Mai 1966; VS-Bd. 8485 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

³ Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

⁴ Vgl. dazu Dok. 180, Anm. 15, und weiter Dok. 190.

⁵ Für die Gespräche vom 7./8. Februar 1966 vgl. Dok. 34 und Dok. 36.

cherheitsbedürfnis der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Staaten durch Vereinbarungen Rechnung zu tragen. Das ganze deutsche Volk würde es besonders hoch zu schätzen wissen, wenn es Ihnen, sehr verehrter Herr Staatspräsident, gelingen könnte, der sowjetischen Regierung nahezubringen, daß Deutschland an der Wiederherstellung seiner Einheit immer festhalten wird und dabei überzeugt ist, daß erst die Erreichung dieses Zieles eine dauerhafte Friedensregelung in Europa ermöglicht. Wir waren uns, sehr verehrter Herr Staatspräsident, auch darin einig, daß dadurch zugleich günstige Voraussetzungen und brauchbare Grundlagen für jenes große Europa geschaffen würden, das Ihnen und mir als hohes politisches Ziel vor Augen steht.

Sollten Sie bei Ihren Gesprächen menschliche Erleichterungen für die Bevölkerung der Zone erreichen können, so dürfen Sie des Dankes nicht nur jener Menschen, sondern aller Deutschen gewiß sein.

Ich benutze diese Gelegenheit, sehr verehrter Herr Staatspräsident, Ihnen die große Sorge auszudrücken, die mir die Erhaltung der Verteidigungskraft der westlichen Allianz bereitet. Zwar verkenne ich nicht, daß sich in den Ost-West-Beziehungen gewisse Wandlungen vollziehen, die wir sorgfältig zu beobachten und zu prüfen haben, aber dennoch glaube ich, daß es kaum zu verantworten wäre, die Freiheit West-Europas angesichts der gigantischen, gerade diesen Teil des Kontinents bedrohenden sowjetischen Rüstung als verbürgt anzusehen.

Ich habe vor dem Deutschen Bundestag in aller Klarheit meinem Wunsch und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die französischen Truppen in Deutschland verbleiben und daß alsbald die dazu erforderlichen Regelungen vereinbart werden können, die unter Wahrung der deutschen Gebietshoheit eine fruchtbare und wirksame Zusammenarbeit gewährleisten sollen.⁶

Ich hoffe, bei Ihnen, Herr General, Verständnis auch dafür zu finden, wie wesentlich es mir erscheint, gleichzeitig Abmachungen über die militärischen Aufgaben zu treffen, die im Konfliktfalle von den französischen Truppen in Abstimmung mit der NATO zu übernehmen wären; das gleiche gilt für die Kommandostruktur. Nur so, will mir scheinen, kann ein Funktionieren des Verteidigungssystems gewährleistet sein. Nach unserer und der Auffassung der übrigen NATO-Partner sind sowohl für Friedenszeiten als auch für den Konfliktfall Regelungen erforderlich, die den Abschreckungseffekt unserer gemeinsamen Verteidigung erhalten und damit dem Frieden in Europa dienen. Was einen möglichen Konfliktfall anbelangt, so steht es wohl außer Zweifel, daß die Länder der freien Welt nach den schrecklichen Erfahrungen der Geschichte und angesichts der schier unbegrenzten Zerstörungskraft der modernen Waffen niemals aggressive Absichten verfolgen werden.

Ich hoffe, daß sowohl die bilateralen als auch die multilateralen⁷ Verhandlungen

⁶ Am 25. Mai 1966 erklärte Bundeskanzler Erhard vor dem Bundestag, er wolle die Frage, ob die Bundesregierung den Verbleib französischer Truppen in der Bundesrepublik wünsche, sowohl hinsichtlich der Landstreitkräfte als auch der Luftwaffeneinheiten und der Luftverteidigungsstreitkräfte „hier vor dem Hohen Hause ausdrücklich noch einmal mit einem ganz klaren und eindeutigen Ja beantworten“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 61, S. 2027.

⁷ Zu den Verhandlungen der Vierzehn mit Frankreich über das Verhältnis französischer Truppen zur NATO vgl. Dok. 182, Anm. 15 und 17, sowie Dok. 185, Anm. 15. Vgl. dazu weiter Dok. 206, Anm. 6.

bald zu brauchbaren Lösungen führen werden; denn das liegt im besonderen Interesse unserer beiden Völker.

Ich freue mich, Sie im kommenden Monat zu einem weiteren Gespräch in Bonn erwarten zu dürfen⁸ und bin mit meinen besten Wünschen für einen guten Verlauf Ihrer Reise und dem Ausdruck meiner besonderen Wertschätzung⁹

Ihr [gez.] Ludwig Erhard

VS-Bd. 8485 (Ministerbüro)

187

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Thompson

Z A 5-52.A/66 geheim

10. Juni 1966¹

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 10. Juni 1966 um 17.00 Uhr den amerikanischen Sonderbotschafter Thompson zu einem Gespräch, bei dem außerdem Ministerialdirektor Dr. Werz und Botschafter McGhee zugegen waren.²

Botschafter *Thompson* sagte einleitend, er überlege zur Zeit, was die NATO nun mit dem Ost-West-Verhandlungsauftrag³ anfangen solle. Er glaube nicht,

⁸ Für die Gespräche vom 21. Juli 1966 vgl. Dok. 229 und Dok. 230.

⁹ Im Antwortschreiben vom 16. Juni 1966 erklärte Staatspräsident de Gaulle mit Blick auf seinen bevorstehenden Besuch in der UdSSR: „Suivant nous, c'est seulement à la faveur d'un rapprochement entre les deux fractions de notre continent, ouvrant la voie à une coopération étendue à l'Europe tout entière, qu'il est permis d'envisager, avec un espoir raisonnable, une évolution et, finalement, une solution du problème allemand.“ Ferner wiederholte er die Bereitschaft der französischen Regierung, Truppen in der Bundesrepublik weiterhin zu stationieren, wenn die Bundesregierung dies wünsche, und stellte die Bedeutung der Verhandlungen heraus: „Sans doute l'aboutissement positif de ces entretiens contribuerait-il à resserrer les rapports franco-allemands, ce qui demeure, pour le gouvernement français, un objectif de premier ordre.“ Vgl. DE GAULLE, Lettres, Notes et Carnets 1964–1966, S. 306 f.

Das Schreiben lag Bundesminister Schröder in einer Abschrift am 18. Juni 1966 vor, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „Wie erwartet – irgendeine andere Bewertung?“ Dazu vermerkte Carstens am 20. Juni 1966 handschriftlich: „Der General fühlt sich seiner Sache sicher.“ Vgl. VS-Bd. 10096 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 14. Juni 1966 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 18. Juni 1966 vorgelegen, der laut Begleitschreiben des Legationsrats I. Klasse Loeck vom 20. Juni 1966 die Weiterleitung an Staatssekretär Carstens verfügte. Vgl. VS-Bd. 10088 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

Hat Carstens am 27. Juni 1966 vorgelegen.

² Der amerikanische Sonderbotschafter Thompson hielt sich im Anschluß an die NATO-Ministerratstagung am 7./8. Juni 1966 in Brüssel vom 9. bis 22. Juni 1966 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch von Carstens mit Thompson am 10. Juni 1966 vgl. Referat II A 6, Bd. 241.

³ Am 8. Juni 1966 sprachen sich die Außenminister auf der NATO-Ministerratstagung „für eine initiativere Haltung der NATO-Staaten gegenüber dem Osten“ aus. Ferner befürworteten sie „eine Intensivierung der Kontakte mit den osteuropäischen Staaten und eine gründliche Konsultation

daß die NATO da sehr viel tun könne. Jedenfalls stimme er mit dem Herrn Minister überein, daß die NATO nicht mit dem Warschauer Pakt verhandeln könne.⁴ Herr Carstens habe ihm gesagt, vielleicht sollten die Vier zunächst untereinander sprechen. Man müsse jedoch sehr vorsichtig sein, daß niemand irgendwelche formalen Gespräche der Vier wittere.

Der Herr *Minister* schloß sich dieser Auffassung an und sagte, er sei seit langem überzeugt, daß die Staaten, die letztlich zusammengehen und entscheiden müßten, sehr engen Kontakt brauchten. Dies müsse jedoch immer in einer Form geschehen, daß die anderen das Gefühl des wirklichen Dabeiseins hätten. So habe er zum Beispiel in Brüssel einen Abend bis spät in die Nacht mit Herrn Fanfani gesprochen⁵, was sich als sehr nützlich erwiesen habe, denn Herr Fanfani habe in seiner Rede vor der NATO auf einen Teil dieses an sich privaten Gesprächs Bezug genommen. Auch das Treffen der Fünf⁶ nach dem Empfang beim König⁷ habe er für sehr wertvoll gehalten. Man müsse daher Formen finden, welche den hauptinteressierten Parteien eine intime Verständigung ermöglichen, ohne jedoch den Eindruck zu erwecken, als fänden Separat-Konferenzen statt. Dies sei nicht immer leicht, doch müsse man darauf achten.

Botschafter *Thompson* kam dann auf die britische Überlegung einer zweiseitigen Erklärung⁸ zu sprechen, die er nicht für besonders nützlich halte. Er habe als erstes die Frage gestellt, wer diese Erklärungen zu unterschreiben hätte, denn dabei träte sofort das SBZ-Problem auf.

Der Herr *Minister* bemerkte, er habe das Gefühl, als ob plötzlich in der Öffentlichkeit und politisch-diplomatisch eine Welle der verstärkten Bemühung um Ost-West-Beziehungen eingesetzt hätte. Er sehe darin eine gewisse Paralleliät mit dem bevorstehenden Moskau-Besuch de Gaulles⁹. Die Franzosen verstünden es ja immer, solche Dinge mit spektakulären Beigaben zu versehen. Man dürfe aber dadurch nicht zu der falschen Auffassung geführt werden, als ob eine substantielle Änderung im Osten tatsächlich schon stattgefunden habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 790

hierüber im NATO-Rat“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 172 des Ministerialdirektors Wertz, z. Z. Brüssel; VS-Bd. 8496 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1966.

Vgl. dazu auch das Communiqué; EUROPA-ARCHIV 1966, D 338.

⁴ Zur Haltung der Bundesregierung in dieser Frage vgl. Dok. 170 und Dok. 195.

⁵ Für das Gespräch vom 5. Juni 1966 vgl. Dok. 180.

⁶ Die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien, die Niederlande und die USA.

⁷ Die Delegationsmitglieder der NATO-Ministerratstagung wurden am Abend des 7. Juni 1966 von König Baudouin im Königlichen Palast empfangen.

⁸ Auf der NATO-Ministerratstagung am 7./8. Juni 1966 in Brüssel regte der britische Außenminister eine gemeinsame Erklärung west- und osteuropäischer Staaten über europäische Sicherheit und Zusammenarbeit an. Am 21. Juni 1966 berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), der Vorschlag von Stewart gehe auf eine tschechoslowakische Initiative zurück. Der tschechoslowakische Botschafter in London, Trhlik, habe am 10. März 1966 der britischen Regierung ein entsprechendes Papier mit sechs „Prinzipien“ für eine solche Erklärung übergeben. Britischerseits habe man im Auge, bei der Formulierung einer entsprechenden Erklärung auch einige Gedanken der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 zu berücksichtigen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1166 vom 21. Juni 1966; VS-Bd. 4196 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1966.

Am 22. Juni 1966 führte der britische Botschafter bei der NATO in Paris, Shuckburgh, aus, daß Stewart anstelle einer bilateralen Erklärung eine Reihe nach Möglichkeit gleichlautender unilateraler Erklärungen anregte. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1180 von Grewe vom 23. Juni 1966; VS-Bd. 4196 (II A 3); B 150, Aktenkopien 1966.

⁹ Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

Die Bundesregierung unterstütze weiterhin jegliche verstärkten Kontakte wirtschaftlicher und kultureller Art sowie Einladungen und Treffen. Dennoch glaube er nicht, daß etwa eine konkrete neue Position ein klares Voranschreiten ermögliche. Der Herr Minister verwies in diesem Zusammenhang auf einen besonders interessanten Artikel in der „Welt“ vom gleichen Tage, der besonderen Wert auf die Feststellung lege, daß die Zielsetzungen der beiden Seiten unterschiedlich seien.¹⁰ Der Westen wolle durch konstruktive Schritte die Spannung beseitigen, während der Osten die Spannung dadurch zu beseitigen gedenke, daß die westlichen Sicherungen fielen und der Status quo zementiert werde. Dieses Unterschiedes müsse man sich immer bewußt sein. Auch die Schwierigkeiten, die Berlinklausel in das Kulturabkommen mit Rumänien¹¹ einzubauen, ließen deutlich die Begrenzungen erkennen, die dem guten Willen gesetzt seien.

Botschafter *Thompson* wies darauf hin, daß auf dem neulichen kommunistischen Parteitag¹² besonders die Korruption der Jugend durch westliche Kontakte angeprangert worden sei. Die Jugend im Osten wolle effektiv mehr Freiheit, was im Laufe der Zeit eine gewisse Veränderung herbeiführen könne. Auch die wirtschaftliche Situation trage dazu bei.

Der Herr *Minister* fragte, wie Botschafter *Thompson* die einzelnen Ostblockländer wirtschaftlich katalogisieren würde.

Botschafter *Thompson* bemerkte, Rumänien sei am besten dran, da es die geringsten landwirtschaftlichen Schwierigkeiten habe. Wirkliche Probleme hätten die Tschechoslowakei und Polen, wogegen Bulgarien ganz gut hinkomme, da auch dort die Landwirtschaft keine so große Rolle spiele. In der Sowjetunion und in Polen sei die Landwirtschaft so schlecht, daß er fast meine, daß die SBZ in etwa den höchsten Lebensstandard habe. Im Augenblick seien aber alle Ostblockländer mit dem Problem konfrontiert, daß die Sowjetunion wegen ihres großen Eigenbedarfs nicht mehr die notwendigen Rohmaterialien liefern könne. Sie müßte sich daher für diese Rohstoffe an den Westen wenden. Die Zuwachsrate der Sowjetunion habe sich ebenfalls abgeflacht. Sie entspreche jetzt der amerikanischen Zuwachsrate, wobei jedoch zu berücksichtigen sei, daß das sowjetische Bruttosozialprodukt nur 44 % des amerikanischen Bruttosozialproduktes betrage. Weiterhin müsse berücksichtigt werden, daß die Sowjetunion für militärische und Raumfahrtfragen einen viel höheren Prozentsatz des Bruttosozialprodukts verwende. Dies könne nur auf Kosten der Gebrauchsgüter gehen. Der Druck werde sicherlich eines Tages so stark werden, daß die Sowjetunion irgendwo – z. B. bei der Abrüstung – werde nachgeben müssen.

Der Herr *Minister* fragte dann, ob nach Auffassung von Botschafter *Thompson* die neuen Machthaber im Kreml¹³ das russisch-chinesische Problem¹⁴ genauso sähen wie Chruschtschow, oder ob sie es als weniger bedrohlich erachteten.

¹⁰ Vgl. den Artikel von Dietrich Schwarzkopf: „Unter Sicherheit verstehen Osten und Westen etwas anderes“, *DIE WELT*, Nr. 133 vom 10. Juni 1966, S. 2.

¹¹ Vgl. dazu Dok. 153, besonders Anm. 12.

¹² Der XXIII. Parteitag der KPdSU fand vom 29. März bis 8. April 1966 in Moskau statt. Für die Entschließung vgl. *EUROPA-ARCHIV* 1966, D 271 f. (Auszug).

¹³ Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14. Oktober 1964 vgl. Dok. 21, Anm. 65.

¹⁴ Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 35, Anm. 4. Vgl. ferner Dok. 184, Anm. 7.

Botschafter *Thompson* erwiderte, man dürfe nicht vergessen, daß die jetzigen Machthaber die gleichen seien wie unter Chruschtschow. Suslow sei wahrscheinlich ideologisch am stärksten engagiert. Ihn habe Chruschtschow ja damals zu den Verhandlungen mit den Chinesen gesandt.¹⁵ Suslow sei daher derjenige, der auch in Fragen von nationalem Interesse am ersten einen ideologischen Standpunkt einnehmen werde. Als die jetzigen Machthaber an die Macht gekommen seien, hätten sie wahrscheinlich geglaubt, daß Chruschtschow persönlich die Chinafrage schlecht gespielt habe. Er selbst habe Chruschtschow einmal gefragt, worauf ihm dieser geantwortet habe, auch die Russen seien nach ihrer Revolution zunächst sehr wild gewesen, hätten sich dann aber beruhigt. Dasselbe werde mit den Chinesen passieren. Als die jetzigen Machthaber an die Macht gekommen seien, hätten sie den Chinesen auf dem Gebiet von Handel und Hilfe einen *modus vivendi* angeboten, den jedoch die Chinesen abgelehnt hätten.¹⁶ Interessant sei der russische Brief an die Chinesen vom Januar, aus dem er (*Thompson*) in der NATO einen Satz zitiert habe, wonach die kommunistische Partei, um erfolgreich zu sein, immer für eine plötzliche Politikänderung aufgeschlossen sein müsse, welche auch illegale und Zwangsmittel benutzen könnte.¹⁷ Überhaupt sei der Brief der Sowjets an die Chinesen vom Januar lesenswert. Er glaube nicht, daß die Sowjets die militante chinesische Politik etwa übernehmen würden. Der sowjetische Botschafter in Washington¹⁸ habe ihm einmal gesagt, die Chinesen wollten die Sowjets zu einem Krieg mit Amerika treiben. In der Grenzfrage¹⁹ glaubten die

¹⁵ Am 5. Juli 1963 begannen in Moskau Gespräche zwischen Vertretern der Kommunistischen Parteien Chinas und der UdSSR zur Beilegung der ideologischen Auseinandersetzungen. Die chinesische Delegation wurde vom Generalsekretär des ZK der KPCh, Deng Xiao Ping, die sowjetische vom Sekretär des ZK der KPdSU, Suslow, geleitet. Durch die Veröffentlichung einer Reihe weiterer Stellungnahmen beider Seiten sowie den Beginn der Verhandlungen über ein Teststopp-Abkommen in Moskau spitzte sich der Konflikt jedoch zu, so daß die Gespräche am 20. Juli 1963 auf unbestimmte Zeit vertagt wurden. Für das Kommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 138.

¹⁶ Während des Besuchs des Ministerpräsidenten Kossygin in der Volksrepublik China am 5./6. und 10./11. Februar 1965 unterbreitete die sowjetische Delegation Vorschläge zur Verbesserung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen. Sie sahen u. a. die Ausweitung des Handels beider Staaten sowie die Verbesserung der wissenschaftlich-technischen und der kulturellen Zusammenarbeit vor. Erste Informationen hierüber gelangten durch die Veröffentlichung eines Schreibens des ZK der KPdSU an das ZK der KPCh vom Januar 1966 in die Öffentlichkeit. Für den Wortlaut vgl. DIE WELT, Nr. 67 vom 21. März 1966, S. 6 (Auszug).

¹⁷ In dem Schreiben vom Januar 1966 wurde aus dem Parteiprogramm der KPdSU der Passus zitiert, der Erfolg des Kampfes der Arbeiterklasse werde davon abhängen, „inwiefern sie und ihre Partei es lernen, sich aller Formen des Kampfes zu bedienen, der friedlichen wie der nichtfriedlichen, der parlamentarischen wie der außerparlamentarischen, und ob sie zur schnellsten und überraschendsten Ersetzung einer Kampfform durch eine andere bereit sind“. Dem stehe die Haltung der KPCh gegenüber, „dem gesamten Arsenal der Kampfmittel nur ein einziges – den bewaffneten Aufstand, den Krieg“ zu entnehmen. Vgl. DIE WELT, Nr. 67 vom 21. März 1966, S. 6 (Auszug).

¹⁸ Anatolij Fjodorowitsch Dobrynin.

¹⁹ Mit den Verträgen von Aigun und Tientsien (1858) sowie dem Handelsvertrag von Peking (1860) kam es zu einer Regelung der Grenzen zwischen Rußland und China, bei dem die Gebiete nördlich des Amur und östlich des Ussuri an Rußland fielen. Umstritten blieb insbesondere der im Vertrag von Ili bzw. St. Petersburg (1881) nur teilweise geregelte Grenzverlauf in der Region Sinkiang/Turkestan. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wickert vom 20. März 1963; Referat II A 3, Bd. 62.

Seit 1949 versuchten die UdSSR und die Volksrepublik China, ihren Einfluß im Gebiet von Sinkiang auszubauen. Dies führte 1960 und 1962 zu Grenzzwischenfällen. Am 8. März 1963 stellte die chinesische Tageszeitung „Renmin Ribao“ in einem Artikel fest, daß die chinesische Regierung die

Sowjets nach seiner Meinung, daß sie noch etwa ein Jahrzehnt haben würden, ehe sie sich wirkliche Sorgen darüber machen müßten. Zu berücksichtigen sei, daß das sowjetische Bruttosozialprodukt im Augenblick bei etwa 1500 Milliarden Dollar pro Jahr liege, während das chinesische Bruttosozialprodukt nur 100 Milliarden Dollar pro Jahr umfasse.²⁰ Außerdem habe China ein Ernährungsproblem und auch das Problem des Mangels von Führungskräften. Die Sowjets machten sich daher nach seiner Meinung keine Sorgen wegen eines physischen Kampfes mit den Chinesen in den nächsten 10 Jahren. Die Sorge erstreckte sich im Augenblick hauptsächlich auf den politischen Kampf zwischen den beiden kommunistischen Mächten. Dasselbe gelte wohl für das Deutschlandproblem. Es sei für die Sowjets keine Frage der militärischen Sicherheit, sondern vielmehr eine politische Frage, weil im Falle eines sowjetischen Rückzugs in der Deutschlandfrage Polen an ein freies Deutschland grenzen würde, mit allen Unsicherheitsfaktoren für Polen und die übrigen Satellitenländer, die daraus folgerten.

Der Herr *Minister* schloß sich im großen und ganzen diesen Auffassungen an. Er stellte dann die Frage an Botschafter Thompson, welche Interessenveränderung der Sowjets er sich vorstellen könnte, welche die Sowjets zu einer Verhandlung mit Deutschland für eine mitteleuropäische Regelung aufgeschlossen machen würde.

Botschafter *Thompson* erwiderte, seines Erachtens gebe es mehrere Faktoren, die dazu beitragen könnten, ohne daß irgendeiner dieser Faktoren allein ausschlaggebend sei. Als erstes nenne er die Wirtschaftsfrage, wo die Sowjets zum Beispiel an Krediten interessiert seien, ohne allerdings dafür die SBZ zu verkaufen. Als zweites spiele die Sorge vor einem weiteren Aufstand eine Rolle. Allerdings trage der gegenwärtige Lebensstandard dazu bei, daß die Situation nicht explosiv sei. Der Herr Minister erinnere sich vielleicht, daß Berija und Malenkov vorgeworfen worden sei, die Deutschlandfrage lösen zu wollen.²¹ Nun sei ja gerade Berija derjenige gewesen, der die Verantwortung hätte tragen müssen, falls ein Aufstand stattgefunden hätte. Somit habe Berija ein natürliches Interesse daran gehabt, dieses Problem loszuwerden. Ein dritter und sehr langfristiger Faktor wäre eine Verstärkung der Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die in der Nach-Ulbricht-Zeit zu einer allmähli-

Fortsetzung Fußnote von Seite 793

Verträge als „ungleich“ betrachte und zu gegebener Zeit neu zu verhandeln wünsche. Demgegenüber wies die sowjetische Regierung auf die Gültigkeit der Verträge hin und vertrat die Ansicht, daß eine offene Grenzfrage zwischen beiden Ländern nicht bestehe. Diese Position wurde in dem Schreiben des ZK der KPdSU an das ZK der KPCh vom Januar 1966 bekräftigt. Vgl. PEKING REVIEW, Nr. 10/11 vom 15. März 1963, S. 58–62.

²⁰ Der Passus „im Augenblick ... umfasse“ wurde von Bundesminister Schröder angeschlängelt. Dazu Fragezeichen.

²¹ Am 8. März 1963 führte Ministerpräsident Chruschtschow vor einer Versammlung von Künstlern aus: „Bereits in den ersten Tagen nach dem Tod Stalins begann Berija Schritte zu unternehmen, die die Arbeit der Partei desorganisierten und auf die Untergrabung der freundschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion zu den Bruderländern des sozialistischen Lagers gerichtet waren. Gemeinsam mit Malenkov schlugen sie beispielsweise provokatorisch vor, die Deutsche Demokratische Republik als sozialistischen Staat zu liquidieren, und empfahlen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, auf die Lösung des Kampfes für den Aufbau des Sozialismus zu verzichten. Das Zentralkomitee der Partei hat damals empört diese verräterischen Vorschläge abgelehnt und den Provokateuren eine vernichtende Abfuhr erteilt.“ Vgl. PRAVDA, Nr. 69 vom 10. März 1963, S. 1–4, hier: S. 2; DzD IV/9, S. 216, Anm. 3 (Auszug).

chen Demokratisierung in der SBZ führen könnten und zu gewissen Veränderungen in Richtung auf mehr kapitalistische Wirtschaftsmethoden. Es könnte damit ein Punkt erreicht werden, wo die Wiedervereinigung Deutschlands nicht als eine große Niederlage für die Sowjets erschiene und damit denkbar würde.

Der Herr *Minister* erweiterte seine Frage dahingehend, welche osteuropäische Situation für den Fall der Wiedervereinigung für die Russen akzeptabel erschiene.

Botschafter *Thompson* bemerkte, diese Frage sei schwer zu beantworten. Es gebe zwei widersprüchliche Denkrichtungen. Die eine gehe auf eine stärkere Unabhängigkeit, die ansteckend wirken würde, während die andere besage, daß bei einer größeren Unabhängigkeit der osteuropäischen Länder Rußland möglicherweise in eine Isolierung ginge, um sein eigenes Regime zu festigen, mit anderen Worten, daß die Sowjetunion dann wieder stalinistischer würde.

Der Herr *Minister* bemerkte, bei der theoretischen Überlegung sei die Frage von Bedeutung, falls die zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik liegenden Staaten in sich gefestigte Neutrale seien, ob dann die Sowjetunion noch genauso an einer kommunistischen SBZ interessiert wäre oder ob sie dann nicht vielleicht mehr interessiert wäre an Beziehungen mit der Bundesrepublik, die in wirtschaftlicher und sonstiger Beziehung für sie vorteilhaft wären. Die Frage laufe darauf hinaus, welcher osteuropäische Zustand für eine positive Haltung der Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik am günstigsten wäre.

Botschafter *Thompson* erwiderte, seines Erachtens spiele die Ideologie eine große Rolle. In all seinen Beziehungen zu Algerien, Irak usw. unterstütze Rußland immer jene Regimes, welche einen sozialistischen Weg verfolgten, auch wenn diese Regimes die Kommunisten unterdrückten. Es bestehe somit wohl immer ein gewisser ideologischer Ansporn, solange bestimmte Länder sich sozialistisch nennen. Er (*Thompson*) meine, daß es im besten deutschen wie amerikanischen Interesse liege, eine solche Illusion zu ermutigen, weil die Gedanken der Satellitenstaaten wiederum auf die Sowjetunion zurückwirkten.²²

Der Herr *Minister* sagte dann, er habe nun in diesem Zusammenhang drei Fragen. Die erste gehe dahin, wie lange im Lichte historischer Erfahrungen und Vergleichsmöglichkeiten die russischen Machthaber weiterhin an ihrer Ideologie festzuhalten vermöchten. Die zweite beziehe sich darauf, welche Politik die Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion selbst am besten verfolge. Die dritte beziehe sich aus deutscher Sicht auf Frankreich und darauf, welchen Wert man denkbaren französischen Aktionen beizumessen habe. In diesem Zusammenhang sei zu fragen, ob nicht eine gewisse Gefahr bestehe, daß Frankreich, mit anderen Worten: de Gaulle, gerne mit Rußland auf der Basis ins Gespräch kommen möchte, daß in Europa auf der einen Seite Frankreich, auf der anderen Seite Rußland seien, die beide auf Mitteleuropa und insbesondere die Deutschen, die ja nicht sehr nette Leute seien, aufpassen würden.

Botschafter *Thompson* antwortete auf die erste Frage, rückblickend auf die Jahre 1941–44 zum Beispiel habe sich inzwischen ein ungeheurer Wechsel

²² Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder angeschlängelt.

vollzogen. Dennoch glaube er, daß es wahrscheinlich noch mindestens zehn, wenn nicht zwanzig Jahre dauern werde. Er halte es sogar für wahrscheinlich, daß Rußland niemals ganz den Kommunismus aufgeben werde. Die einzige Frage sei, ob der Kommunismus überall hinzutragen sei. Da glaube er, daß bereits jetzt die Russen zu der Feststellung gelangt seien, daß die Welt nicht automatisch kommunistisch werden würde, auch wenn sie diese These weiterhin verträten. Die derzeitigen Machthaber wollten die Macht behalten, und zwar über die Ideologie. Dieser Griff sei natürlich durch den Streit mit China gelockert worden, und aus diesem Grunde werde die wirtschaftliche Frage von Bedeutung. Wenn die Sowjets nicht soviel Ausgaben auf militärischem Gebiet tätigten, könnten sie eine wesentliche Verbesserung im Innern des Landes erreichen. Durch die Reisen zahlreicher Sowjetrussen nach den Satellitenstaaten werden jedoch seines Erachtens die dort vorhandenen Strömungen auch auf Rußland zurückwirken. Eine Möglichkeit, die Entwicklung in der Sowjetunion selbst zu beschleunigen, bestehe durch Rückwirkung der Entwicklung in den Satellitenstaaten. Zur zweiten Frage wolle er sagen, daß er befürchte, daß die Sowjets keine große Auswahl einer möglichen Politik ließen. Die dritte Frage wolle er dahingehend beantworten, daß seines Erachtens die Sowjets erkennen, daß de Gaulle nicht die wirkliche Macht in der Hand habe. Natürlich könne er viel Ärger machen, und das Schlimmste wäre sicherlich eine Anerkennung der SBZ durch de Gaulle. Dennoch gebe es nicht viel, was de Gaulle eigenhändig auszuliefern vermöchte. Die Russen wüßten, daß bei jeder wirklichen Lösung Amerika dabeisein müsse.

Der Herr *Minister* sagte dann, bei seinem Besuch in Deutschland werde Botschafter Thompson immer wieder mit einer Frage konfrontiert werden, auf die man eine klare Antwort haben müsse. Die Frage laute, ob es irgendetwas gebe, was de Gaulle unabhängig von Amerika und England oder besser als Amerika und England zugunsten der deutschen Position in Moskau²³ unternehmen könne. Er wolle gleich sagen, daß er keine solche Möglichkeit sehe. Dennoch müsse man die Frage stellen.

Botschafter *Thompson* erwiderte, natürlich habe de Gaulle einige Trümpfe in der Hand, so zum Beispiel den Versuch, den amerikanischen Einfluß in Europa zu verringern, was der Sowjetunion sicherlich gefallen würde und wofür sie eventuell gewisse Leistungen zu erbringen bereit wäre.

Der Herr *Minister* sagte, natürlich könnten die Russen zu de Gaulle sagen, daß sie ihrerseits darauf verzichten würden, ihr Gewicht gegenüber Frankreich negativ in die Waagschale zu werfen, wenn de Gaulle darauf achte, daß kein anderes negatives Gewicht auf der westlichen Seite sich gegenüber Rußland auswirke. Das allerdings sei für die deutsche Frage nicht besonders nützlich, denn es laufe nur auf den Status quo hinaus. Außerdem berge es Gefahren in sich, weil die wirkliche Macht der Sowjets dadurch keineswegs verringert werde. Er befürchte, daß de Gaulle dies nicht sehe. Jedenfalls werde er nie die Deutschen dazu überreden können, daß sie sich allein auf die von de Gaulle gebotene Sicherheit verließen. De Gaulle erkenne auch nicht die in einer solchen Politik inhärenten Gefahren für die interne deutsche Situation.

²³ Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

Botschafter *Thompson* sagte, wenn die Sowjets jemals ernsthaft zu etwas bereit wären, würden sie sicherlich an Deutschland oder Amerika oder beide herantreten.

Botschafter *Thompson* fuhr fort, er wolle jetzt etwas sagen, was er meist nur zögernd anbringe. Zu irgendeinem Zeitpunkt könnte es dazu kommen, daß die Sowjets aus wirtschaftlicher Notwendigkeit und aus Bedarf an den in den Besatzungsgruppen vorhandenen Arbeitskräften ernsthaft an einen Rückzug dächten. Das aber werde sehr genau überlegt werden müssen. Hätten sich die Dinge in der Sowjetzone einmal entwickelt und verringere sich die russische Besatzungsmacht auf einen Punkt unterhalb einer gewissen Anzahl, so müsse das Zonenregime sich sehr viel mehr auf seine eigenen Leute verlassen.

Der Herr *Minister* sagte, dies bringe ihn zu der letzten Frage in diesem Zusammenhang, die auch in Verbindung mit dem Redneraustausch²⁴ stehe. Er wolle fragen, in welchem Umfang man aus amerikanischer Sicht erwarten könne, daß die deutschen kommunistischen Machthaber in der SBZ unter Berücksichtigung des deutschen Nationalcharakters, der manchmal stärker ideologisch zu binden sei als andere Nationen, in den nächsten Jahren ihre Führung nicht mehr so sehr als eine Verlängerung des sowjetischen Armes begriffen, sondern stärker auf einem nationalen Selbstvertrauen aufbauten und somit anders mit der Bundesrepublik sprächen. Natürlich sei all dies Spekulation, doch wäre es einmal interessant, die amerikanische Auffassung dazu zu hören.

Botschafter *Thompson* erwiderte, er habe sehr wenig Informationen und Kenntnisse über die SBZ, doch könne er für die Sowjetunion, die ja immer eine Diktatur gehabt habe, sagen, daß die Hauptschwierigkeiten für die Diktatoren von der Jugend herkämen. Die jüngere Generation werde seines Erachtens sogar noch mehr Schwierigkeiten machen, insbesondere beim Ausbleiben irgendwelcher großer Erfolge. Das augenblickliche System funktioniere zwar einigermaßen, aber das Ziel selbst sei nicht funktionsfähig. Der Kommunismus als Idee sei nicht lebensfähig, insbesondere nicht für Rußland. Ein Amerikaner könnte den Kommunismus noch eher funktionsfähig erhalten als ein Russe, da in der Sowjetunion das Streben des Einzelnen praktisch ausgeschlossen sei.

Botschafter *Thompson* fragte dann, wie der Herr *Minister* die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich²⁵ handzuhaben gedenke.

Der Herr *Minister* erwiderte, die genauen Instruktionen²⁶ seien noch nicht erarbeitet. Seine eigene Vorstellung gehe in etwa dahin, daß zunächst mit einer allgemeinen Eröffnungserklärung von deutscher und französischer Seite begonnen werde. Des weiteren müsse man sich klar werden in zweierlei Hinsicht, nämlich welche Erklärung man hinsichtlich des 1. Juli²⁷ abgebe und zum

²⁴ Zum geplanten Redneraustausch zwischen SPD und SED vgl. zuletzt Dok. 172 und weiter Dok. 222.

²⁵ Zur Aufnahme deutsch-französischer Verhandlungen über den Status französischer Truppen in der Bundesrepublik vgl. Dok. 180, Anm. 15.

²⁶ Vgl. Dok. 190.

²⁷ In ihrem Aide-mémoire vom 29. März 1966 kündigte die französische Regierung die Beendigung der Unterstellung ihrer Truppen unter den integrierten NATO-Oberbefehl zum 1. Juli 1966 an. Vgl. dazu Dok. 100, Anm. 14. Vgl. ferner Dok. 137, Anm. 10.

Zur Note der Bundesregierung vom 30. Juni 1966 vgl. weiter Dok. 206.

zweiten, welche konkreten und praktischen symbolischen Veränderungen am 1. Juli zu erfolgen hätten als Anzeichen dafür, daß tatsächlich eine veränderte Lage vorliege. Zum dritten sei von Anfang an klarzustellen, daß Deutschland die Verhandlungen parallel mit den Pariser Verhandlungen²⁸ zu führen gedenke. Botschafter *McGhee* warf ein, Außenminister Rusk habe ihn wissen lassen, daß der Herr Minister zum 1. Juli eine Erklärung über die Übergangsrechte ins Auge gefaßt habe, und lasse fragen, ob Amerika hinsichtlich der öffentlichen Meinung in irgendeiner Weise behilflich sein könne.

Der Herr *Minister* bemerkte, auf jeden Fall werde jeder Schritt mit Amerika abgestimmt.

Botschafter *Thompson* sagte abschließend noch, er habe absichtlich vor seinem Deutschland-Besuch nicht mit Außenminister Rusk gesprochen, um seinen eigenen Ausführungen den absoluten Charakter persönlicher Bemerkungen zu erhalten.²⁹

Das Gespräch endete um 18.30 Uhr.

VS-Bd. 10088 (Ministerbüro)

²⁸ Zu den Verhandlungen der Vierzehn mit Frankreich über das Verhältnis französischer Truppen zur NATO vgl. Dok. 182, besonders Anm. 15 und 17, sowie Dok. 185, Anm. 15. Vgl. dazu weiter Dok. 206, Anm. 6.

²⁹ Am 5. Juli 1966 übermittelte Botschafter Knapstein, Washington, die Information, im amerikanischen Außenministerium werde der Besuch des Sonderbotschafters Thompson in der Bundesrepublik als „ein großer Erfolg“ gewertet. Die wesentlichste Erkenntnis seines Besuches „sei wohl die, daß die Vereinigten Staaten die Deutschen unbedingt auf ihrer Seite halten müßten“. Thompsons bisher verfolgtes „Hauptanliegen“, alles zu vermeiden, was eine amerikanisch-sowjetische Zusammenarbeit stören könnte, werde jetzt durch die Erkenntnis ausbalanciert, „daß die Bundesrepublik ein höchst wichtiger Bündnispartner der Vereinigten Staaten sei, auf den Rücksicht genommen werden müsse“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1588; VS-Bd. 4145; B 150, Aktenkopien 1966.